

Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis 24/2014



INHALT

Aufsätze und Berichte	<i>M. Algermissen</i> , Das Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung – Bedeutung und Umsetzungsstand 921
	<i>H. Müller</i> , Papier zu Papier, Byte zu Byte – die elektronische Verwaltungsakte erreicht die Gerichte 929
	<i>A. Leopold</i> , Grundlagen und Herausforderungen des Sozialstaats. Denkschrift 60 Jahre Bundessozialgericht – Bericht über die 46. Richterwoche vom 9. bis 11. September 2014 932
Buchbesprechungen	<i>Becker/Franke/Molkentin</i> , Sozialgesetzbuch VII – Gesetzliche Unfallversicherung, Lehr- und Praxiskommentar (O. Schur) 937
Rechtsprechung	
<i>Europarecht</i>	Erstattung der anlässlich einer medizinischen Behandlung im Ausland entstandenen Kosten (EuGH Urt. v. 9.10.2014 – C-268/13) 938
<i>Krankenversicherungsrecht</i>	Verjährung öffentlich-rechtlicher Erstattungsansprüche (BSG Urt. v. 6.8.2014 – B 11 AL 7/13 R – mit Fokus) 938
	Beitragspflichtigkeit eines Überbrückungsgelds mit Abfindungscharakter (LSG Rheinland-Pfalz Urt. v. 7.8.2014 – L 5 KR 49/14) 939
	Versorgung mit Stehrollstuhl im einstweiligen Rechtsschutz (LSG Schleswig-Holstein Beschl. v. 22.8.2014 – L 5 KR 120/14 B ER – mit Fokus) 939
	Verfassungsmäßigkeit des Mehrleistungsabschlags (VG München Urt. v. 6.8.2014 – M 9 K 13.3508 – mit Fokus) 941
	Dauer des Anspruchs auf Krankengeld (SG Speyer Beschl. v. 8.9.2014 – S 19 KR 519/14 ER) 944
<i>Pflegeversicherungsrecht</i>	Haftung eines Trägers eines Seniorenheims (AG Brandenburg Urt. v. 30.10.2014 – 31 C 106/13 – mit Fokus) 944
<i>Rentenversicherungsrecht</i>	Zahlung an oHG kein Entgelt für „selbstständige Künstler“ nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz (BSG Urt. v. 16.7.2014 – B 3 KS 3/13 R – mit Fokus) 948
	Versicherungspflicht eines Ernährungsberaters – Begriff des „Lehrers“ (LSG Hessen Urt. v. 21.8.2014 – L 8 KR 154/13) 951
	Bezug von Mütterunterstützung in der DDR als Anrechnungszeit (LSG Baden-Württemberg Urt. v. 23.9.2014 – L 13 R 2527/12) 951
	Selbstständige Tätigkeit für nur einen Auftraggeber (LSG Niedersachsen-Bremen Urt. v. 24.9.2014 – L 2/12 R 57/12) 951
<i>Unfallversicherungsrecht</i>	Bremsen zum Tanken auf dem Weg zur Arbeit (LSG Berlin-Brandenburg Urt. v. 4.9.2014 – L 2 U 42/12) 951
<i>Grundsicherungsrecht</i>	Ersatzanspruch nach § 34 a SGB II (BSG Urt. v. 6.8.2014 – B 11 AL 2/13 R – mit Fokus) 952
	Ermittlung des einzusetzenden Einkommens im Rahmen der PKH/VKH (OLG Celle Beschl. v. 5.9.2014 – 10 WF 272/14) 953

	Zusicherung der Übernahme von Aufwendungen für eine neue Wohnung – Einstweiliger Rechtsschutz (LSG Sachsen-Anhalt Beschl. v. 9.9.2014 – L 4 AS 373/14 B ER)	954
	Zulässigkeit einer Regelungsanordnung ohne vorherige Anfechtung des Versagungsbescheids (LSG Bayern Beschl. v. 16.9.2014 – L 16 AS 649/14 B ER)	954
	Eilbedürftigkeit bei vorhandenem Schonvermögen – Beweiskraft einer Kontoumsatzabfrage (LSG Sachsen-Anhalt Beschl. v. 24.10.2014 – L 4 AS 423/14 B ER)	954
Arbeitsförderungsrecht	Berufsausbildungsbeihilfe – Übernahme der Kosten für die Verpflegung in einer Kindertageseinrichtung (LSG Berlin-Brandenburg Urtr. v. 23.10.2014 – L 8 AL 342/11 – mit Fokus)	954
	Weitergewährung des Gründungszuschusses (SG Wiesbaden Urtr. v. 9.10.2014 – S 5 AL 209/12)	956
Vertragsarztrecht	Abrechnung des Chroniker-Zuschlags – Vorliegen einer Dauerbehandlung (LSG Sachsen-Anhalt Urtr. v. 16.7.2014 – L 9 KA 12/12 – mit Fokus)	956
Verfahrensrecht	Fiktive Termingebühr bei Vergleichsfeststellung im schriftlichen Verfahren (LSG Schleswig-Holstein Beschl. v. 8.7.2014 – L 5 SF 167/14 B E)	959
	Verhinderung der Aufklärung des Sachverhaltes im Eilverfahren wegen nicht ausreichender Mitwirkung (LSG Bayern Beschl. v. 14.7.2014 – L 8 SO 121/14 B ER)	960

**Fachanwalts-Lehrgang
Sozialrecht**

Leipzig Start: 16.04.2015
Stuttgart Start: 19.11.2015

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBER-seminare.de

ARBER seminare Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBER-seminare.de
www.ARBER-seminare.de

 Die kleine Joyce aus Tansania war blind durch Grauen Star und ohne Perspektive. Eine simple Operation, durchgeführt von einem Arzt der Christoffel-Blindenmission (CBM), rettete ihr Augenlicht. Joyce hat jetzt die Chance auf Schulbildung, Beruf und ein selbstständiges Leben!

cbm
christoffel blindenmission
gemeinsam mehr erreichen

Christoffel-Blindenmission Deutschland e.V.

Konto 2020
BLZ 370 205 00
Bank für Sozialwirtschaft

Ihr Ansprechpartner:
Ilona Freudenreich
Tel.: (06251) 131-156
E-Mail: ilona.freudenreich@cbm.de
www.cbm.de

Unterstützen auch Sie die Arbeit der CBM für behinderte Menschen in Entwicklungsländern mit Ihrem Know-how oder als Multiplikator!

Ich unterstütze die cbm – und Sie?

Prof. Dr. Benno Heussen, Rechtsanwalt

NZS
Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

Verantwortlicher Schriftleiter:
Dr. Gerhard Knorr
Merseburger Str. 8 a
80993 München
Tel. (089) 149 35 78 priv.
E-Mail: Knorr.nzs@gmx.de

Mitarbeiter der Redaktion:
Karl Habermann, Ltd. MR a. D.
Günther Macht, Ltd. MR
André Scharrer, RiArbG

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht

zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (089) 3 81 89-598, Telefax (089) 3 81 89-589. Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (089) 3 81 89-598, Telefax (089) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de. Verantwortlich für den Anzeigenteil: **Bertram Götz**.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (089) 3 81 89-0, Telefax: (089) 3 81 89-3 98, Postbank München: Nr. 6229-8 02, BLZ 700 100 80. Amtsgericht München, HRA 48 045.

Erscheinungsweise: Zweimal im Monat.

Bezugspreise 2014: Jahresabo € 325,- (darin € 21,26 MwSt.). Vorzugspreis für NJW- und NZA-Bezieher sowie für Studenten (fachbezogener Studiengang) und Referendare € 295,- (darin € 19,30 MwSt.). Einzelheft € 15,50 (darin € 1,01 MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur in-

nerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahresteiile und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (089) 3 81 89-750,
Telefax: (089) 3 81 89-358.
E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Druckerei C.H.BECK (Adresse wie Verlag). Lieferanschrift: Versand und Warenannahme, Bergerstr. 3-5, 86720 Nördlingen.

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

- BGH:** SE-Satzung – Bestimmung des Hauptversammlungsorts im Ausland (21.10.2014 – II ZR 330/13)
- BGH:** Schadensersatzklagen von Lehman-Anlegern – Aufklärungspflicht der beratenden Bank über Sonderkündigungsrecht der Emittentin (25.11.2014 – XI ZR 169/13)
- BGH:** Vorsätzliches Organisationsverschulden eines Wertpapierdienstleistungsunternehmens (27.11.2014 – III ZR 294/13)
- BGH:** Versicherungsvermittler muss seinen Kunden bei einem Wechsel der Lebensversicherung über die Risiken der vorzeitigen Kündigung aufklären (13.11.2014 – III ZR 544/13)

Gesetzgebung

Bundeskabinett: Gesetzentwurf zur Frauenquote beschlossen

Aufsatz

Dr. Frank Wardenbach, RA

Verschiebung der Regelverjährungsfrist nach § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB durch Unzumutbarkeit der Klageerhebung wegen anspruchsfreundlicher Rechtsprechung?

„Kreditbearbeitungsgebühren können für zehn Jahre zurückgefordert werden.“ So oder ähnlich betitelte Presseberichte Ende Oktober 2014 wurden ausgelöst durch eine Entscheidung des BGH vom 28.10.2014 (XI ZR 348/13, BB 2015, 10 [in diesem Heft]), nach welcher der Fristbeginn für die dreijährige Regelverjährungsfrist nach § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB erst im Jahr 2011 zu laufen begonnen habe. Vorher sei eine Rückzahlungsklage nämlich unzumutbar gewesen und zwar wegen der entgegenstehenden früheren Rechtsprechung des BGH. Diese Entscheidung ist geeignet, die im Jahr 2002 durch die Schuldrechtsmodernisierung eingeführte dreijährige Regelverjährungsfrist weitgehend zu unterlaufen. Der Entscheidung kann weder in ihrer Begründung noch im Ergebnis gefolgt werden.

Kommentierte Entscheidungen

- BGH:** Verjährungsbeginn für Rückforderungsansprüche bei unwirksamer Darlehensbearbeitungsentgelt-Klausel in AGB von Verbraucherkreditverträgen – Unzumutbarkeit der Klageerhebung (28.10.2014 – XI ZR 348/13)
- BGH:** Anlagevermittlung nach dem KWG und dem WpHG (30.10.2014 – III ZR 493/13 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Simon G. Grieser, RA**)

Steuerrecht

1 Die Woche im Blick

Entscheidungen

- BVerfG:** Privilegierung von Betriebsvermögen ist teilweise verfassungswidrig (17.12.2014 – 1 BvL 21/12)
- BFH:** Kein Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit durch Hinzurechnung sog. Dauerschuldentgelte bei der inländischen Muttergesellschaft als Zinsschuldnerin einer belgischen Tochtergesellschaft (17.9.2014 – I R 30/13)
- BFH:** Doppelte Haushaltsführung – Beginn der Dreimonatsfrist in Wegverlegungsfällen (8.10.2014 – VI R 7/13)

Aufsätze

Prof. Dr. Wilhelm Haarmann, RA/WP/StB

Steuerrecht 2014/2015 – eine Anamnese

Pünktlich zum Jahreswechsel soll ein Blick auf den derzeitigen Zustand des Steuerrechts geworfen werden. Dass der Gesetzgeber im vergangenen Jahr keinesfalls untätig war, zeigt die Vielzahl an abgeschlossenen und geplanten Gesetzesvorhaben. Flankierend kommt hinzu, dass einige gesetzliche Neuregelungen bereits Gegenstand früherer, nicht abgeschlossener Gesetzesinitiativen waren. Allerdings ist zu konstatieren, dass zahlreiche Änderungen weder in ihrer tatbestandlichen Formulierung noch in der Begründung überzeugen. Dies ist umso problematischer, als der Gesetzgeber regelmäßig fiskalische Interessen in den Vordergrund stellt und bei seinem Handeln häufig Gefahr läuft, den Eingriffscharakter des Steuerrechts, der letztlich im Rechtsstaatsprinzip wurzelt, außer Acht zu lassen. Unabhängig davon zeigen viele Bemühungen des Gesetzgebers aber auch, woran das geltende Steuersystem krankt: An grundlegenden und dringend notwendigen Reformen.

Prof. Dr. Wilhelm Haarmann, RA/WP/StB

Das Urteil des BVerfG zur Erbschaftsteuer – eine erste Einschätzung

Am 17.12.2014 hat das BVerfG das Urteil zur Verfassungswidrigkeit von Kernbestimmungen unseres derzeitigen Erbschaftsteuergesetzes gefällt. Hervorzuheben ist, dass die Grundstruktur verfassungsrechtlich akzeptiert ist. Es gibt aber viel Nachbesserungsbedarf für den Gesetzgeber.

Dr. Andreas Bartosch, RA

17 Transferpreisvereinbarungen im international operierenden Konzern als unerlaubte Beihilfen – ein Paradigmenwechsel in der EU-Wettbewerbskontrolle?

Im Jahr 2014 hat die EU-Kommission über das Instrument der Beihilfenkontrolle eine Reihe von Fällen aufgegriffen, in denen multinational aktive Konzerne qua des Abschlusses gruppeninterner sog. Transferpreisregelungen, die von den nationalen Steuerverwaltungen als Grundlage der Besteuerung der in einem bestimmten Mitgliedstaat veranlagten Konzerngesellschaften akzeptiert werden, ihre Gewinne in den Mitgliedstaaten mit dem jeweils niedrigsten Besteuerungsniveau anfallen lassen können. Abseits aller öffentlichen Begeisterung über dieses Vorgehen gegen eine von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung der EU-Bürger und -Steuerzahler als unfair empfundene Praxis will dieser Beitrag untersuchen, welche Fragen nach dem europäischen Beihilfenrecht die entscheidenden sind und wie deren Beantwortung aussehen könnte. Er versteht sich darüber hinaus als Leitfaden für den Steuerberater, der sich derartigen Fragen gegenüber sieht.

Kommentierte Entscheidungen

- BFH:** Unangemessener Fahrzeugaufwand eines Freiberuflers (29.4.2014 – VIII R 20/12 – dazu BB-Kommentar von **Prof. Dr. Frank Balmes, RA**)

21

22

32

34

38

Dauerbrennerthema in konkurrenzloser Bearbeitung

Die neue MVStättVO!



4. Auflage!

Kommentar zur umfassend geänderten MVStättVO in Bau- und Betriebsvorschriften
 ca. Dezember 2014, Recht Wirtschaft Steuern,
 ca. 600 Seiten, Geb., ISBN: 978-3-8005-1592-9
€ 109,-

R&W
 Fachmedien Recht und Wirtschaft

dfv Mediengruppe 069/7595-2722 | buchverlag@ruw.de | www.ruw.de



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

Rechnungslegung

IASB: Neue Übersetzungen verfügbar

DRSC: Ergebnisse der Fachausschuss-Sitzungen vom Dezember 2014

DStV: Umsetzung der EU-Bilanzrichtlinie 34/2013/EU – Definition der Nettoumsatzerlöse sowie wirtschaftliche Betrachtungsweise

Wirtschaftsprüfung

GAA: Vergleichsumfrage zur Nachfolgeplanung

IDW: IDW ERS FAIT 5 zu den GoB bei IT-Outsourcing einschließlich Cloud Computing

IDW: Stellungnahme zum Entwurf eines BMF-Schreibens zu § 6 Investmentsteuergesetz

WPK/Bundesbank/BaFin: Unterlagen des Workshops zur Prüfung von kleinen und mittleren Finanzdienstleistungsinstituten/Wertpapierdienstleistungsunternehmen“

Finanzierung

EY: IPO-Jahr 2014: Boom auf den Weltbörsen hält an – europäischer Markt mit stärkstem Wachstum

PwC: Private-Equity-Gesellschaften halten Beteiligungen länger

Aufsatz

Prof. Dr. habil. Heinrich Weber-Grellet, Vors. Richter am BFH a.D.

BB-Rechtsprechungsreport zu 2014 veröffentlichten bilanzsteuerrechtlichen BFH-Urteilen

Wie schon in den Vorjahren (BB 2001, 35 ff.; BB 2002, 35 ff.; BB 2003, 37 ff.; BB 2004, 35 ff.; BB 2005, 36 ff.; BB 2006, 35 ff.; BB 2007, 35 ff.; BB 2008, 38 ff.; BB 2009, 38 ff.; BB 2010, 43 ff.; BB 2011, 43 ff.; BB 2012, 43 ff.; BB 2013, 43 ff.; BB 2014, 42 ff.) gibt *Weber-Grellet* auch zu Beginn dieses BB-Jahrgangs einen Überblick über die im zurückliegenden Jahr veröffentlichte Bilanzrechtsprechung des BFH.

HAARMANN 2015 STEUER KONFERENZ

26.02. - 27.02.2015, Hotel Adlon Kempinski, Berlin

Betriebs-Berater dfv Mediengruppe

www.haarmann-steuerkonferenz.de

Praxiswissen

Neuerscheinung!

Corporate Governance Kodex
ca. Februar 2015, Wirtschaftsrecht,
Frankfurter Kommentar, ca. 500 Seiten, Geb.,
ISBN: 978-3-8005-1579-0,
ca. € 198,-

R&W
Fachmedien Recht und Wirtschaft

dfv Mediengruppe 069/7595-2722 | buchverlag@ruw.de | www.ruw.de

Arbeitsrecht

41 Die Woche im Blick

Entscheidungen

LAG Berlin-Brandenburg: Direktionsrecht – nicht vertragsgerechte Disposition bei Abweichung vom Sozialbild (29.8.2014 – 28 Ca 6704/14)

LAG Berlin-Brandenburg: Außerordentliche Kündigung wegen häufiger Kurzerkrankung (27.8.2014 – 15 Sa 825/13)

BAG: Urlaub – Ausschluss von Doppelpensprüchen (16.12.2014 – 9 AZR 295/13)

Aufsätze

Prof. Franz Josef Düwell, Vors. Richter am BAG a.D.

Anfechtungsfalle bei den überörtlichen Wahlen zu den Schwerbehindertenvertretungen

Eine kürzlich veröffentlichte Entscheidung sorgt für Unruhe bei den Wahlen zu den überörtlichen Schwerbehindertenvertretungen. Das BAG verwirft die bisher in Unternehmen, Konzernen und Oberbehörden übliche Wahl im Rahmen einer Versammlung als unzulässig. Die Praxis muss sehr kurzfristig umgestellt werden.

Dominik Gallini, RA/FAArbR, und **Dr. Matthias Paschke**, RA/FAArbR

Künstlersozialabgabe 2015 – was Unternehmen beachten müssen

Am 1.1.2015 ist das Gesetz zur Stabilisierung des Künstlersozialabgabensatzes (Künstlersozialabgabestabilisierungsgesetz, im Folgenden: KSAStabG) in Kraft getreten. Hintergrund ist unter anderem das teilweise nachlässige Melde- und Abgabeverhalten der Unternehmen und – hieraus resultierend – die nicht zufriedenstellende Einnahmesituation. Das Gesetz regelt deshalb insbesondere den künftigen Umfang der Prüfungen bei Unternehmen im Hinblick auf die Erfüllung der Melde- und Abgabepflichten nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz (im Folgenden: KSVG) und wird eine signifikante Ausweitung der Prüfungen zur Folge haben. Ziel ist es, bei gleichbleibendem Künstlersozialabgabensatz die Einnahmen der Künstlersozialkasse durch vermehrte Prüfungen zu erhöhen. Darauf sollten gerade Unternehmen, die dem Thema Künstlersozialabgabe bisher (bewusst oder unbewusst) wenig bis keine Aufmerksamkeit gewidmet haben, gut vorbereitet sein. Der Beitrag nimmt die Gesetzesänderung zum Anlass, um grundlegende Fragen rund um die Künstlersozialabgabe zu durchleuchten. Er zeigt Unternehmen ferner auf, wie die Auskunft- bzw. Melde- sowie Abgabepflichten zu erfüllen sind und wie die Kostenbelastung durch die Künstlersozialabgabe im gesetzlich zulässigen Rahmen möglichst gering gehalten werden kann.

Kommentierte Entscheidung

BAG: Betriebsratsanhörung bei betriebsbedingter Kündigung von dem Betriebsübergang widersprechenden Arbeitnehmern (8.5.2014 – 2 AZR 1005/12 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Lennart Elking**, RA)

Die Erste Seite

Dr. Christian von Oertzen, RA/FAStR

Das Erbschaftsteuerurteil des Bundesverfassungsgerichts – klare Worte aus Karlsruhe!

Jobs der Woche

Impressum/Vorschau

51

53

55

43

60

VII

VIII



CONTENTS

ARTICLES

- An Assessment of the Effectiveness of International Private Regulation in the Corporate Social Responsibility Arena: A Legal Perspective**
MARTIJN SCHELTEMA 383
- The Price of EU Citizenship: The Maltese Citizenship-for-Sale Affair and the Principle of Sincere Cooperation in Nationality Matters**
SERGIO CARRERA 406
- English Pragmatism and Italian Virtue: A Comparative Analysis of the Regime of Illegally Obtained Evidence in Civil Law Proceedings between Italy and England**
VITO BREDA and MATTEO VRICELLA 428
- On Banks, Courts and International Law: The Intergovernmental Agreement on the Single Resolution Fund in Context**
FEDERICO FABBRINI 444

CASE NOTES

- Umbrella Pricing as a Sword**
Case C-557/12 *Kone AG and Others v. ÖBB Infrastruktur AG*, Judgment of 5 June 2014
GIORGIO MONTI 464
- Surrogacy Leave and EU Law**
Case C-167/12 *C.D. v. S.T.* and Case C-363/12 *Z. v. A Government Department*, Judgments (Grand Chamber) of 18 March 2014
MEL COUSINS 476
- A 'Complete System of Remedies'? Annulment Actions after the Lisbon Treaty**
Case C-274/12 P *Telefónica v. Commission*, Judgment of 21 March 2012
MARIOLINA ELIANTONIO 487

21 MJ 3 (2014) 381

<i>Singh and Carpenter Revisited: Some Progress but no Final Clarity</i> Case C-456/12 <i>O. v. Minister voor Immigratie, Integratie en Asiel</i> , and <i>Minister voor Immigratie, Integratie en Asiel v. B.</i> , Judgment of 12 March 2014, and Case C-457/12 <i>S. v. Minister voor Immigratie, Integratie en Asiel</i> , and <i>Minister voor Immigratie, Integratie en Asiel v. G.</i> , Judgment of 12 March 2014 SARAH SCHOENMAEKERS and ALEXANDER HOOGENBOOM	494
Limiting Shareholders' Limited Liability in the EU? Case C-81/09 <i>Idrima Tipou AE v. Ipourgos Tipou kai Meson Mazikis Enimerosis</i> , Judgment of the Court (Second Chamber) of 21 October 2010 MICHALIS NTOKMETZIOGLOU	514
LEGAL DEVELOPMENT	
<i>Societas Unius Personae</i> (SUP): Facilitating Cross-Border Establishment CHRISTOPH TEICHMANN and ANDREA FRÖHLICH	536
LEGAL DEBATE	
The CJEU's Decision in the Google 'Right to be Forgotten' Case: Editors' Introduction	545
Impact of the CJEU's Right to be Forgotten: Decision on Search Engines and Other Service Providers in Europe CHRISTOPHER WOLF	547
Right to Have Links Removed: Evidence of Effective Data Protection HIELKE HIJMANS	555
Search Engines as Controllers: Inconvenient Implications of a Questionable Classification GIOVANNI SARTOR	564
BOOK REVIEWS	
Geneviève Helleringer and Kai Purnhagen (eds.), <i>Towards a European Legal Culture</i> NORBERT REICH	576
D. Anagnostou (ed.), <i>Rights and Courts in Pursuit of Social Change. Legal Mobilisation in the Multi-Level European System</i> MATHIAS MÖSCHEL	580

AN AS

C
RE
SC

ABSTRACT

The effectiveness of public regulation including legal, governance and and, indeed, initiatives provide specific, whether public regulation

Keywords: CSR regulation; priva

§1. INTRO

This contributio private regulatio might need son

* Martijn Schel Droogleever F (see www.acce

AfP



D3-Z308



Zeitschrift für
Medien- und
Kommunikationsrecht

Seite 481–572

Mit
Jahresregister
2014

Presse

Aufsätze

NUBBERGER

Der freie Meinungsbildungsprozess als gefährdetes Gut in Europa

WILLE

Die Entwicklung der Medienfreiheit in den neuen Bundesländern

MALISZEWSKI

25 Jahre Medienfreiheit in Polen – der Zustand des Medienrechts

HENLE

Der französische Rundfunkregulierer CSA

Buch

Entscheidungen

EGMR

Zur Löschung eines rechtswidrigen Artikels im Archiv eines Zeitungsverlages

EuGH

Zum Vorliegen einer „öffentlichen Wiedergabe“ eines geschützten Werkes bei Verwendung der Framing-Technik

BVerfG

Zum einstweiligen Rechtsschutz bei Auskunftsbeglehen der Presse

BGH

Zur Veröffentlichung rechtswidrig erlangter Informationen

OLG Düsseldorf

Zum Schutz der Kunstfreiheit für einen Buchtitel

LG Stuttgart

Zur Nutzung heimlich gefertigter Filmaufnahmen in einer Fernsehsendung

LG Köln

Zur Unterlassung der Veröffentlichung von als Ghostwriter vertraulich erlangter Informationen

VG Berlin

Zur Frage der Kostenpflichtigkeit eines Auskunftsbeglebens

Hörfunk

Fernsehen

Multimedia

Verlag
Dr. Otto Schmidt
Köln



Aufsätze

NUßBERGER Der freie Meinungsbildungsprozess als gefährdetes Recht in Europa.....	481
WILLE Die Entwicklung der Medienfreiheit in den neuen Bundesländern.....	488
MALISZEWSKI 25 Jahre Medienfreiheit in Polen – der Zustand des Medienrechts.....	492
HENLE Der französische Rundfunkregulierer CSA.....	497

Kurzbeiträge

WEBERLING Mindestlohnaufzeichnungsverordnung (MiLoAufzV) – Vereinfachungen für Presseunternehmen bei der Durchführung des Mindestlohngesetzes (MiLoG).....	501
HAUG Die Zulässigkeit von Altmeldungen in Online-Archiven.....	503

Bericht

LIBOR 25 Jahre Medienfreiheit im Osten.....	505
--	-----

Blick nach Brüssel

Medienkartellrecht

Nachrichten

Änderungsentwurf zum Telemediengesetz.....	515
Kritik an geplanten Werbebeschränkungen zum Kleinanlegerschutz.....	515
Google fordert Untätigkeit des BKartA in Sachen Leistungsschutzrecht.....	515
Neues Sexualstrafrecht entschärft.....	515
Obama für Netzneutralität in den USA.....	516
Journalistenverbände gegen geplantes Gesetz zur Tarifeinheit.....	516
Mindestlohn bei Zeitungszustellern an Regelarbeitszeit zu messen.....	516
Schonfrist für steuerbegünstigte Buch-Bundles verlängert.....	516

Entscheidungen

ECMR, 16.7.2013 – 33846/07 Zur Löschung eines rechtswidrigen Artikels im Archiv eines Leitungsverlages.....	517
EuGH, 21.10.2014 – Rs. C-348/13 Zum Vorliegen einer „öffentlichen Wiedergabe“ eines geschützten Werkes bei Verwendung der Framing-Technik.....	520
BVerfG, 8.9.2014 – 1 BvR 23/14 Zum einstweiligen Rechtsschutz bei Auskunftsbeglehen der Presse.....	521
BGH, 18.9.2014 – I ZR 228/12 Zur Kennzeichnungskraft der Farbe Gelb für Wörterbücher.....	524
BGH, 23.9.2014 – VI ZR 358/13 Zum Anspruch auf Löschung personenbezogener Daten auf einem Bewertungsportal.....	529
BGH, 30.9.2014 – VI ZR 490/12 Zur Veröffentlichung rechtswidrig erlangter Informationen.....	534
OLG Düsseldorf, 5.8.2014 – I-20 U 63/14 Zum Schutz der Kunstfreiheit für einen Buchtitel.....	538
LG Hamburg, 6.9.2013 – 308 O 23/13 Zur „Entstellung“ eines Musiksongs durch Verwendung in einer Doku-Soap.....	542
LG Köln, 7.10.2014 – 28 O 433/14 Zum Verbot einer Buchveröffentlichung wegen Persönlichkeitsrechtsverletzung.....	545
LG Köln, 7.10.2014 – 28 O 434/14 Zum Verbot einer Buchveröffentlichung mit Lebenserinnerungen des ehemaligen Bundeskanzlers.....	546
LG Stuttgart, 9.10.2014 – 11 O 15/14 Zur Nutzung heimlich gefertigter Filmaufnahmen in einer Fernsehsendung.....	548
LG Köln, 30.10.2014 – 14 O 315/14 Zur Unterlassung der Veröffentlichung von als Ghostwriter vertraulich erlangter Informationen.....	553
VGH München, 6.10.2014 – 7 C 14.1372 Zum Verwaltungsrechtsweg bei Streitigkeiten des Kabelnetzbetreibers über die „Must Carry“-Regelung.....	568
VG Berlin, 25.6.2014 – VG 2 K 195.13 Zur Frage der Kostenpflichtigkeit eines Auskunftsbeglehen.....	569
Literatur	571
Impressum	573



Aufsätze

<i>Tim Florstedt, Wiesbaden/ Philipp von Randow, Frankfurt/M.</i>	Die Kündigung des Anleiheschuldverhältnisses aus wichtigem Grund	345
<i>Robert Freitag, Erlangen-Nürnberg</i>	Überfällige Konvergenz von privatem und öffentlichem Recht der Anlageberatung	357
<i>Martin Brennecke, Zürich</i>	Verständliche Risikoaufklärung und Schutz unkundiger Kleinanleger bei der Anlageberatung	366
<i>Sascha Sebastian, Halle-Wittenberg</i>	Die Schutzgesetzzeigenschaft des § 261 StGB	382
<i>Dieter Weber, Frankfurt/M./ Michael Torben Menk, Siegen</i>	Risikoberichterstattung kapitalmarktorientierter Banken nach DRS 20 – Handlungsfelder und Umsetzungsvorschläge im Kontext aufsichtsrechtlicher Anforderungen	390

Rechtsprechung

Entscheidung im Wortlaut

BGH 3. 6. 2014 – XI ZR 147/12 +	Aufklärungspflicht der beratenden Bank über alle Innenprovisionen ab dem 1. 8. 2014	421
---------------------------------	--	-----

Entscheidungen in Leitsätzen

.....	426
-------	-----

INHALT 1 · 2015

DVBI aktuell
Vorschau/Impressum



Aufsätze

- Dr. h.c. Eckart Hien
Verbindlichkeit von Entscheidungen bei Infrastrukturvorhaben in Zeiten von liquid democracy **S. 1**
- Regierungsdirektor Ulrich Arndt
Die Bürgerbeteiligung im Allgemeinen Verwaltungsrecht **S. 6**
- Dr. Dan Bastian Trapp
Impfzwang – Verfassungsrechtliche Grenzen staatlicher Gesundheitsvorsorgemaßnahmen **S. 11**

Berichte

- Dr. Andreas Jüttner / Matthias Bernzen
Grundlagen und Herausforderungen des Sozialstaats. Denkschrift 60 Jahre Bundessozialgericht **S. 20**
- Wiss. Mitarbeiter Stefan Koch, Rostock
Kolloquium Energie-Infrastrukturrecht – Verabschiedung von Prof. Dr. Wilfried Erbguth **S. 23**
- Wiss. Mitarbeiter Boas Kümper
Raumplanung und Klimawandel – Symposium aus Anlass des 50-jährigen Bestehens des Zentralinstituts für Raumplanung an der Universität Münster **S. 26**

Buchbesprechungen

- Uwe Volkmann, Grundzüge einer Verfassungslehre der Bundesrepublik Deutschland.
Prof. Dr. Ekkehard Hofmann, Universität Würzburg **S. 28**
- Arnd Uhle (Hrsg.), Zur Disposition gestellt? Der besondere Schutz von Ehe und Familie zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit.
Ministerialrat Dr. Klaus Schönenbroicher, Düsseldorf **S. 28**
- Siegfried de Witt / Sarah Bartholomé, FFH- und Vogelschutzrichtlinie.
apl. Prof. Dr. Martin Gellermann, Westerkappeln **S. 29**
- Barış Çalışkan, Die medizinrechtlichen Ordnungsstrukturen – Legitimationsverantwortung des Staates beim Zusammentreffen privater Expertise und staatlicher Regulierung.
Rechtsanwalt Dr. Rainer Hess, Köln **S. 31**
- Karl-Otto Bergmann / Burkhard Pauge / Heinz-Dietrich Steinmeyer, Gesamtes Medizinrecht.
Rechtsanwalt Dr. Caspar David Hermanns, Osnabrück **S. 31**

Rechtsprechung

Europäischer Gerichtshof

- EuGH, U.v. 11.11.2014 – C-333/13 –
Deutschland darf Hartz IV verweigern – mit Anmerkung Frenz **S. 33**

Landesverfassungsgericht

- LVerfG LSA, U.v. 11.11.2014 – LVG 9/13 –
Keine Eilentscheidungskompetenz zugunsten jedes Polizeibeamten **S. 38**
- [LS] Nds StGH, U.v. 24.10.2014 – 7/13 –
Verweigerung der Aktenvorlage **S. 42**

Oberverwaltungsgerichte und Verwaltungsgerichtshöfe

- OVG RP, U.v. 14.10.2014 – 8 C 10233/14 – n.r. –
Zulässigkeit einer Umweltverbands-Normenkontrolle **S. 42**
- [LS] OVG NRW, B.v. 13.08.2014 – 8 B 340/14 –
Landschaftsschutzrechtliches Vorkaufsrecht **S. 48**
- H OVG, B.v. 24.09.2014 – 3 Bs 175/14 –
Verbot der Personenbeförderung mit uber pop **S. 48**
- [LS] VGH BW, U.v. 07.10.2014 – 1 S 1327/13 –
Entsorgungsunternehmen kann zu Kostenerstattung herangezogen werden **S. 52**
- OVG NRW, U.v. 25.09.2014 – 14 A 1872/12 –
Neubescheidung nach neuer Zweitbegutachtung **S. 52**
- OVG RP, U.v. 23.09.2014 – 6 A 11345/13 – n.r. –
IHK-Beiträge dürfen nicht der Vermögensbildung dienen **S. 55**
- [LS] VGH BW, B.v. 16.10.2014 – 1 S 1855/14 –
Zulassung einer Partei zu einer öffentlichen Einrichtung **S. 59**

BETRIEBSWIRTSCHAFT**AUFSATZ**

Rechnungslegung/Handelsbilanzrecht

Prognoseberichterstattung nach DRS 20**Prof. Dr. Peter Kajüter / Stefan Hannen, M. Sc. /****Michael Huth, B. Sc., alle Münster**

Die Prognoseberichterstattung hat mit DRS 20 umfangreiche Änderungen erfahren, deren Erstanwendung durch die Praxis im Fokus einer vom DRSC in Auftrag gegebenen Studie liegt. In dem Beitrag werden die wesentlichen Ergebnisse dieser Erhebung dargestellt.

DB0681455

S. 2841

KURZNACHRICHTEN INTERNATIONALE RECHNUNGSLEGUNG

DB0688870

S. 2848

STEUERRECHT**AUFSÄTZE**

Einkommensteuer/Lohnsteuer

Die einkommensteuerliche Behandlung von häuslichen Arbeitszimmern und „Arbeitsecken“**Privatdozentin Dr. Bettina Spilker, Münster**

Zur Frage der Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für Arbeitszimmer, die teilweise auch privat genutzt werden, wird in Kürze eine Entscheidung des BFH erwartet. Der Beitrag setzt sich mit dem Aufteilungsverbot für häusliche Arbeitszimmer auseinander, stellt die Rechtslage dar und fordert eine Abkehr vom Aufteilungsverbot.

DB0688160

S. 2850

Investmentsteuergesetz

Die Pauschalbesteuerung nach § 6 InvStG verstößt gegen Europarecht**RA/StB Marco Simonis, LL.M. / StB/FBISr Dipl.-Fw. (FH)****Patrick Faller, M.J.Tax / RA Dr. Maximilian Oehlschlägel, alle Frankfurt/M.**

Mit Urteil vom 09.10.2014 hat der EuGH entschieden, dass die Regelung des § 6 InvStG zur Pauschalbesteuerung der Anlage in intransparente Publikums-Investmentfonds gegen die Kapitalverkehrsfreiheit verstößt. Das Urteil beendet die jahrelange Debatte um die Unvereinbarkeit der Regelung des § 6 InvStG mit geltendem Europarecht. Der Beitrag stellt die wesentlichen Aussagen des EuGH-Urteils dar und zeigt Rechtsfolgen für die Praxis auf.

DB0686630

S. 2855

KURZ KOMMENTIERT

Gewinnermittlung

Zollkodexanpassungsgesetz passiert den Bundestag**RA Georg Geberth / RA/StB Dr. Martin Bartelt, beide****München**

DB0688984

S. 2861

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Einkommensteuer

Ausstellung von Steuerbescheinigungen für Kapitalerträge nach § 45a Abs. 2 und 3 EStG**BMF-Schreiben vom 03.12.2014**

DB0688881

S. 2864

Internationales Steuerrecht

Steuerliche Behandlung des Arbeitslohns nach den DBA**BMF-Schreiben vom 12.11.2014**

DB0688884

S. 2864

Umsatzsteuer

Erweiterung der Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers (§ 13b UStG) durch das KroatienG auf Lieferungen von Edelmetallen und unedlen Metallen**BMF-Schreiben vom 05.12.2014**

DB0688883

S. 2865

Umsatzsteuer

Entgelt von dritter Seite bei Zahlung eines Gerätebonus durch ein Mobilfunkunternehmen für die Abgabe eines Endgeräts durch den Vermittler eines Mobilfunkvertrags**BMF-Schreiben vom 04.12.2014**

DB0688882

S. 2865

Umsatzsteuer

Verwertung sicherungsübereigneter Gegenstände unter Anwendung der Differenzbesteuerung nach § 25a UStG**OFD Frankfurt/M., Verfügung vom 15.10.2014**

DB0688425

S. 2866

ENTSCHEIDUNGEN

Einkommensteuer

Anwendung der Tarifbegünstigung auf Vergütungen für mehrjährige Tätigkeiten bei den Gewinneinkünften**BFH-Urteil vom 25.09.2014 – III R 5/12**

DB0688786

S. 2867

Einkommensteuer/Lohnsteuer

Mehraufwendungen für die Verpflegung bei Einsatz an ständig wechselnden Tätigkeitsstätten**BFH-Urteil vom 08.10.2014 – VI R 95/13**

DB0689003

S. 2869

Umsatzsteuer

USt im Insolvenzeröffnungsverfahren**BFH-Urteil vom 24.09.2014 – V R 48/13**

DB0688892

S. 2870

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSÄTZE

Personengesellschaftsrecht

Abschied von Bestimmtheitsgrundsatz und Kernbereichslehre im Beschlussanfechtungssystem der Personengesellschaft

Prof. Dr. Johannes Wertenbruch, Marburg

Seit dem OTTO-Urteil des BGH aus dem Jahr 2007 ist die Rechtsprechung zur Reichweite von gesellschaftsvertraglichen Mehrheitsklauseln bei Personengesellschaften im Wandel begriffen. Mit Urteil vom 21.10.2014 bekräftigt der BGH das seit der OTTO-Entscheidung etablierte zweistufige System der Kontrolle von Gesellschafterbeschlüssen hinsichtlich formeller und materieller Legitimation des Beschlusses und gibt Handreichungen für die Anwendung in der Praxis. Der Aufsatz analysiert die Entscheidungsgründe und zeigt deren Bedeutung auf.

DB0688719

S. 2875

KURZ KOMMENTIERT

Kartellrecht

EU erlässt Kartellschadensersatzrichtlinie – Kommt jetzt die Klageflut?

RA Dr. Micha-Manuel Bues, M.Jur. (Oxford)/RA Dr. Alexander Fritzsche, LL.M. (Michigan)

DB0688404

S. 2881

ENTSCHEIDUNGEN

Insolvenzrecht

Einsatz einer Kreditkarte mit Barzahlungsfunktion: Anfechtung gegenüber Zahlungsempfänger nicht gegenüber Bank als Zahlungsmittler

BGH-Urteil vom 23.10.2014 – IX ZR 290/13

DB0688414

S. 2883

Insolvenzrecht

Tagung der Energieverbrauchskosten bei Betriebsübernahme im Rahmen eines Insolvenzverfahrens

BGH-Urteil vom 13.11.2014 – IX ZR 277/13

DB0688893

S. 2886

Versicherungsrecht/Verfahrensrecht

Haftung eines Versicherungsmaklers wegen fehlerhafter Beratung: Anforderungen an die Darlegungs- und Beweislast

BGH-Urteil vom 23.10.2014 – III ZR 82/13

DB0688184

S. 2888

Kapitalanlage

Art und Weise der Schadensberechnung als Gegenstand im Kapitalanlegermusterverfahren

BGH-Beschluss vom 29.07.2014 – II ZB 1/12

DB0681547

S. 2890

Versicherungsrecht

Rechtsschutzversicherung: Auslegung der Bestimmung zum Eintritt des Versicherungsfalls in ARB

BGH-Urteil vom 05.11.2014 – IV ZR 22/13

DB0688987

S. 2890

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Arbeitsvertragsrecht

Umsetzung der arbeits- und sozialrechtlichen Vorhaben der Großen Koalition (Teil 1)

RA/FAArbR Prof. Dr. Bernd Schiefer / RA Hans-Wilhelm

Köster / RA Johannes Pöttering, alle Düsseldorf

Die Große Koalition ist in der laufenden Legislaturperiode äußerst fleißig, was Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht angeht. So sind zahlreiche Vorhaben des Koalitionsvertrages bereits umgesetzt worden, andere befinden sich noch in der Diskussion. Insbesondere das Anfang des kommenden Jahres in Kraft tretende Mindestlohngesetz ist in aller Munde. Aus diesem Grund widmen sich die Autoren im ersten Abschnitt ihres zweiteiligen Beitrags den damit verbundenen Änderungen mit besonderem Augenmerk und geben einen Überblick über die wichtigsten Punkte für die betriebliche Praxis.

DB0688228

S. 2891

KURZ KOMMENTIERT

Urlaubsrecht/Gleichbehandlung

Zusätzliche Urlaubstage für ältere Arbeitnehmer

RA/FAArbR Dr. Sandra Urban-Crell, Düsseldorf

DB0682495

S. 2896

ENTSCHEIDUNGEN

Öffentlicher Dienst

Mitbestimmung des Personalrats bei der Feststellung begrenzter Dienstfähigkeit des Arbeitnehmers

BAG-Urteil vom 28.05.2014 – 7 AZR 276/12

DB0682051

S. 2897

Schwerbehindertenrecht

Wahl von Vertrauensperson und Stellvertreter der Schwerbehindertenvertretung sind getrennte Wahlen

BAG-Beschluss vom 23.07.2014 – 7 ABR 23/12

DB0682261

S. 2898

Entgeltrecht/Teilzeitrecht

Umrechnung der Monatsarbeitszeit einer Teilzeitbeschäftigten in eine wöchentliche Arbeitszeit

BAG-Urteil vom 25.06.2014 – 5 AZR 556/13

DB0682260

S. 2899

Urlaubsrecht

Kein Verfall des gesetzlichen Mindesturlaubsanspruchs wegen Krankheit am Jahresende

BAG-Urteil vom 05.08.2014 – 9 AZR 77/13

DB0688164

S. 2899

Arbeitsvertragsrecht

Bestehende Gesamtzusage gilt für neue Arbeitnehmer mit dem Inhalt zum Zeitpunkt ihres Eintritts

BAG-Urteil vom 20.08.2014 – 10 AZR 453/13

DB0688163

S. 2900

BEILAGE

Sozialversicherung

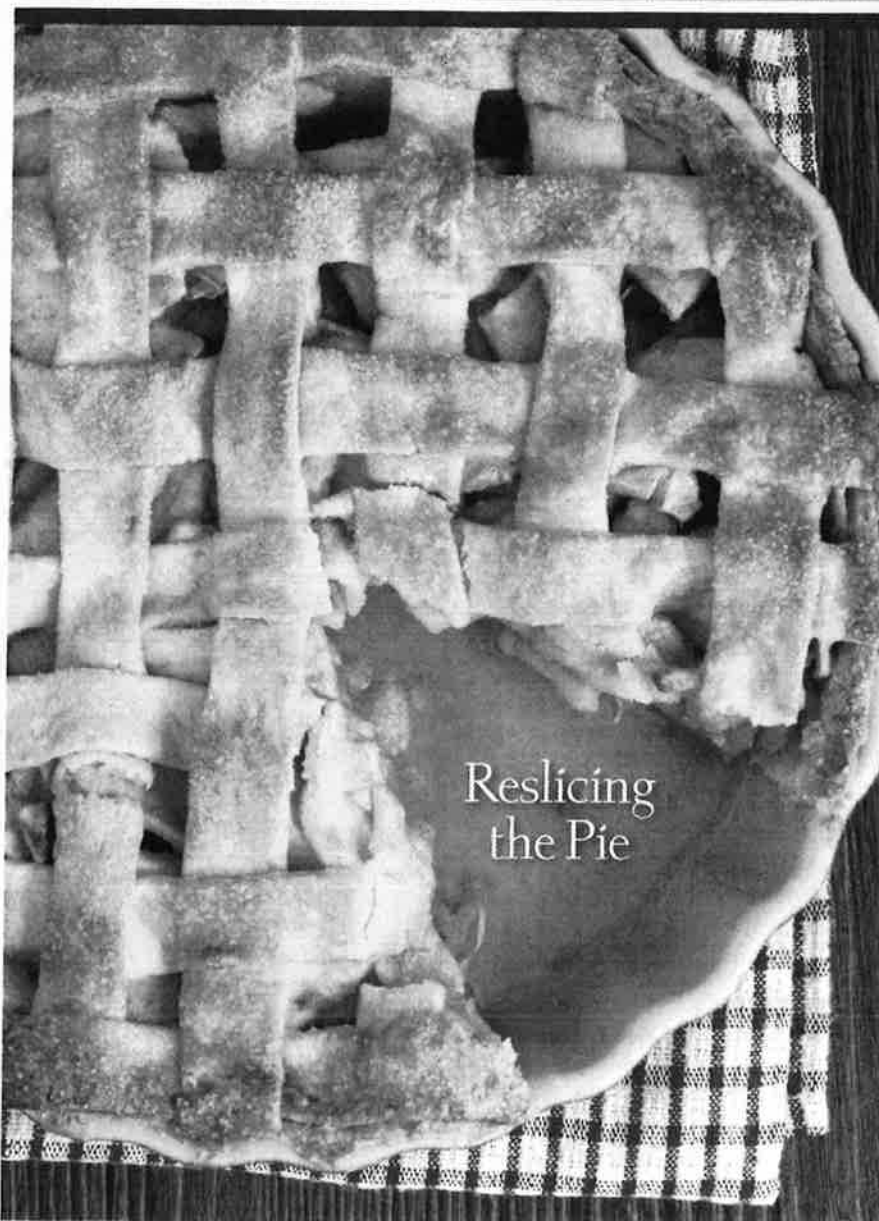
Entgeltabrechnung 2015: Schwerpunkt Sozialversicherung

DECEMBER 2014

Vol. 218

www.journalofaccountancy.com

Issue 6



Reslicing
the Pie

24 | PRACTICE MANAGEMENT

How to Price an Owner's Interest in a CPA Firm

by Joel Sinkin and Terrence Putney, CPA

Many accounting firms are facing a daunting challenge paying for partner retirements. Long-standing buyout agreements often aren't calibrated for today's demographic and market realities. This article shows how firms can assess and adjust the terms and types of buyout agreements to facilitate successful ownership transitions.

► For all CPAs

On the cover and above: Photo by gourmetphotography/iStock

ARTICLES

30 | PRACTICE MANAGEMENT

2014 MAP Survey: Firms Experience Growth, Stockpile Cash

by Jeff Drew

U.S. public accounting firms are socking away chunks of equity, according to the 2014 Management of an Accounting Practice (MAP) Survey from the AICPA Private Companies Practice Section (PCPS) and the Texas Society of CPAs (TSCPA). The biennial benchmarking study also shows that firms continue to post modest year-over-year gains in net client fees.


► For CPAs in management positions with public accounting firms

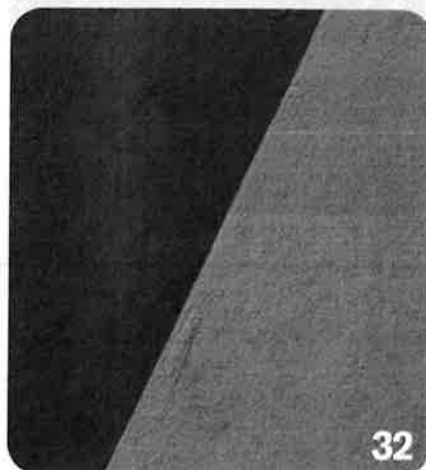
32 | FINANCIAL REPORTING

A Bright Line in SSARSs

by Michael L. Brand, CPA, CGMA;
Michael P. Glynn, CPA, CGMA; and
Charles J. McElroy, CPA

New standards for accounting and review services include significant changes for accountants in public practice who prepare financial statements for clients. Find out more about the changes contained in newly issued Statement on Standards for Accounting and Review Services (SSARS) No. 21.

► For CPAs who prepare financial statements for clients 



32

CONTENTS

ARTICLES

42 | FRAUD

Are Organizations Hindering Employee Whistleblowing?

by Janet A. Samuels, CPA, Ph.D., and Kelly Richmond Pope, CPA, CGMA, Ph.D.

Measures organizations take to promote fraud reporting sometimes have the opposite effect. This article offers suggestions for how management can encourage whistleblowing.

► For all CPAs 



46 | ETHICS / PROFESSIONAL ISSUES

Applied Ethics: Test Your Readiness for the Revised AICPA Code of Professional Conduct

by Ellen Gorla, CPA, CGMA

The revised AICPA Code of Professional Conduct is accessible on a dynamic electronic platform that allows users to conduct basic and advanced searches, and boasts many other features. Get ready for the revised code's effective date, Dec. 15, 2014, by trying to answer these questions with the new platform at pub.aicpa.org/codeofconduct.

► For all CPAs



52 | TECHNOLOGY

The CPA Technology Gift Guide

by David Cieslak, CPA/CITP

Most people don't see accountants as technology geeks. Then again, most people don't see CPAs glued to their computers, tablets, cellphones, and other devices, both at work and at events such as conferences. This article reveals which tech gadgets should be high on CPAs' shopping list this holiday season.

► For all CPAs

NEWS

NEWS DIGEST

- 11 News and highlights for the accounting profession

COLUMNS

PROFESSIONAL LIABILITY SPOTLIGHT

- 16 Buckle Up: The Importance of Engagement Letters

CHECKLIST

- 18 Due Diligence in China


FROM CGMA MAGAZINE

- 20 6 Tips for Integrated Thinking



FROM THE TAX ADVISER

- 60 Can Practitioners Give Up Their Email Disclaimers?

TAX PRACTICE CORNER

- 62 Interplay of the Rental Real Estate Grouping Election and Real Estate Professional Exception 

TAX MATTERS

- 64 IRS Puts Would-Be Corporate Inverters on Notice
65 Final Regs. Include Safe Harbor for Local Lodging Costs 
65 Line Item: Per Diem Travel Rates Updated 
66 Gains as Gross Income Unaffected by Home Concrete
67 Line Item: IRS Sending EITC Due-Diligence Warnings

- 68 AICPA Identifies Problems With IRS's Electronic Signature Rules

- 68 CPA Practitioners Sue to Stop PTIN Fees

- 69 Vision, Dental, and Long-Term-Care Benefits Qualify as Limited Excepted Benefits

- 69 Line Item: Tax Phishing Goes Global With FATCA

- 70 Changes Proposed to Allocation Rules for Rollovers 

EXPANDING YOUR APP-TITUDE

- 76 Calling for business with Clarity... Move forward with QuickBooks Online and mobile app... Design at heart of Xero's "beautiful accounting software"

TECHNOLOGY Q&A

- 78 Power Map... Mouse trap... Out of touch... Launching File Explorer

INSIDE AICPA

- 82 Where to Turn

LAST WORD


- 84 A look at some of the intriguing, inspiring, and imaginative folks who are at the heart of the AICPA

CPE DIRECT:

Another major benefit for JofA readers

Stay current through the *JofA* and earn CPE credit based on *JofA* articles—with the *CPE Direct* self-study subscription program. You can earn up to 48 CPE credits a year. Quarterly *CPE Direct* study guides combine *JofA* articles with supplementary materials and exams.

An annual subscription is \$189 for AICPA members or \$236.25 for non-members. For more information or to order, visit www.cpa2biz.com/cpe, or call 888-777-7077.

 This symbol identifies articles in the *CPE Direct* self-study program.

! Advertisers in this issue, page 83



Journal of Accountancy (ISSN 0021-8448), December 2014. Published monthly by the American Institute of Certified Public Accountants, Inc. Volume 218, Number 6. Subscription rates: United States, \$75 a year (\$69 for renewals); outside U.S., \$100 (\$94 for renewals); single copy, \$12. Publication, editorial and business office: 220 Leigh Farm Road, Durham, NC 27707-8110. Editorial: 919-402-4449, email: joaed@aicpa.org; Advertising: 800-873-1677; Circulation: 888-777-7077. Periodicals postage paid at Durham, N.C., and at additional mailing office. Change of address notices and orders for subscriptions are to be sent to 220 Leigh Farm Road, Durham, NC 27707-8110. Canada Publication Agreement number 40020939. Printed in the U.S.A. The contents of the *Journal of Accountancy*, P.O. publication identification no. ISSN 0021-8448, are indexed in the Accounting & Tax Database, distributed by Bell & Howell Information & Learning, in print subscription and online through DIALOG (file 485). Opinions expressed in the *Journal of Accountancy* are those of editors or contributors. They may differ from policies of the American Institute of CPAs and its committees.



Inhaltsverzeichnis

Die erste Seite	Besteht die Eurorettung den Subsidiaritätstest? Prof. Dr. Henning Tappe	
Aufsätze	Die Rechtsprechung des EuGH auf dem Gebiet des Vergaberechts in den Jahren 2013 und 2014 Dr. Marc Gabriel und Dr. Andreas Schulz, Berlin	301
	Gegenständliche und inhaltliche Weiterungen der Sanierungsfusion Univ.-Prof. Dr. jur. Walter Frenz, Aachen	311
	„Unternehmen“ als Wiederholungstäter im EU-Kartellrecht vor und nach der Akzo Nobel-Rechtsprechung des EuGH zum Unternehmensbegriff Dr. Georg-Klaus de Bronett, Konz	313
	Europäische Richtlinie zur privaten Kartellrechtsdurchsetzung – Maß aller Dinge für Privatgeschädigte? Prof. Dr. iur. Franz Böni, Mosnang/Konstanz	324
	20. Würzburger Europarechtstage: Das europäische Kartell- und Regulierungsrecht der Netzindustrien – eine inter- und intradisziplinäre Disziplin Richard Nikolaus Lauer, Würzburg	331
Rechtsprechung der EU-Gerichte	Anwendung der EuGVVO auf Schadensersatzklagen wegen Kartellrechtsverstößes – Keine Berufung auf ordre public wegen schwerwiegender wirtschaftlicher Folgen einstweiliger Anordnungen für Staatsunternehmen – „flyLAL“ (EuGH, 23. 10. 2014 – Rs. C-302/13)	335
	EWS-Kommentar von Dr. Bartosz Sujecki, Amsterdam	340
	Flachglas-Kartell im EWR – Preisabsprache – Berechnung der Geldbuße – keine Unterscheidung nach internen und externen Verkäufen – „Guardian“ (EuGH, 12. 11. 2014 – Rs. C-580/12 P)	341
	Missbrauch beherrschender Stellung: Rechtmäßigkeit von Nachprüfungsbeschlüssen – Durchsuchung von Geschäftsräumen – keine Bindung der Kommission an Entscheidungen nationaler Gerichte oder Behörden – „Orange“ (EuG, 25. 11. 2014 – Rs. T-402/13)	342
	Missbrauch beherrschender Stellung: Unterbreitung eines schriftlichen Lizenzvertragsangebots zu FRAND- Bedingungen durch den Inhaber eines standardessenziellen Patents vor einer Patentverletzungsklage – Schlussanträge „Huawei“ (GA Melchior Wathelet, Schlussanträge vom 20. 11. 2014 – Rs. C-170/13)	343
	Staatliche Beihilfen: Abschreibung beim Erwerb von Beteiligungen an ausländischen Unternehmen – nicht selektiv wirkende allgemein zugängliche Regelung – „Autogrill España“ und „Banco Santander“ (EuG, 7. 11. 2014 – Rs. T-219/10 und Rs. T-399/11)	345
	Staatliche Beihilfen: Ausgleich von höheren Stromerzeugungskosten infolge der Pflicht zur teilweisen Erzeugung aus heimischer Kohle über staatlich kontrollierte Fonds – „Mechanismus der vorrangigen Inanspruchnahme“ – DAWI – Umweltschutz – Warenverkehrsfreiheit – „Castelnou Energia“ (EuG, 3. 12. 2014 – Rs. T-57/11)	346
	Elektrizitäts- und Gasversorgung: Rechtzeitige Informationspflicht vor Änderung des Leistungsentgelts – Verbraucherschutz – Keine zeitliche Beschränkung der Urteilstwirkungen – „Schulz“ (EuGH, 23. 10. 2014 – verb. Rs. C-359/11 und C-400/11)	348
	Einheitlicher Patentschutz, einheitliches Gericht und anzuwendende Übersetzungsregeln – Verstoßen die VO (EU) Nr. 1257/2012 und 1260/2012 gegen Unionsrecht? (GA Yves Bot, Schlussanträge vom 18. 11. 2014 – Rs. C-146/13)	352
	Aufsicht über Kreditinstitute und Wertpapierfirmen: Festlegung des Verhältnisses zwischen festen und variablen Bestandteilen der Vergütung von Mitarbeitern, deren Tätigkeit sich wesentlich auf das Risikoprofil des Instituts auswirkt – CRD-IV-Paket („Bankerboni“) (GA Niilo Jääskinen, Schlussanträge vom 20. 11. 2014 – Rs. C-507/13)	354
	Berufsgeheimnis nationaler Finanzaufsichtsbehörden: Die BaFin ist außerhalb Art. 54 MiFID nicht zu Auskünften über eine betrügerische Wertpapierfirma i. Liq. berechtigt – „Altmann“ (EuGH, 12. 11. 2014 – Rs. C-140/13)	355
	Dienstleistungsfreiheit: Unterschiedliche Besteuerung von Glücksspielgewinnen aus Spielkasinos im Ausland nicht durch Bekämpfung von Geldwäsche und Spielsucht gerechtfertigt – „Blanco“ (EuGH, 22. 10. 2014 – verb. Rs. C-344/13 und C-367/13)	358
EU-Kompass	Open-House-Modell“ – öffentlicher Auftrag? (EuGH Rs. C-410/14)	359
	Staatliche Beihilfen: Genehmigung des EEG 2012 und Teilrückforderung (Kommission)	360
	Investitionsoffensive für Europa: Liste der EU-Taskforce (Kommission)	360

Geschäftsführung: Angela Wisken (Sprecherin), Peter Esser, Markus Gotta, Peter Kley, Holger Knapp, Sönke Reimers

Redaktion: Maria Wolfer, Frankfurt a. M.

Ständige Mitarbeiter: Prof. Dr. Heinz-Dieter Assmann, Tübingen; Prof. Dr. Carl Baudenbacher, Präsident des EFTA-Gerichtshofs, St. Gallen/Luxemburg; RA Dr. Wolfgang Blumers, Stuttgart; RA Dr. Dirk Dirksen, Hamburg; Prof. Dr. Dr. h. c. Werner F. Ebke, Heidelberg; Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke, LL.M., M.A., Köln; Prof. Dr. Jörg Gundel, Bayreuth; Dr. Hermann Hollmann, LL.M., Köln; RA Prof. Dr. Michael Hoffmann-Becking, Düsseldorf; RA Prof. Dr. Rainer Jacobs, Köln; Prof. Dr. Lothar Knopp, Cottbus; RA Dr. Nobert Koch, Brüssel; Prof. Dr. Christian Koenig, LL.M., Bonn; Prof. Dr. Knut Werner Lange, Bayreuth; RA Prof. Dr. Carl Otto Lenz, Brüssel/Frankfurt a. M.; RA Jürgen Leske, München; Prof. Dr. Sighart Lörler, Freiburg i. Breisgau; Prof. Dr. Hans-W. Micklitz, Florenz; RA Dr. Burkhardt W. Meister, LL.M., Frankfurt a. M.; Prof. Dr. Peter-Christian Müller-Graff, Heidelberg; Prof. Dr. Karl Riesenhuber, Bochum; RA Prof. Dr. Otto Sandrock, LL.M., Münster; Prof. Dr. Rolf A. Schütze, Stuttgart; Prof. Dr. Ernst Steindorff, München; Prof. Dr. Rudolf Streinz, München; RA Prof. Dr. Friedrich Graf v. Westphalen, Köln; RA Dr. Ralf Wojtek, Hamburg

Mitteilungen der deutschen Patentanwälte

Herausgegeben vom Vorstand der Patentanwaltskammer

105. Jahrgang
München, Heft 12
Dezember 2014
Seiten 529 – 576
Zitierweise: Mitt. (Jahr), (S.)



Im Internet:

www.gewerblicher-rechtsschutz.de

Die recherchierbare
Online-Ausgabe

Inhalt

Beiträge

Rieck	Die Disclaimer-Rechtsprechung der technischen Beschwerdekammern am Europäischen Patentamt nach G 2/10	529
Ochs	Aussetzung im Gebrauchsmusterverletzungsverfahren – Prüfungsumfang des Verletzungsgerichts und Anforderungen an eingewandten Stand der Technik	534
Wurzer/ Grünwald Hüttermann	Das latente Risiko Patentübersetzung Art. 32, 1 i) des Übereinkommens über ein einheitliches Patentgericht – eine Revolution im europäischen Patentsystem (?)	540 546
Rapp	Vom „Einschieben in die fremde Serie“ – das Ende einer Doktrin	547
Tönnies	Verfahrenskostenhilfe für die Patentanmeldung des mittellosen filius eines leistungsfähigen Vaters?	549
Bennett	Australian High Court Decision on Methods of Medical Treatment	551

Entscheidungen

	Patent	
BPatG	Urt. vom 6.5.2014, 4 Ni 22/12 (EP) verb. mit 4 Ni 1/13 (EP) – Verfahren zur Erzeugung eines digitalen Datensatzes Technizität	552
Delhi High Court	Urt. vom 7.11.2014, FAO(OS) No. 16 OF 2014 – Patent Ruling on Section 8 Compliance duty of regular status update for patent applications in India Leitsätze	559
	Gebrauchsmuster	
LG Mannheim	Beschl. vom 10.12.2013, 2 O 4/13 – mechanisches Arretiersystem Aussetzung der Gebrauchsmuster-Verletzungsklage	563
	Marke	
EuGH	Urt. vom 10.7.2014, C-420/13 – Netto Marken-Discount Einordnung der Zusammenstellung von Dienstleistungen als Dienstleistung und Anforderung an die Formulierung	566
BPatG	Beschl. vom 28.11.2013, 30 W (pat) 32/12 – LIQUIDROM bösgläubige Markenmeldung bei Störung eines räumlich beschränkten Besitzstandes Leitsätze	570
	Wettbewerbsrecht – Leitsätze	573

Inhalt

Verfahrensrecht

BGH	Beschl. vom 16.9.2014, X ZR 61/13 – Kurznachrichten Einstellung der Zwangsvollstreckung	574
BGH	Beschl. vom 22.5.2014, I ZR 70/14 – Verfügungsgewalt des Gerichts	575

Rezensionen

Lendvai	Schulte, Patentgesetz mit EPÜ, 9. Aufl., 2014	576
---------	---	-----

Beilagenhinweis:

Mit dieser Ausgabe verteilen wir je eine Beilage der
IP for IP GmbH, der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG sowie vom Carl Heymanns Verlag.

Wir bitten um freundliche Beachtung.

Impressum

Schriftleitung

Verantwortlicher Schriftleiter: Patentanwalt Dipl.-Phys. Dr. rer. nat. Malte Köllner, Vogelweidstraße 8, 60596 Frankfurt, Tel.: 069/69 59 60-0, Telefax: 069/69 59 60-22, E-Mail: info@kp-patent.de. Weitere Mitglieder der Schriftleitung: Patentanwälte Dipl.-Phys. Dr. rer. nat. Stefan Schohe, München, Dipl.-Biol. Dr. phil. nat. Anastassios Pischitzis, Frankfurt. Einsendungen, die sich auf den Inhalt der Zeitschrift beziehen, sind an die obige Anschrift des verantwortlichen Schriftleiters zu richten. Aufsätze und Bemerkungen geben die Meinung des Verfassers, nicht die der Schriftleitung oder des Verlages wieder.

Beiträge werden nur zur zeitlich unbeschränkten Alleinveröffentlichung angenommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Nutzungsrechte, auch zur digitalen Nutzung (z.B. auf CD und im Internet) und zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege fotomechanischer oder anderer Verfahren. Für Manuskripte, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Verlag

Carl Heymanns Verlag – Eine Marke von Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Freisinger Straße 3, 85716 Unterschleißheim, Telefon 089/3 60 07-0, Telefax 089/3 60 07-33 10

Carl Heymanns Verlag – Eine Marke von Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Köln, Luxemburger Straße 449, Postadresse: 50926 Köln, Telefon 02 21/9 43 73-70 00, Telefax 02 21/9 43 73-72 01. <http://www.heymanns.com>

Kundenservice: Telefon 02631/801-2222, e-mail: info@wolterskluwer.de

© 2014 Wolters Kluwer Deutschland GmbH/Carl Heymanns Verlag

Die Zeitschrift einschließlich aller ihrer Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jeder Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne die Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, auch von Teilen der Zeitschrift zum innerbetrieblichen Gebrauch.

Bezugsbedingungen

Die Zeitschrift erscheint grundsätzlich monatlich. Jahrespreis inkl. Online-Zugang 248,00 €, Vorzugspreis für Bewerber/Studenten 124,00 € inkl. 7 % MwSt. zzgl. Versandkosten (14,40 € Inland/28,80 € Ausland). Bei Mehrfachlizenzen zzgl. 2,00 € je Nutzer/Monat zzgl. 19 % MwSt. Aufkündigung des Bezugs bis 30.09. zum Jahresende. Einzelheft 25,80 € inkl. 7 % MwSt. zzgl. Versandkosten.

Anzeigen

Anzeigenverkauf: Karsten Kühn, Telefon 02 21/9 43 73-77 97, Fax -177 97, E-Mail: kkuehn@wolterskluwer.de

Anzeigendisposition: Karin Odening, Telefon 02 21/9 43 73-74 27, Fax -174 27, E-Mail: kodening@wolterskluwer.de

Die Anzeigen werden nach der Preisliste Nr. 33 vom 1. 1. 2014 berechnet.

Satz: rdz GmbH, Sankt Augustin

Druck: Williams Lea & Tag GmbH, München

ISSN 0026-6884

Schriftleitung: Prof. Dr. Achim Schunder, Dr. Jochen Wallisch und Martin Wildschütz,
Beethovenstr. 7 b, 60325 Frankfurt a. M.

NZA Editorial

Rüdiger Hopfe

Zwangsurlaub unter dem Weihnachtsbaum?

III

NZA aktuell

Wichtige neue Entscheidungen

VI

Informationen

VIII

Stellungnahme der BRAK zum Referentenentwurf eines Tarifeinheitsgesetzes

VIII

Stellungnahme des DAV zur sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen gem. § 14 II 2 TzBfG und § 41 S. 3 SGB VI

XI

Impressum

XVIII

Aufsätze und Berichte

Oliver Ricken

Urlaubsabgeltung bei Tod des Arbeitnehmers – Rechtskonstruktion und beitragsrechtliche Bewertung

1361

Daniel Klösel/Henning Reitz

„Flexi-Rente“ und Europarecht

1366

David Poguntke

Neue Gestaltungsmöglichkeiten bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer

1372

Kommentar

Christiane Brors

Nochmals: Neuregelung der Darlegungs- und Beweislast zur Abgrenzung von Leiharbeit und Fremdpersonaleinsatz bei Werk- oder Dienstverträgen

1377

Andrea Edenharter

Loyalitätsobliegenheiten in kirchlichen Arbeitsverhältnissen – Eingeschränkte gerichtliche Überprüfbarkeit

1378

Forum

Martin Fenski

Was am Ende (vom Urlaubsrecht) übrigbleibt – Falsche Prämissen, falsche Ergebnisse

1381

Buchbesprechungen

P. Aligbe, Rechtshandbuch Arbeitsmedizinische Vorsorge (M. Behrens)

1385

Blick ins Sozialrecht

Oliver Ricken

Unfallversicherungsschutz bei Weihnachtsfeiern

Anrechnung steuerbegünstigter Aufwandsentschädigungen auf das Arbeitslosengeld

Beginn der Sperrzeit wegen verspäteter Arbeitsuchendmeldung

1386

Rechtsprechung

Arbeitsvertragsrecht

BVerfG	22. 10. 2014 – 2 BvR 661/12	Eingeschränkte gerichtliche Überprüfung von Loyalitätsobliegenheiten in kirchlichen Arbeitsverhältnissen	1387
BAG	18. 09. 2014 – 6 AZR 636/13	Staffelung der Kündigungsfristen nach Beschäftigungsdauer keine mittelbare Altersdiskriminierung	1400
BAG	21. 08. 2014 – 8 AZR 619/13	Mehrere Betriebsübergänge und richtiger Adressat des Widerspruchs	1405

Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsrecht

BAG	24. 09. 2014 – 5 AZR 611/12	Verstoß gegen Loyalitätspflichten durch Tragen eines islamischen Kopftuchs in kirchlicher Einrichtung	1407
BAG	20. 03. 2014 – 2 AZR 840/12	Wiederholungskündigung – Vorgeflichkeit eines Zustimmungseretzungsverfahrens zur Umgruppierung	1415
BAG	22. 07. 2014 – 1 ABR 93/12	Unwirksame Bildung eines Wirtschaftsausschusses – Tendenzschutz	1417

Verfahrensrecht

BAG	01. 10. 2014 – 10 AZB 24/14	Ausbleiben der Partei bei Anordnung des persönlichen Erscheinens der Parteien – Festsetzung von Ordnungsgeld	1421
-----	-----------------------------	--	------

Orientierungssätze

BAG	27. 02. 2014 – 6 AZR 931/12	Anspruch einer Lehrkraft auf Höhergruppierungsgewinn	1423
BAG	31. 07. 2014 – 6 AZR 993/12	Wirksamkeit der Feststellung einer Mindestbeschäftigungsdauer	1424
BAG	27. 02. 2014 – 6 AZR 988/11	Stufenzuordnung einer Ärztin ohne Facharztausbildung nach Überleitung in die Entgeltgruppe Ä 2 TV-Ärzte-KF	1424

Mit Beilage 4/2014:

Alles hat seinen Preis – Rechtsfragen der Entgeltgestaltung

Das Jahresregister 2014 wird mit Heft 4/2015 ausgeliefert.



Aufsätze

RA Dr. Kai Hasselbach / RA Dr. Felix Ebbinghaus

Anwendung der Business Judgement Rule bei unklarer Rechtslage

Unternehmerische Entscheidungen sind häufig von rechtlichen (Vor-) Fragen geprägt, die sich nicht eindeutig beantworten lassen. In diesen Fällen muss den Organmitgliedern und Managern, die die Entscheidung treffen, durch die Anwendung der Business Judgement Rule ein rechtssicheres Handeln ermöglicht werden. Der vorliegende Beitrag stellt die Voraussetzungen und die Grenzen der Anwendung der Business Judgement Rule auf rechtlich vorgeprägte unternehmerische Entscheidungen dar und erläutert die sich in der Praxis ergebenden Anwendungsprobleme.

873

RAin Daniela Weber-Rey / RAin Evgenia Gissing

Gruppen-Governance – das Gruppeninteresse als Teil des internen Governance-Systems im Finanzsektor

Die seit Januar 2014 geltenden Regeln zur Gruppen-Governance im Bankensektor stellen die Geschäftsleiter von Instituten vor große Herausforderungen; sie verfügen über eingeschränkte Einwirkungsmöglichkeiten auf die nachgeordneten Unternehmen, sind aber erhöhten Haftungsrisiken ausgesetzt. Für Tochtergesellschaften ergeben sich spiegelbildliche Herausforderungen. Im Einklang mit den Corporate-Governance-Grundprinzipien setzen die Autorinnen auf die Harmonisierung von sich widerstreitenden Interessen innerhalb der Gruppe. Sie bieten einen neuen, präventiven Lösungsansatz an, basierend auf dem Gruppeninteresse, das infolge der gesetzlich vorgeschriebenen Strategieabstimmung in der aufsichtsrechtlich geprägten Gruppe entsteht.

884

RAin Dr. Urszula Nartowska, LL.M. / RA Dr. Fabian Walla, LL.B.

Das Sanktionsregime für Verstöße gegen die Beteiligungstransparenz nach der Transparenzrichtlinie 2013

Die Richtlinie 2013/50/EU zur Änderung der Transparenzrichtlinie muss bis zum 26.11.2015 ins deutsche Recht umgesetzt werden. Zu den erklärten Zielen der Änderungs-RL gehört eine effektive Sanktionierung von Verstößen gegen die Beteiligungstransparenz. Der Beitrag analysiert die Sanktionsvorgaben der Änderungs-RL im Kontext des derzeitigen deutschen Sanktionsregimes und arbeitet Empfehlungen für die Umsetzung ins deutsche Recht heraus.

891

Rechtsprechung

Deliktische Haftung für unterlassene Aufklärung beim Aktienkauf

BGH v. 14.10.2014 – VI ZR 466/13

905

Keine persönliche Haftung der Organmitglieder gegenüber Arbeitnehmern der Gesellschaft

BAG v. 20.3.2014 – 8 AZR 45/13

907

Unternehmensvertrag mit einer Sparkasse

OLG Celle v. 16.5.2014 – 9 W 69/14

909

Haftung eines Aufsichtsratsmitglieds

LG Ravensburg v. 8.5.2014 – 7 O 51/13 KfH

910

Impressum

R 384

Wissensvorsprung nutzen!

Mit dem wöchentlichen Aktualitätendienst

- die wichtigsten Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung
- die Vorschau auf die nächste Ausgabe
- kompakte Informationen zum gesamten Unternehmensrecht

Anmelden unter www.die-aktiengesellschaft.de/newsletter

Herausgeber:

OR Dr. Peter Braumüller
Prof. Dr. Daniel Ennöckl, LL.M.
Univ.-Prof. Dr. Michael Gruber
PD Dr. Nicolas Raschauer

Schriftleitung:

Michael Gruber
Nicolas Raschauer

Wissenschaftlicher Beirat:

Univ.-Prof. Dr. Heinz-Dieter Assmann, LL.M.
RA Dr. Ernst Brandl, LL.M., M.B.A.
Univ.-Prof. Dr. Georg Graf
RA Dr. Markus Heidinger, LL.M.
Dr. Stephan Korinek
MR Mag. Alfred Lejsek
Univ.-Prof. Dr. Georg Lienbacher
Univ.-Prof. Dr. Matthias Neumayr
Univ.-Prof. Dr. Bernhard Raschauer
MMag. Dr. Gerald Resch
Univ.-Prof. Dr. Reinhard Resch
Univ.-Prof. Dr. Alexander Schopper
Univ.-Prof. Dr. Christoph Urtz
RA Dr. Christian Winternitz, LL.M.
Univ.-Prof. Dr. Claudia B. Wöhle
RA Dr. Andreas Zahradnik
Hon.-Prof. RA DDr. Jörg Zehetner

Redaktion:

Mag. Julia Baier
MMMag. Dr. Anna Doblhofer-Bachleitner
RA Dr. Bernd Fletzberger
Univ.-Ass. Dr. Georg Granner, LL.B.
Dr. Rene Kreisl, LL.M., M.B.A.
Dr. Mona Philomena Ladler, Bakk.
Mag. Eva-Désirée Lembeck-Kapfer, LL.M.
RA MMag. Dr. Florian Linder
Mag. Alexander Peschetz
RA Dr. Thomas Ruhm, LL.M.
Mag. Sabine Schatzl
Dr. Anke Sembacher
MMag. Dr. Thomas Stern
RA Dr. Clemens Völkl
Priv.-Doz. Dr. Wolfgang Wessely, LL.M.
Mag. Rainer Wolfbauer

Lektorat und Autorenbetreuung:

Mag. Michaela Stadler
1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. +43-1-534 52-1553, Fax DW 146
E-Mail: michaela.stadler@lexisnexis.at

Abonentenservice:

Tel. +43-1-534 52-5555, Fax DW 141
E-Mail: bestellung@lexisnexis.at

Anzeigen & Mediadaten:

Alexander Mayr
Tel. +43-1-534 52-1116, Fax DW 144
E-Mail: anzeigen@lexisnexis.at
<http://zfr.lexisnexis.at/mediadaten>

Editorial

353

Beiträge

Mona Philomena Ladler

**Evaluierung des Europäischen Systems der Finanzaufsicht:
Weitere Reformen sind zu erwarten**

354

Michael Gruber

Der Tippgeber

356

Eva Vesko/Annegret Enzi

**Unternehmensfinanzierung. Eine Darstellung ausgewählter
konzessionsrechtlicher Aspekte**

360

Judikatur

EuGH**Unionsrecht**

Anlegerschaden, internationale Zuständigkeit

368

Versicherungsrecht

EuGH: Lebensversicherung, Rücktrittsrecht

368

Nebenberufliche Versicherungsvermittlung durch Versicherungsangestellte

368

Investmentfondsrecht

Pflichten der OGAW im Aufnahmestaat

369

VfGH**Verfassungsrecht**

VfGH prüft § 29 VwGVG und § 82 Abs 1 zweiter Satz VfGG

370

VwGH**Versicherungsrecht**

Versicherungsvermittler, Qualifikation, eingeschränkte Tätigkeit

372

Finanzmarktrecht

VwGH: Konzernabschluss bei Umstellung des Bilanzstichtages

372

VwGH: Kein geringerer FMA-Kostenbeitrag bei nachträglich korrigierter Meldung

373

Börserecht

VwGH: Irreführungseigenschaft von Crossing-Geschäften ist Rechtsfrage

374

VwGH zur Ad-hoc-Meldepflicht bei Beschluss eines Aktienrückkauf- und

Veräußerungsprogrammes

375

Bankrecht

VwGH: Rechtswidriger Auftrag nach § 70 Abs 4 Z 1 BWG (Liquiditätsreserve)

375

VwGH zur Rechtmäßigkeit einer Warnmeldung nach BWG

376

VwGH: Keine aufschiebende Wirkung bei Verwaltungsstrafe gegen Bankvorstände

379

Steuerrecht

Steuerliche Behandlung von Gratis-Konten der Mitarbeiter von Bankinstituten

379

OGH**Versicherungsrecht**

Aktuelle versicherungsrechtliche Entscheidungen des OGH (**Michael Gruber**)

380

Zahlscheingebühr eines Versicherers

383

Bankrecht

Entgelt für eine Restschuldbestätigung, Kontoschließungsentgelt –
Transparenzgebot 384
AGB-Pfandrecht besichert auch potenziellen Befreiungsanspruch der Bank
aus Wertpapiergeschäft gegenüber dem Kommittenten 384
Verbandsklage: Verstoß von Klauseln eines Kreditkartenunternehmens gegen
KSchG und ZaDiG 387

Kapitalmarktrecht

Herald Fonds (Madoff), Repräsentant, Prospektkontrollor, Kausalitätsbeweis 390
Staatenimmunität, griechische Staatsanleihen, acta iure gestionis 391
Berechnung des Anlegerschadens in Verkaufsfällen: Hypothetische Alternativ-
anlage(n) und Beweismaß 392
Primeo Fund: Zur deliktischen Haftung des Prospektkontrollors und zur
Schlüssigkeit der Klage 394
Anlageberatung – Sorgfaltspflichtverletzung verneint 396

Anlegerentschädigung

OGH in Sachen AMIS: Lange Verjährungsfrist bei Forderungen gegenüber der AeW 397

Pensionskassenrecht

Übergang von Administrativpension auf Betriebspension 399

Gesellschaftsrecht

Neue Entscheidung zu GmbH-Treuhandschaften – Vertragsanpassung als
„Aliud“ 400
Konzernabschluss einer Holding 402

BVwG

Bankrecht

BVwG: Verwaltungsstrafe nach Überschreiten der GVA-Grenze durch ein
Kreditinstitut 402
BVwG: Keine aW bei Kundmachung von Investorenwarnung im Amtsblatt 404
BVwG: Keine aW gegen behördlichen Auftrag zum Halten bestimmter
Mindesteigenmittel 404

Aktuelles

Unionsrecht

Aktuelles Unionsrecht (**Nicolas Raschauer**) 405
Europäische Kommission erlässt die delegierte Verordnung zur
„Liquidity Coverage Ratio“ („LCR“) (**Thomas Stern**) 405
Europäische Kommission erlässt delegierten Rechtsakt zur „Leverage Ratio“
(Verschuldungsquote) (**Roland Salomon**) 406
Veröffentlichung Delegierte VO (EU) 1125/2014 der EU-Kommission vom
19. 9. 2014 zur Ergänzung der RL 2014/17/EU im Hinblick auf technische
Regulierungsstandards für die Mindestdeckungssumme der Berufs-
haftpflichtversicherung für Kreditvermittler („RTS PII“)
(**Christoph Johler/Susanne Riesenfelder**) 407

Verwaltungsrecht

Pauschalvergütung Verwaltungsgerichte (**Nicolas Raschauer**) 408

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge repräsentieren ausschließlich die persönlichen Meinungen der Autoren und müssen sich nicht mit dem Standpunkt der Institutionen oder Behörden decken. Trotz sorgfältigster Bearbeitung erfolgen alle Angaben ohne Gewähr. Eine Haftung des Verlages, der Herausgeber und der Autoren ist ausgeschlossen.

Impressum:

Offenlegung gemäß § 25 MedienG:
Medieninhaber und Herausgeber iSd § 1 Abs 1 Z 8 und
Z 9 MedienG: LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG |
Sitz: Marxergasse 25, 1030 Wien | Unternehmensgegenstand:
LexisNexis ARD Orac ist ein führender Fachverlag in Österreich
im Bereich Steuern, Recht und Wirtschaft, der die Tradition
der Verlagshäuser Orac und ARD unter internationalem Dach
fortführt. LexisNexis ARD Orac ist ein Tochterunternehmen der
international tätigen Verlagsgruppe Reed Elsevier, deren Legal
Division weltweit unter dem Namen LexisNexis firmiert. | Blatt-
linie: Rechtsinformation und Wirtschaftsinformation; aktuelle
rechtliche Neuerungen | Geschäftsführung: Mag. Peter Davies,
MBA | Unbeschränkt haftender Gesellschafter: Orac Gesell-
schaft m.b.H., Marxergasse 25, 1030 Wien | Kommanditist:
Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H., Am Messezentrum 6,
5021 Salzburg | Beteiligungsverhältnisse: Alleiniger Gesellschaf-
ter der Orac Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Austria GmbH,
Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Gesellschafter der Reed
Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Overseas
B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam (0,1 %), Reed Elsevier
Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg (99,9 %) |
Alleiniger Gesellschafter der Reed Elsevier Austria GmbH: Reed
Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam |
Alleiniger Gesellschafter der Reed Elsevier Overseas B.V.: Reed
Elsevier Holdings B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam |
Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings B.V.: Reed Elsevier
Group PLC, 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50 %), Reed El-
sevier Holdings Ltd., 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50 %) |
Redaktion: Marxergasse 25, 1030 Wien,

Derzeit gilt Anzeigenpreisliste Stand 2015 | Verlags- und Herstel-
lungsort: Wien | Die Zeitschrift erscheint ab 2015 12-mal jährlich |
Einzelheftpreis 2015: € 29; Jahresabonnement 2015: € 289 inkl.
10 % MWSt bei Vorauszahlung; Preisänderungen vorbehalten |
Bankverbindung: Bank Austria IBAN AT841200050423468600,
BIC BKAUATWW | Abbestellungen sind nur zum Jahresschluss
möglich, wenn sie bis spätestens 30.11. schriftlich einlangen
| Druck: Prime Rate GmbH, Megyeri út 53, H-1044 Budapest.

Verlagsrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Bei-
träge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte bleiben
vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schrift-
liche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch
Fotokopie, Mikrofilm, Aufnahme in eine Datenbank oder auf
Datenträger oder auf andere Verfahren – reproduziert oder in
eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen,
verwendbare Sprache übertragen werden. Das gilt auch für die
veröffentlichten Entscheidungen und deren Leitsätze, wenn und
soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung redigiert,
erarbeitet oder bearbeitet wurden und daher Urheberrechts-
schutz genießen. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen
eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen
oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden.

Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt der Autor dem
Verlag für den Fall der Annahme das übertragbare, zeitlich und
örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24
UrhG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift, einschließlich
des Rechts der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren
(Druck, Mikrofilm etc) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie
der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtun-
gen, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung auf Daten-
trägern jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch
Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an
die Benutzer, der Sendung (§ 17 UrhG) und sonstigen öffent-
lichen Wiedergabe (§ 18 UrhG) in allen Sprachen ein.

Mit der Einreichung von Beiträgen von Arbeitsgruppen leistet
der Einreichende dafür Gewähr, dass die Publikation von allen
beteiligten Autoren genehmigt wurde und dass alle mit der
Übertragung sämtlicher Rechte an den Verlag einverstanden sind.

Mit dem vom Verlag geleisteten Honorar ist die Übertragung
sämtlicher Rechte abgegolten. Aufgrund der Honorierung er-
lischt die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechts
nicht mit Ablauf des dem Jahr des Erscheinens des Beitrags
folgenden Kalenderjahres (§ 36 UrhG). Für die Verwertung
durch Datenbanken gilt dieser Zeitraum keinesfalls.

ISSN: 1996-2401

Richtlinien für Autoren:

- Manuskripte übermitteln Sie bitte an die E-Mail-Adresse
ZFR-Zeitschrift@lexisnexis.at.
- Wir ersuchen um Verwendung gängiger juristischer Zitier-
und Abkürzungsregeln (AZR, 7. Auflage).
- Manuskripte sind möglichst unter Verwendung der deka-
dischen Gliederung zu erstellen und sollten nicht mehr als
3 Gliederungsebenen umfassen.
- Die Beiträge sollen eine Länge von nicht mehr 25.000 Zeichen
(inkl Leerzeichen, inkl Fußnoten) aufweisen. Überschreitet
das Manuskript diese Länge, sind die Herausgeber be-
rechtigt, die Beiträge entsprechend zu kürzen.
- Jeder Beitrag wird einem externen Begutachtungsverfahren
unterzogen, das über seine Veröffentlichung entscheidet.
Der Verfasser wird schriftlich informiert, ob der Beitrag zur
Publikation angenommen wurde.
- Die Richtlinien für das Verfassen von Zeitschriftenbeiträgen
finden Sie in ausführlicher Form unter zfr.lexisnexis.at in der
Rubrik Autorenservice.

StuB

HOFFMANNS STREIFLICHTER

865 Die ungeklärte Liquidationsbesteuerung

WP/StB Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann

STEUER- UND BILANZPRAXIS

867 Entstrickung nach § 4 Abs. 1 Satz 3 und 4 EStG Ausgewählte Aspekte und Zweifelsfragen

Prof. Dr. Holger Kahle und M.Sc. Meik Eichholz

873 Treaty Override auf dem Prüfstand Anmerkungen zum BFH-Beschluss vom 20. 8. 2014 - I R 86/13

M.Sc. Tobias Hagemann

879 Die abschließende Entscheidung zu den „finalen Verlusten“?

Das Vorlageverfahren C-388/14 beim EuGH

Dr. Kai Schulz-Trieglaff LL.M.

883 Steuergestaltung mit Lizenzboxen Mögliche Gegenmaßnahmen des deutschen Gesetzgebers

M.Sc. Christian Monteith

888 § 1 Abs. 3a GrEStG – Anwendbarkeit von Steuerbefreiungen

Geltung der Steuerbefreiungsvorschriften

Dr. Kai Tiede

893 Gewinnrealisierung bei Abschlagszahlungen Anmerkungen zum BFH-Urteil vom 14. 5. 2014 - VIII R 25/11

Prof. Dr. Gerrit Adrian

896 Ausdehnung der Unternehmensberichterstattung nach HGB für bestimmte große Unternehmen und Konzerne Angaben zur Corporate Social Responsibility und zur Diversität

WP/StB Hermann Kleinmanns

902 Die neuen Sozialversicherungswerte 2015

Betriebswirt Axel-Friedrich Foerster

PRAXISFÄLLE

906 Ausschüttung aus Kapitalrücklage und aus Realisierung im Erwerbszeitpunkt vorhandener stiller Reserven

WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

AKTUELL BERATEN

907 Dienstwagen und Umsatzsteuerrecht

StB Michael Seifert

KURZNACHRICHTEN

- 909 Bewertung von Zuchttieren nach § 6 Abs. 2 EStG;
Berichtigung eines fehlerhaften Bilanzansatzes
- 909 Zeitpunkt der Anschaffung eines Wirtschaftsguts
- 911 Rückstellung wegen Erfüllungsrückstands eines
Versicherungsvertreeters
- 911 BMF-Schreiben zu den GoBD veröffentlicht
- 912 Aussetzung der Vollziehung wegen ernstlicher Zweifel
an der Verfassungsmäßigkeit der sog. Zinsschranke
- 913 Gewerbliche Tätigkeit eines Politikberaters
- 913 Hinzurechnung eines sog. negativen Aktiengewinns
aus der Rückgabe von Anteilsscheinen an einem Wert-
papier-Sondervermögen zum Steuerbilanzgewinn
- 913 Ungeprüfte Übernahme der Zuschätzung von
Betriebeinnahmen durch das Finanzgericht
- 914 Hinzurechnung der Gewinnanteile eines stillen
Gesellschafters bei der Gewerbesteuer
- 915 EuGH-Vorlage: Erbschaftsteuerrechtliche
Anzeigepflicht eines inländischen Kreditinstituts mit
Zweigniederlassung im EU-Ausland
- 915 Uneinbringlichkeit im insolvenzrechtlichen
Eröffnungsverfahren
- 916 EuGH-Vorlage zur Rückwirkung einer
Rechnungsberichtigung
- 917 Umsatzsteuer-Umrechnungskurse für den Monat
November 2014
- 917 Investmentsteuerrecht: Stellungnahme zu
Auslegungsfragen
- 918 Erlass von Nachzahlungszinsen nach Verrechnungs-
preiskorrektur

VIII Impressum

- | | | | |
|---|----------------------|---|-------------------|
|  | Merksatz |  | Community |
|  | Literatur |  | Quelle |
|  | Weblink |  | Video |
|  | Informationen |  | Galerie |
|  | Audio |  | Berechnung |
|  | Siehe auch | | |

Herausgeber: WP/StB Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann, WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

EuGH: Zuständigkeit der Gerichte des Mitgliedstaats, in dem ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, für eine Insolvenzklage gegen einen Beklagten mit Wohnsitz in einem Drittstaat (4.12.2014 – Rs. C-295/13)

BGH: Aktivlegitimation des Hauptinsolvenzverwalters zur Verfolgung eines Insolvenzanfechtungsanspruchs nach Abschluss des Sekundärinsolvenzverfahrens in Belgien (20.11.2014 – IX ZR 13/14)

BGH: Zwei Organe einer Stiftung können sich nicht auf das Mitverschulden des anderen Gesamtschuldners zur eigenen Haftungsverminderung berufen (20.11.2014 – III ZR 509/13)

Aufsätze

Dr. Thomas A. Jesch, LL.M. Taxation (Georgetown), RA/FAStR, und **Sabrina Siemko**, RA in 3075

BB-Gesetzgebungs- und Rechtsprechungsreport zur Fondsregulierung 2014

Im Anschluss an den Gesetzgebungs- und Rechtsprechungsreport 2013 (vgl. *Jesch*, BB 2013, 3075 ff.) fasst der Beitrag die Neuerungen im Bereich der Fondsregulierung aus dem Jahr 2014 zusammen. Auch in diesem Jahr war die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen Deutschland und den USA eines der zentralen grenzüberschreitenden Themen. Auf nationaler Ebene ist die Branche weiterhin gut mit Auslegungsfragen zum KAGB beschäftigt – der Kabinettsentwurf des Kleinanlegerschutzgesetzes zeigt zudem, dass der Gesetzgeber weiterhin bemüht ist, letzte Lücken i. S. e. „no (quasi-)fund left behind“ zu schließen. Durch das AIFM-Steueranpassungsgesetz ist ein weiterer Schritt im Bereich der Anpassung der Gesetzgebung an die AIFM-Richtlinie vollzogen worden, diverse diesbezügliche BMF-Schreiben wollen weitere Aufklärung verschaffen. Rechtzeitig zum Redaktionsschluss hat zudem der EuGH die Europarechtswidrigkeit der Pauschalbesteuerung nach § 6 InvStG festgestellt.

Prof. Dr. iur Peter Krebs und **Dr. iur. Stefanie Jung**, M.A. (CoE) 3081

Law Screening – ein neuer Ansatz zum Umgang mit der Gesetzesflut

Unternehmen und Bürger sehen sich in Deutschland und der EU einer immer weiter steigenden Regelungsflut ausgesetzt. Der Gesetzgeber bemüht sich daher seit Jahren, um die bessere Qualität von Gesetzen und in diesem Rahmen vor allem um den Bürokratieabbau. Weitgehend unbeachtet blieb dagegen die Möglichkeit, Unternehmen und Bürgern die Informationsverarbeitung der einzuhaltenden Gesetze zu erleichtern. Dieser Beitrag konzentriert sich auf diesen letztgenannten Aspekt und beleuchtet die Möglichkeit der Einführung eines sog. *Law Screening*, d.h. einer Art Informationsfilter für anwendbare Gesetze.

Kommentierte Entscheidungen

BGH: Garantenstellung folgt nicht bereits aus einer rechtlichen Sonderbeziehung – entscheidend sind die Umstände des konkreten Einzelfalls 3084
(14.10.2014 – VI ZR 466/13 – dazu BB-Kommentar von **Dr. José A. Campos Nave**, EMBA [Accounting & Controlling], RA/FAStR/FAHaGesR)

BGH: Unzulässige Gerichtsstandsvereinbarung für Klagen eines Verbrauchers aus Haustürgeschäften 3088
(30.10.2014 – III ZR 474/13 – dazu BB-Kommentar von **Prof. Dr. Peter Mankowski**)

BGH: Vertragliches Verbot der Tätigkeit für weitere Unternehmer in Consultant-Vertrag 3091
(16.10.2014 – VII ZB 16/14 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Mark C. Hilgard**, RA)

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BFH: „Rürup-Rente“ eines Alleingesellschafter-Geschäftsführers (15.7.2014 – X R 35/12)

BFH: Verabreichung von Zytostatika an ambulant behandelte Patienten eines Krankenhauses (24.9.2014 – V R 19/11)

BFH: Ermäßigter Steuersatz bei Verabreichung eines Starksolebades (Floating) (28.8.2014 – V R 24/13)

BFH: Abweichende Steuerfestsetzung aus sachlichen Billigkeitsgründen wegen des Ausfalls von Rentenzahlungen (22.10.2014 – II R 4/14)

Aufsätze

Dr. Alexander Werder, LL.M., RA/StB, und **Dr. Michael Rudolf**, RA/StB 3094

Compliance-Berichte in der steuerlichen Betriebsprüfung

Zur Aufklärung des steuerlichen Sachverhalts verlangt der Betriebsprüfer regelmäßig die Vorlage von Unterlagen, aus denen sich der Sachverhalt ergibt. Mitunter verlangt der Prüfer die Vorlage von sensiblen Unterlagen, z. B. Due Diligence-Berichte, die Sachverhalte beschreibend darstellen und rechtlich würdigen. Das FG Münster hat kürzlich in einem Urteil vom 18.8.2014 ernstliche Zweifel an der Pflicht zur Vorlage eines Due Diligence-Berichts geäußert. Sensibel sind auch Berichte, die Unternehmen im Rahmen einer internen Compliance-Untersuchung anfertigen lassen. Der Beitrag stellt dar, warum eine Pflicht zur Vorlage solcher Compliance-Berichte in der steuerlichen Betriebsprüfung abzulehnen ist. Er ist Auftakt einer Folge von Beiträgen zu Fragen rund um Betriebsprüfung und Tax Compliance.

Dr. Rüdiger Fiedler, RA, und **Martin Riegel**, RA/FAStR/StB 3100

Finanzgerichtsprozesse erfolgreich führen – die Krux mit dem Beweis bei Auslandssachverhalten

Dieser Aufsatz ist der Auftakt einer Folge von Beiträgen zum Thema „Finanzgerichtsprozesse erfolgreich führen“. In einer globalisierten Welt werden immer mehr Streitigkeiten mit den Finanzbehörden ausgetragen, denen ein grenzüberschreitender Sachverhalt zugrunde liegt. Eine steigende Anzahl dieser Auseinandersetzungen landet vor den Finanzgerichten. Hier kommt es häufig darauf an, inwiefern der Tatsachenvortrag mit Beweisangeboten unterlegt werden kann. Welche Fallstricke zu beachten und welche Schwierigkeiten zu umschiffen sind, zeigt dieser Beitrag.

Prof. Dr. Matthias Schüppen, Dipl.-Ök., RA/WP/StB 3104

Warten auf Godot und warum „Steuerrecht und Verfassungsrecht“ auch sonst ein Thema ist

Unabhängig von dem Fachwelt und Publikum bewegenden Verfahren zur Verfassungsmäßigkeit des ErbStG ergeben sich im Zusammenspiel von Steuerrecht und Verfassungsrecht eine Vielzahl praxisrelevanter Fragen. Neben den Prinzipien materieller Rechtsstaatlichkeit und in deren Schatten stehen die Prinzipien formaler Rechtsstaatlichkeit, die in ihrer Bedeutung für den Schutz des Steuerbürgers kaum hoch genug geschätzt werden können. Dabei geht es nicht um ein verfassungsrechtliches Glasperlenspiel, sondern um Themen, die dem steuerlichen Berater täglich begegnen: Aussetzung der Vollziehung, Nichtzulassungsbeschwerde und Revision, rückwirkende und völkervertragswidrige Gesetzgebung.

Kommentierte Entscheidung

BFH: Anforderung an Buchnachweis 3111
(28.8.2014 – V R 16/14 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Bastian Liegemann**, RA/StB)



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

3113

Rechnungslegung

IASB: Formale Korrekturen der IFRS

IASB: 2015 IFRS (Blue Book) verfügbar

FASB: Vorgeschlagene Änderungen bezüglich ASC 946

DRSC: Stellungnahme zu den Vorschlägen von IOSCO zur Publikation von Non-GAAP Financial Measures

DRSC: Überarbeitung des DRS 17 soll Entwicklungen auf EU-Ebene berücksichtigen

DRSC: Mitschnitt der Sitzungen der Fachausschüsse vom Dezember 2014

Finanzausschuss des BT: Sorge um kleine Versicherer bei Solvency II

Wirtschaftsprüfung

IESBA: Neue webbasierte Version des IESBA Code of Ethics

Finanzierung

BMWi: Hermesdeckungen des Bundes für Griechenland enden zum Jahresende – private Exportkreditversicherer übernehmen

Aufsatz

Dr. Norbert Lüdenbach, WP/StB, und Dr. Jens Freiberg, WP

3115

BB-IFRS-Report 2014

Der Beitrag stellt – als Fortsetzung der BB-Beiträge der Verf. in den Jahren 2007 bis 2013 (BB 2007, 2798 ff.; BB 2008, 2787 ff.; BB 2009, 2750 ff.; BB 2010, 3139 ff.; BB 2011, 3112 ff.; BB 2012, 3191 ff., BB 2013, 3115 ff.) – eine Zusammenfassung der Weiterentwicklung der IFRS im Jahr 2014 dar. Erstmalig aufgenommen in den BB-IFRS-Report werden auch die Verlautbarungen seitens des IFRS Interpretation Committee (IFRS IC) sowie eine überblickartige Auflistung der Agendaablehnungen (Non-IFRIC) aus dem Arbeitsprogramm 2014 des IFRS IC.

Kommentierte Entscheidung

FG Köln: Keine Zuführung neuen Betriebsvermögens durch Aufwärtverschmelzung

3120

(4.9.2014 – 13 K 2837/12 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Sebastian Heß, RA/FAStR/StB)

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

3123

Entscheidungen

EuGH: Tarifvertrag – Bestimmung über Mindesttarife für selbständige Dienstleistungserbringer (4.12.2014 – C-413/13)

LAG Berlin-Brandenburg: Mutwillige Zeugnisklage (31.10.2014 – 17 Ta 1587/14)

LAG Berlin-Brandenburg: Abtretung des Kostenerstattungsanspruchs des Gesamtbetriebsrats (9.10.2014 – 21 TaBV 769/14)

BAG: Abberufung eines GmbH-Geschäftsführers – Rechtsweg (22.10.2014 – 10 AZB 46/14)

BAG: Betriebsübergang – neuer Tankstellenstandort und anderer Pächter (18.9.2014 – 8 AZR 733/13)

BAG: Arbeitsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz – Schuldrechtliche Vereinbarung von Tarifvertragsparteien über Leistungen für Gewerkschaftsmitglieder (21.11.2014 – 4 AZR 50/13)

LAG Baden-Württemberg: Kein Arbeitnehmerüberlassungsverhältnis bei Versuch der Verhinderung des durch das AÜG vermittelten Sozialschutzes (3.12.2014 – 4 Sa 41/14)

LAG Düsseldorf: Keine Rückforderung tariflicher Sanierungsbeiträge (5.12.2014 – 10 Sa 605/14)

Aufsatz

Dr. Stefan Müller, RA/FAArbR

3125

Die Änderungen im Familien- und Pflegezeitrecht

Das Bundeskabinett hat am 14.10.2014 den Gesetzentwurf zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf und damit auch eine Neufassung der wesentlichen Regelungen des bislang geltenden Familienpflegezeitgesetzes (FPFZG) beschlossen. Das Gesetz wurde am 4.12.2014 in der vom Familienausschuss geänderten Fassung vom Bundestag verabschiedet. Das damit neu gefasste Familien- und Pflegezeitrecht soll am 1.1.2015 in Kraft treten. Der Beitrag stellt die wesentlichen Änderungen im Überblick dar und gibt erste Anwendungshinweise.

Kommentierte Entscheidung

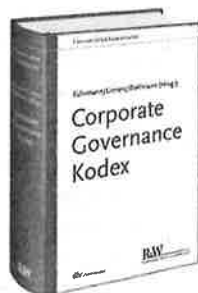
BAG: Hinzuziehung eines Sachverständigen durch den Betriebsrat

3134

(25.6.2014 – 7 ABR 70/12 – dazu BB-Kommentar von

Bernd Weller, RA/FAArbR)

Praxiswissen



Neuerscheinung!

Corporate Governance Kodex

ca. Februar 2015, Wirtschaftsrecht, Frankfurter Kommentar, ca. 500 Seiten, Geb., ISBN: 978-3-8005-1579-0,

ca. € 198,-

R&W
Fachmedien Recht und Wirtschaft

dfv Mediengruppe 069/7595-2722 | buchverlag@ruw.de | www.ruw.de

Die Erste Seite

Prof. Dr. Christoph Brömmelmeyer

Better Regulation und Bürokratieabbau. Regulierungsdichte

Jobs der Woche

V

Veranstaltungsbericht

BB-Fachkonferenz „Finanzgerichtsprozesse“ am 23.10.2014 in Frankfurt a.M.

VI-VII

Impressum/Vorschau

VIII

FOKUS

- 355 **Praktische Simulation der Auswirkungen künftiger Leasingbilanzierung**
Starke Turbulenzen, sanfte Landung?!
Dipl.-Kfm. Georg Anders
- 363 **Darstellung des Eigenkapitals nach § 297 Abs. 1 HGB und IAS 1.106 ff.**
Handelsrechtliche und internationale Anforderungen an die Darstellung von Eigenkapitalveränderungen
Dipl.-Kfm. Karsten Sepetauz und M.Sc. Maximilian Behrmann
- 370 **Bilanzierungspraxis selbst erstellter immaterieller Vermögenswerte nach HGB und IFRS**
Auswertung der DAX, M-DAX, S-DAX und Tec-DAX Unternehmen
Prof. Dr. Nadine Antonakopoulos und Sebastian Klar, B.A.

PRO & CONTRA

- 380 **Unmöglichkeit der Schätzung der Nutzungsdauer eines entgeltlich erworbenen goodwill?**
Dr. Andreas Haaker und WP Dr. Jens Freiberg

IFRS NEWS

- 382 **IFRS-FA des DRSC nimmt Stellung zu ED/2014/3 und IFRS IC Agenda Decisions**

IFRS AKTUELL

- 383 **ESMA/DPR-Prüfungsschwerpunkte 2015**
WP Dr. Daniel T. Fischer

KOMPAKTWISSEN

- 385 **Bewertung von Rückstellungen zu Voll- oder Grenzkosten?**
WP Dr. Jens Freiberg

PRAXISFÄLLE

- 387 **Ausschüttung aus Kapitalrücklage der Tochter im Einzelabschluss der Mutter**
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

IFRS UND STEUERBILANZ

- 388 **Die Neubewertung des Aufwands für Rückbauverpflichtungen**
WP/StB Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann

VI Verlagsservice/Impressum



Merksatz



Literatur



Weblink



Informationen



Siehe auch



Community



Quelle



ZUM

Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht

Schriftleitung: Prof. Dr. Jürgen Becker (*V.i.S.d.P.*)
Redaktion: Christoph Seibold (*leitender Redakteur*), Nicole Bentin (*Redakteurin Rechtsprechung*), Stephanie Niederhoffer (*Redakteurin Rezensionen*)
Redaktionsassistent: Dr. Pascal Oberndorfer, Sebastian Pech, Dr. Martin Schippan, Franciska Schönherr
Anschrift der Redaktion:
Institut für Urheber- und Medienrecht, Salvatorplatz 1, 80333 München,
Telefon (0 89) 29195470, Telefax (0 89) 29195480,
E-Mail: redaktion@urheberrecht.org, URL: <http://www.urheberrecht.org/>

Herausgeber: Prof. Dr. Albrecht Hesse, Prof. Roland Bornemann, Dr. Tilo Gerlach, Dr. Harald Heker, Prof. Dr. Johannes Kreile, Dr. Urban Pappi, Prof. Dr. Manfred Rehbinder, Dr. Robert Staats
Wiss. Beirat: Prof. Dr. Dieter Dörr, Guido Evers, Prof. Dr. Norbert P. Flechsig, Prof. Dr. Günter Herrmann, Dr. Tobias Holzmüller, Dr. Matthias Kirschenhofer, Michael Krause, Prof. Dr. Reinhold Kreile, Prof. Dr. Ferdinand Melichar, Prof. Dr. Wilhelm Nordemann, Prof. Dr. Gerhard Pfennig, Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring, Dr. Martin Schaefer, Dr. Tobias Schmid, Dr. Gernot Schulze, Prof. Dr. Mathias Schwarz, Prof. Dr. Robert Schweizer, Peter-Christoph Weber

Redaktionsvertretungen:

Italien: Prof. Dr. Salvatore Patti, Via Tacito 41, I-00193 Roma
Japan: Prof. Dr. Hiroshi Saito, Copyright Research and Information Center Tokyo Opera City Tower, 3-20-2 Nishi Shinjuku, Shinjuku-ku, Tokyo, 163-1411 Japan
Österreich: Prof. Dr. Walter Dillenz, Landstraßer Hauptstraße 67, A-1030 Wien
Schweiz: Dr. Adriano Viganò, Genferstraße 2, CH-8002 Zürich

58. Jahrgang · Heft 12/2014

ISSN 0177-6762

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

Professor Dr. Artur-Axel <i>Wandtke</i> und Dr. Robert <i>König</i> , Berlin Reform der urheberrechtlichen Schrankenbestimmungen zugunsten von Bildung und Wissenschaft	921–930
Professor Dr. iur. Dr. rer. pol. Marcel <i>Bisges</i> , LL.M., Berlin Ökonomische Analyse des Urheberrechts	930–938
Michael <i>Naumann</i> , Mainz Zweikampf zwischen EUGH und BVerfG? Der Fußball spaltet die Gerichte bei der Frage nach der Entgeltlichkeit des Kurzberichterstattungsrechts	938–946
Dr. Stefan <i>Engels</i> und Dr. Jana <i>Semrau</i> , Hamburg Aktuelle Fragen des Rundfunkwerberechts	946–957
Dr. Gernot <i>Schulze</i> , München Anmerkung zu OLG München, Urteil vom 22. Mai 2014 – 6 Sch 20/13 WG, ZUM 2014, 810	957–959
Dr. Martin <i>Schippan</i> , München Das Bestreiten mit Nichtwissen bei Drittäußerungen im Gegendarstellungsprozess	959–964
Professor Dr. Dr. h. c. Karl-Heinz <i>Ladeur</i> , Hamburg Anmerkung zu BVerfG, Beschluss vom 28. Juli 2014 – 1 BvR 482/13	966–967

Rechtsprechung

Einordnung einer Äußerung als Schmähkritik Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Juli 2014 – 1 BvR 482/13	965–966
Kosten eines Verfahrens nach § 101 Abs. 9 UrhG als Kosten des Rechtsstreits gemäß § 91 Abs. 1 Satz 1 ZPO Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 15. Mai 2014 – I ZB 71/13 – Deus Ex – OLG Hamburg	967–969
Kein Urheberrechtsschutz für Urteilsanalyse Beschluss des Kammergerichts vom 12. März 2014 – 24 W 21/14	969–970
Schadensersatz und Abmahnkosten bei illegalem Filesharing Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main vom 15. Juli 2014 – 11 U 115/13	970–972
Kein Urheberrechtsschutz für Urteilsanalyse Beschluss des Landgerichts Berlin vom 11. Februar 2014 – 15 O 58/14 – nicht rechtskräftig	972–973

Schadensersatzberechnung für auf eBay rechtswidrig veröffentlichte Produktfotos	
Urteil des Landgerichts Köln vom 27. Mai 2014 – 14 S 38/13	973–976
Aktivlegitimation eines Lizenznehmers	
Urteil des Landgerichts Köln vom 15. Mai 2014 – 14 O 287/13	976–978
Kein Wettbewerbsverstoß durch Auftritt eines Rechtsanwalts in einem Basisprofil von XING	
Urteil des Landgerichts München I vom 3. Juni 2014 – 33 O 4149/14	978–981
Wettbewerbswidrige Aussagen zur Lizenzierungspraxis der GEMA	
Urteil des Landgerichts München I vom 25. Februar 2014 – 1 HK O 1401/13 – nicht rechtskräftig	981–988
Impressumpflicht für Rechtsanwalt bei Auftritt auf XING	
Urteil des Landgerichts Stuttgart vom 27. Juni 2014 – 11 O 51/14 – nicht rechtskräftig	988–992
Filmabgabe für Videos pornografischen Inhalts	
Urteil des Obergerverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 4. Juni 2014 – OVG 6 B 11.13	992–994
Sendezeit für unabhängige Dritte	
Beschluss des Verwaltungsgerichts Hannover vom 27. November 2013 – 7 B 5663/13 – nicht rechtskräftig	994–1004

Buchbesprechungen

Peter Mes (Hrsg.): Münchener Prozessformularbuch	
Rechtsanwalt Dr. Simon Apel, Frankfurt am Main	1005–1006
Patrick Baronikians: Der Schutz des Werktitels	
Dr. Friedrich Radmann, München	1006–1006
Irini Stamatoudi/Paul Torremans (Hrsg.): EU Copyright Law	
Professor Dr. Norbert P. Flechsig, Tübingen	1007–1008

Schriftleitung

Prof. Dr. Jürgen Becker (V.i.S.d.P.)
 Institut für Urheber- und Medienrecht, Salvatorplatz 1, 80333 München
 Telefon: (089) 291954-0, Telefax: (089) 29195480,
 E-Mail: redaktion@urheberrecht.org
 www.urheberrecht.org

Erscheinungsweise
 12 Ausgaben im Jahr

Bezugspreise 2014

Jahresabonnement 358,- EUR; Einzelheft 40,- EUR; Jahresabonnement für ZUM und ZUM-RD im Kombinationsangebot jährlich 498,- EUR. Alle Preise verstehen sich inkl. MWSt, zzgl. Vertriebskosten.
 Beihefte, die zu diesem Titel erscheinen, werden den Abonnenten mit einem Vorzugspreis automatisch zugesandt und können bei Nichtgefallen zurückgegeben werden.

Bestellmöglichkeit

Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Kündigungsfrist

Jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende

Bankverbindung generell

Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe: BLZ 660 100 75, Konto Nr. 73636-751 oder Sparkasse Baden-Baden Gaggenau: BLZ 662 500 30, Konto Nr. 5-002266

Druck und Verlag

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Waldseestraße 3–5, 76530 Baden-Baden, Telefon: (0 72 21) 21 04-0, Telefax: (0 72 21) 21 04 27
 E-Mail: nomos@nomos.de

Anzeigen

Sales friendly Verlagsdienstleistungen, Siegburger Straße 123, 53229 Bonn, Telefon: (0228) 97898-0, Telefax: (0228) 97898-20, E-Mail: roos@sales-friendly.de

Urheber- und Verlagsrechte

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. Printed in Germany

ISSN 0177-6762

Herausgeber:

o. Univ.-Prof. Dr. Romuald Bertl
WP Dr. Robert Reiter
Mag. Christoph Schlager (BMF)
RA Dr. Thomas Wenger
Hon.-Prof. MR iR Dr. Werner Wiesner (BMF)
Institut Österreichischer Wirtschaftsprüfer

Schriftleitung:

o. Univ.-Prof. Dr. Romuald Bertl

Redaktionsassistentz:

Mag. Dipl. Ing. Dr. Stéphanie Hörmanseder
MIM (CEMS)

Ständige Mitarbeiter:

Dr. Christoph Fröhlich
Univ.-Prof. Dr. Klaus Hirschler
Mag. Gisela Nagy
Dr. Katharina van Bakel-Auer

Lektorat und Autorenbetreuung:

Mag. Evelyn Hahn
1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. +43-1-534 52-1562, Fax DW 146
E-Mail: evelyn.hahn@lexisnexis.at

Abonnentenservice:

Tel. +43-1-534 52-5555, Fax DW 141
E-Mail: bestellung@lexisnexis.at

Anzeigen & Mediadaten:

Alexander Mayr
Tel. +43-1-534 52-1116, Fax DW 144
E-Mail: anzeigen@lexisnexis.at
<http://rwz.lexisnexis.at/mediadaten>

Gesellschafts- & Steuerrecht

Aktuelles aus dem Unternehmenssteuerrecht

Christoph Schlager

2. AbgÄG 2014: Überblick über die Änderungen der Unternehmensbesteuerung

Der Beitrag stellt die wichtigsten Neuerungen durch das 2. AbgÄG 2014 aus Sicht der Unternehmensbesteuerung überblicksartig dar.

357

Bilanzsteuerrecht

Romuald Bertl/Klaus Hirschler

Unterlassene Zuschreibungen und unversteuerte Rücklagen nach dem RÄG 2014

359

Judikatur

Steuerrecht

Die VwGH-Judikatur 2014 zum Umgründungssteuerrecht (**Werner Wiesner**)

360

Gesellschaftsrecht

Weiter Warten auf OGH-Entscheidung zur Geltung der „Holzmüller-Doktrin“ in Österreich! (**Thomas Wenger**)

364

Rechnungswesen

Internationaler Rundblick

(**Barbara Schallmeiner/Katharina van Bakel-Auer/Gisela Nagy**)

366

Revision & Kontrolle

Aslan Milla/Annette Köll/Thomas Wenger/Sigrun Adrian

EU-Regulation zur Abschlussprüfung – Neue Pflichten für Aufsichtsrat und Prüfungsausschuss

Die Autoren geben einen Überblick über die Auswirkungen der EU-Reform 2014 zur Abschlussprüfung auf die Rolle von Aufsichtsrat und Prüfungsausschuss im Rahmen der Abschlussprüfung und beschreiben mögliche Auswirkungen der Reform auf das österreichische Gesellschaftsrecht. Näher eingegangen wird etwa auf die Aufgaben des Prüfungsausschusses und die Anforderungen an seine Unabhängigkeit.

369

Christoph Fröhlich

Unwesentliche, nicht konsolidierte Tochterunternehmen – Teil II

Unwesentliche Tochterunternehmen bzw Tochterunternehmen von untergeordneter Bedeutung werden oftmals nicht in den Konzernabschluss einbezogen, weil der mit der Konsolidierung verbundene Arbeitsaufwand zu hoch ist und der Informationsgehalt des Konzernabschlusses ohnehin nicht verändert wird. In Teil II werden die Problematik des erstmaligen Einbezugs und die Konsequenzen für den Abschlussprüfer behandelt.

378

Hans Hartmann/Aslan Milla/Robert Reiter

Stellungnahme zum Artikel Fröhlich, Unwesentliche, nicht konsolidierte Tochterunternehmen (RWZ 11/2014 und 12/2014)

Nach Fröhlich stellt der Nichteinbezug unwesentlicher Tochterunternehmen in einen IFRS-Konzernabschluss einen Fehler dar. Diese Ansicht wird von den Autoren nicht geteilt und es werden Gegenargumente dargestellt.

Austrian Financial Reporting and Auditing Committee

Stellungnahme: Aufstellung und Prüfung eines Corporate Governance-Berichts gemäß § 243b UGB (März 2014)

Impressum:

Offenlegung gemäß § 25 MedienG:

Medieninhaber und Herausgeber iSd § 1 (1) Z 8 und 9 MedienG: LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG | Sitz: Marxergasse 25, 1030 Wien | Unternehmensgegenstand: LexisNexis ARD Orac ist ein führender Fachverlag in Österreich im Bereich Steuern, Recht und Wirtschaft, der die Tradition der Verlagshäuser Orac und ARD unter internationalem Dach fortführt. LexisNexis ARD Orac ist ein Tochterunternehmen der international tätigen Verlagsgruppe Reed Elsevier, deren Legal Division weltweit unter dem Namen LexisNexis firmiert. | Blattlinie: Rechtsinformation und Wirtschaftsinformation; aktuelle rechtliche Neuerungen | Geschäftsführung: Mag. Peter Davies, MBA | Unbeschränkt haftender Gesellschafter: Orac Gesellschaft m.b.H., Marxergasse 25, 1030 Wien | Kommanditist: Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H., Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Beteiligungsverhältnisse: Alleiniger Gesellschafter der Orac Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Gesellschafter der Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam (0,1%), Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg (99,9%) | Alleiniger Gesellschafter der Reed Elsevier Austria GmbH: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Alleiniger Gesellschafter der Reed Elsevier Overseas B.V.: Reed Elsevier Holdings B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings B.V.: Reed Elsevier Group PLC, 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50%), Reed Elsevier Holdings Ltd., 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50%) | Redaktion: Marxergasse 25, 1030 Wien

381

383

Derzeit gilt Anzeigenpreisliste Stand 2014 | Verlags- und Herstellungsort: Wien | Die Zeitschrift erscheint einmal im Monat | Einzelheftpreis 2015: € 27,-; Jahresabonnement 2015: € 279,- inkl. 10 % MWSt bei Vorauszahlung; Preisänderungen vorbehalten | Bankverbindung: Bank Austria IBAN: AT841200050423468600, BIC: BKAUATWW | Abbestellungen sind nur zum Jahreschluss möglich, wenn sie bis spätestens 30.11. schriftlich einlangen | Druck: Prime Rate GmbH, Megyeri út 53, H-1044 Budapest.

Verlagsrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte bleiben vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm, Aufnahme in eine Datenbank oder auf Datenträger oder auf andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Das gilt auch für die veröffentlichten Entscheidungen und deren Leitsätze, wenn und soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung redigiert, erarbeitet oder bearbeitet wurden und daher Urheberrechtsschutz genießen. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden.

Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt der Autor dem Verlag für den Fall der Annahme das übertragbare, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm etc) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung auf Datenträgern jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der Sendung (§ 17 UrhG) und sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 UrhG) in allen Sprachen ein.

Mit der Einreichung von Beiträgen von Arbeitsgruppen leistet der Einreichende dafür Gewähr, dass die Publikation von allen beteiligten Autoren genehmigt wurde und dass alle mit der Übertragung sämtlicher Rechte an den Verlag einverstanden sind.

Mit dem vom Verlag geleisteten Honorar ist die Übertragung sämtlicher Rechte abgegolten. Aufgrund der Honorierung erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechts nicht mit Ablauf des dem Jahr des Erscheinens des Beitrags folgenden Kalenderjahres (§ 36 UrhG). Für die Verwertung durch Datenbanken gilt dieser Zeitraum keinesfalls.

Trotz sorgfältigster Bearbeitung erfolgen alle Angaben ohne Gewähr. Eine Haftung des Verlages, der Herausgeber und der Autoren ist ausgeschlossen.

ISSN: 1018-3779

Richtlinien für Autoren:

- Manuskripte übermitteln Sie bitte an die E-Mail-Adresse RWZ-Zeitschrift@lexisnexis.at.
- Wir ersuchen um Verwendung gängiger juristischer Zitierr- und Abkürzungsregeln (AZR, 7. Auflage).
- Manuskripte sind möglichst unter Verwendung der dekadischen Gliederung zu erstellen und sollten nicht mehr als 3 Gliederungsebenen umfassen.
- Die Beiträge sollten eine Länge von nicht mehr als 25.000 Zeichen (inkl Leerzeichen, inkl Fußnoten) aufweisen. Überschreitet das Manuskript diese Länge, sind die Herausgeber berechtigt, die Beiträge entsprechend zu kürzen.
- Jeder Beitrag wird einem externen Begutachtungsverfahren unterzogen, das über seine Veröffentlichung entscheidet. Der Verfasser wird schriftlich informiert, ob der Beitrag zur Publikation angenommen wurde.
- Die Richtlinien für das Verfassen von Zeitschriftenbeiträgen finden Sie in ausführlicher Form unter rwz.lexisnexis.at in der Rubrik Autorenservice.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge repräsentieren ausschließlich die persönlichen Meinungen der Autoren und müssen sich nicht mit dem Standpunkt der Institutionen oder Behörden decken. Trotz sorgfältigster Bearbeitung erfolgen alle Angaben ohne Gewähr. Eine Haftung des Verlages und der Autoren ist ausgeschlossen.

Aktuelles Recht zum Dienstverhältnis

Redaktion: Mag. Manfred Lindmayr (Chefredakteur) | E-Mail: ard@lexisnexis.at
Mag. Birgit Bleyer, Mag. Bettina Sabara, Mag. Sabine Sadlo, Mag. Barbara Tuma
E-Mail: redaktion@lexisnexis.at

Lektorat und Autorenbetreuung: Mag. Evelyn Hahn | E-Mail: evelyn.hahn@lexisnexis.at
Tel. +43-1-534 52-1562 | Fax DW 146
Marxergasse 25, 1030 Wien

Abonnentenservice: Tel. +43-1-534 52-5555 | Fax DW 141
E-Mail: bestellung@lexisnexis.at

Anzeigen & Mediadaten: Alexander Mayr | E-Mail: anzeigen@lexisnexis.at
Tel. +43-1-534 52-1116 | Fax DW 144 | <http://ard.lexisnexis.at/mediadaten>

In aller Kürze 2

Thema 3

Personalverrechnung

Renate Gruber:

Kollektivvertragliche Erhöhungen – welche Grundsätze gilt es zu beachten? 3

Viele Kollektivverträge sehen mit Wirkung ab 1. Jänner eines Jahres kollektivvertragliche Erhöhungen der Löhne und Gehälter vor, die unterschiedlicher Natur sein können. Nicht in jedem Fall sind die den Arbeitnehmern tatsächlich gewährten Löhne und Gehälter aufgrund der Neufassung des anzuwendenden Kollektivvertrags und der damit in Zusammenhang stehenden Erhöhung der Mindestgehälter auch tatsächlich zu erhöhen. Der Beitrag skizziert die unterschiedlichen Arten der kollektivvertraglichen Erhöhungen.

Rechtsprechung 7

Allgemeines Arbeitsrecht

Banken-KV – Aliquotierung der Kinderzulage bei 7 Limitierung der Bezugsdauer einer 12

Teilzeit 7 Administrativpension 12

Keine Verwendungszulage für freigestellte 8 Betriebspension für Geschäftsführer: Anwend- 12

Zentralbehindertenvertrauensperson 8 Zulässigkeit von Differenzierungen bei 13

Entgeltzahlungspflicht bei Dienstfreistellung 8 Betriebspensionen 13

Anspruch auf Abgeltung geleisteter 9 **Pensionsversicherung**

Überstunden 9 Zulässige Verweisung eines Straßenbahnfahrers 14

Aliquotierung der Sonderzahlungen während des 9 auf die Tätigkeit eines Schulbusfahrers 14

Bezugs von halbem Krankentgelt? 9 Berufsunfähigkeitspension für auch handwerklich 15

Betriebspension 10 Zulässige Verweisung eines Straßenbahnfahrers 14

Betriebspension: unmittelbare Diskriminierung 10 Berufsunfähigkeitspension für auch handwerklich 15

aufgrund des Geschlechts 10 **Lohnsteuer und Abgaben**

Wechsel in ein beitragsorientiertes 11 BFG: Besteuerung einer vom früheren deutschen 16

Pensionskassensystem 11 Arbeitgeber gezahlten Abfindung 16

Neue Vorschriften 18

Arbeitsrecht 18

Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetz 2014 – BGBl 18

Aus den Behörden 18

Finanzministerium 18

BMF: Aufsichtsräte einer Personengesellschaft – 18 BMF: Mittelbare Besicherung im Fall von 19

DBA-Deutschland 18 outbound-Zinsen 19

Neuerscheinungen 20

Impressum 6

ZEITSCHRIFT FÜR UNTERNEHMENSRECHT UND GESELLSCHAFTSRECHT

HERAUSGEGEBEN von Alfred Bergmann, Holger Fleischer,
Wulf Goette, Heribert Hirte, Peter Hommelhoff, Klaus J. Hopt,
Gerd Krieger, Hanno Merkt, Marc-Philippe Weller, Hartmut Wicke

Z G R

INHALT

Jens Koch

Begriff und Rechtsfolgen von Interessenkonflikten und Unabhängigkeit im Aktienrecht
697

Carsten Schäfer

Interessenkonflikte und Unabhängigkeit im Recht der GmbH und der Personengesellschaften
731

Meinrad Dreher und Christoph Ballmaier

Solvency II und Gruppenaufsicht
753

Manuel Nodoushani

Die Pauschalzustimmung zur Übertragung vinkulierter Anteile
809

Karsten Schmidt

Alles klar bei § 25 HGB? - Hinweise zu einem Hinweisbeschluss
844

Marc-Philippe Weller

GmbH-Anteilsabtretungen in Basel
865

Archiv für die civilistische Praxis

Herausgegeben von
Reinhard Bork, Jochen Taupitz und Gerhard Wagner

Abhandlungen

<i>Anne Rötbel</i> : Familienrechtswissenschaft im wiedervereinigten Deutschland. Debatten, Arbeitsweisen, Wahrnehmungen	609
<i>Frauke Wedemann</i> : Ältere Menschen im Zivilrecht	664
<i>Udo Reifner</i> : Zinsberechnung im Recht	695
<i>Florian Loyal</i> : Ansprüche auf Vertragsanpassung – eine Dekonstruktion	746

Manuskripte und redaktionelle Anfragen werden an einen der Herausgeber erbeten:

- Prof. Dr. *Reinhard Bork*, Seminar für Zivilprozeß- und Allg. Prozeßrecht, Universität Hamburg, Rothenbaumchaussee 33, 20148 Hamburg; bork@uni-hamburg.de
- Prof. Dr. *Jochen Taupitz*, Fakultät für Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre der Universität Mannheim, Schloß, 68131 Mannheim; taupitz@jura.uni-mannheim.de
- Prof. Dr. *Gerhard Wagner*, Humboldt-Universität zu Berlin, Juristische Fakultät, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht und Ökonomik, Unter den Linden 9, 10099 Berlin; wagner@rewi.hu-berlin.de

Rezensionsexemplare werden an den Verlag erbeten.

Übertragung der Rechte: Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Publikation in gedruckter und elektronischer Form. Weitere Informationen dazu und zu den beim Autor verbleibenden Rechten finden Sie unter www.mohr.de/acp

Ohne Erlaubnis des Verlags ist eine Vervielfältigung oder Verbreitung der ganzen Zeitschrift oder von Teilen daraus in gedruckter oder elektronischer Form nicht gestattet. Bitte wenden Sie sich an rights@mohr.de

Richtlinien für Manuskripte für das AcP finden Sie unter www.mohr.de/acp

Erscheinungsweise: Bandweise, pro Jahr erscheint ein Band zu 6 Heften mit je etwa 150 Seiten.

Online-Volltext: Im Abonnement für Institutionen und Privatpersonen ist der freie Zugang zum Online-Volltext enthalten. Institutionen mit mehr als 20.000 Nutzern bitten wir um Einholung eines Preisangebots direkt beim Verlag. Kontakt: elke.brixner@mohr.de. Um den Online-Zugang für Institutionen / Bibliotheken einzurichten, gehen Sie bitte zur Seite: www.ingentaconnect.com/register/institutional. Um den Online-Zugang für Privatpersonen einzurichten, gehen Sie bitte zur Seite: www.ingentaconnect.com/register/personal.

Verlag: Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Postfach 2040, 72010 Tübingen. www.mohr.de

Vertrieb: erfolgt über den Buchhandel.

© 2014 Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Tübingen. – Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Dieser Ausgabe des AcP ist ein Prospekt unseres Verlags beigelegt.

ISSN 0003-8997

Familienrechts im wiedervereinigten

Debatten, Arbeitsweisen

von Prof. Dr. *Anne Rötbel*, Buc

Inhaltsübersicht

I. Anliegen	
II. Debatten	
1. <i>Paarbeziehungen</i>	
a) <i>Ehe: Von der Schicksalsgemeinschaft</i>	
b) <i>Gleichgeschlechtliche Partnerschaften: Vom Tabu zum Statusverhältnis</i>	
c) <i>Faktische Lebensgemeinschaft: Von der Realbeziehung zur Realbeziehung</i>	
2. <i>Eltern-Kind-Beziehung</i>	
a) <i>Kindeswohl, Elternrechte, Gleichberechtigung</i>	
b) <i>Paradigmenhäufung</i>	
c) <i>Gespaltene Familienrechtswissenschaft</i>	
3. <i>Schutzverhältnisse für Volljährige</i>	
a) <i>Private Freiheit und publizistische Freiheit</i>	
b) <i>Personalisierung und Privatisierung</i>	
III. Arbeitsweisen	
1. <i>Historische Arbeitsweisen</i>	
a) <i>Von nüchternem Dogmengeschichte zu Einmischung</i>	
b) <i>Wiedervereinigung: die ausgegrenzte Generation</i>	
2. <i>Vergleichende Arbeitsweisen</i>	
a) <i>Ausland als Argument</i>	
b) <i>Principles, Modellgesetze und imitierte Arbeitsweisen</i>	
3. <i>Dogmatische Arbeitsweisen</i>	
a) <i>Krise und Konstitutionalisierung</i>	
b) <i>Daueraufgaben und explizite Aufgaben</i>	
4. <i>Interdisziplinäre Arbeitsweisen</i>	

* Dieser Bericht wäre nicht in dieser Form möglich gewesen. Dank gebührt vor allem meiner Mitarbeiterin, die mit Sorgfalt und Weitblick das verstreute Material gesammelt und geordnet hat. Eine zugleich ermunternde wie kritische Gegenüberstellung verdanke ich abermals der Aufmerksamkeit von Dr. Christian Bumke. Ohne ihn wäre es nicht möglich gewesen sein und leisten kann, ungleich blasser.

AcP 214, 609–663 – DOI: 10.1628/0003-8997 – ©

BBK

NWB DA

SCHNELL GELESEN

- 1133 ▶ Aktuelle Gestaltungsspielräume für den Jahresabschluss 2014

KURZNACHRICHTEN

- 1134 Steuerrecht aktuell
Bernd Rätke

BEITRÄGE

- 1141 Buchführungs-Seminar
Korrektur einer unterlassenen Bilanzierung von notwendigem Betriebsvermögen
Karl Broemel und Dr. Volker Endert

- 1147 Bilanzierung
Bilanzielle Gestaltungsspielräume für den Jahresabschluss 2014

Bernd Rätke

▶ Kurzfassung Seite 1133

- 1169 Bilanzierung
Neue Schwellenwerte für den Jahresabschluss nach dem BilRUG-RefE

Prof. Dr. Carsten Theile

▶ Kurzfassung Seite 1133

- 1175 Betriebswirtschaft
Liquiditätsoptimierung durch Working Capital Management (Teil 3)

Elena Bail und Dr. Hendrik Vater

- 1184 Impressum

-  Literatur
-  Weblink
-  Informationen
-  Audio
-  Galerie
-  Siehe auch

-  Quelle
-  Community
-  Video
-  Berechnung
-  Merksatz

Praxistip Anhang-Che GmbH

Um die Verständlic
dritter Pflichtbestan
hierzu ab Mitte Janu
kostenlos zur Verfü

Checklisten für die

Das Buch „Der Anh
unterstützt Sie bei d
verschiedener Beisp
Formulierungshilfer
▶ Checkliste für de
▶ Checkliste für de
▶ Checkliste für de

Die drei Anhang-Ch
unabhängigen Anga

Lfd. Nr.	Anhang
I. Grundlegend	
1. Gliederung 1	
1.	Abweic stellung der Bil wegen lich ▶ Ang ▶ Beg Abweic stellung



Beirat

RA Dr. Burkard Göpfert
RAin Dr. Simone Kämpfer
RA Dr. Christoph Knauer
RA Prof. Dr. Gerd Krieger
Prof. Dr. Hans Kudlich
RA Dr. Michael Racky (WisteV)
RA Dr. Rainer Spatscheck
RA Dr. Michael Tsambikakis
RAin Renate Verjans
(geschäftsführend)

■
RA Dr. Markus Adick
LOStA Folker Bittmann
RA Dr. Lars Böttcher
RAin Dr. Margarete
Gräfin von Galen
RA Prof. Dr. Ferdinand Gillmeister
Prof. Dr. Matthias Jahn
RA Dr. Thomas Keul
RA Christoph Lepper, LL.M.
RA Prof. Dr. Holger Matt
RA Dr. Bernd Rainer Mayer
RA Jes Meyer-Lohkamp
RAin Dr. Regina Michalke
RA Dr. Panos Pananis
RA Dr. Markus S. Rieder
RAin Dr. Heide Sandkuhl
RA Dr. Jörg Schauf
RAin Dr. Hellen Schilling
RA Dr. Bernd Wilhelm Schmitz
RA Dr. Oliver Sieg
RA Dr. PD Gerson Trüg
RA Dr. Florian Ufer
RA Nikolai Venn
RA Prof. Dr. Jochen Vetter
RA Dr. Marko Voß

Aufsätze

- Die Compliance-Aufgabe des Aufsichtsrats
RA Dr. Rüdiger Werner 449
- Roadmap zur Verbesserung der Qualität von Beratungsprotokollen –
Beratungsdokumentation, quo vadis?
Wiss. Mitarb. Oliver Gerson 456

Rechtsprechung

■ Wirtschaftsstrafrecht

- Subventionsbetrug durch Gewährung von Investitionszulagen auch an
Privatpersonen
(BGH, Beschl. v. 28.5.2014 – 3 StR 206/13)
m. Anm. PD Dr. Martin Asholt 464

- Betrug durch missbräuchliche Einziehung von Geldbeträgen im Wege des
Einzugsermächtigungs-Lastschriftverfahrens
(BGH, Urt. v. 22.5.2014 – 4 StR 430/13)
m. Anm. OStA Dr. Thomas Trück 470

■ Steuerstrafrecht

- Haftung des Steuerhelfers, der schwarzgebrannten Alkohol erwirbt – Verzicht
des FG auf eigene Beweisaufnahme
(BFH, Urt. v. 23.4.2014 – VII R 41/12)
m. Anm. RR Sebastian Deckers 474

- Grobes Verschulden bei elektronisch gefertigten Steuererklärungen
(BFH, Urt. v. 18.3.2014 – X R 8/11)
m. Anm. LRD Stefan Rolletschke 477

■ Zivilrecht

- Prospekthaftung wegen Kapitalanlagebetrugs
(BGH, Urt. v. 24.6.2014 – VI ZR 560/13)
m. Anm. Prof. Dr. Nikolaus Bosch 479

■ Steuerrecht

- Zuschlagszahlungspflicht bei Steuerhinterziehung
(LG Aachen, Beschl. v. 4.8.2014 – 86 Os 11/14)
m. Anm. RARin Tanja Stahl 484

Neue Bücher

- Momsen, Carsten / Thomas Grützner, Wirtschaftsstrafrecht – Handbuch für
die Unternehmens- und Anwaltspraxis, 2013 487



Neues unter

www.cr-online.de:

Referentenentwurf IT-SicherheitsG v.
4.11.2014 und erste Einschätzung von
Heinickel/Feiler im Blog v. 17.11.2014

Computerrecht

- Thomas Thalhofer/Stefan Wilmer** – Praktische Herausforderungen bei der Abgrenzung von AGB und Individualvertrag bei IT-Projekten *Sind angesichts von Best Practices und standardisierten Vertragsmustern überhaupt noch Individualvereinbarungen möglich?* 765
- Wert des informativen Inhalts von Einzelelementen einer Datenbank – TK 50
BGH: Beschluss vom 18.9.2014 772
- Insolvenzfestigkeit von Softwarelizenzen bei Insolvenz des Lizenzgebers
LG München I: Urteil vom 21.8.2014 774
- Zwangsvollstreckung bei kartellrechtlichem Zwangslizenzeinwand
OLG Karlsruhe: Beschluss vom 19.2.2014 (Ls.) 778
- Kopie eingescannter Unterschrift kein Ersatz für eigenhändige Unterschrift
LG Stuttgart: Beschluss vom 26.6.2014 (Ls.) 778

Telekommunikationsrecht

- Klaus Brisch/Marco Müller-ter Jung** – Ex-post-Regulierung der TK-Märkte durch die BNetzA – Stillschweigende Duldung von Entgelten als Genehmigungsfiktion *Ein Plädoyer für mehr Rechtssicherheit bei Preisklauseln in Netzzugangs-AGB* 778
- Mobilfunkvertragsklauseln: Keine Zusatzgebühr für Überlassung von SIM-Karte oder Papierrechnung
BGH: Urteil vom 9.10.2014 784
- Irreführung durch „SMS Flat“ bei Begrenzung abgegoltener SMS
OLG Schleswig: Urteil vom 19.3.2014 787

CRaktuell

- TK-Recht aktuell R131
- Medienrecht aktuell R132
- Report aktuell R134
- Buchbesprechungen R135
- Impressum R137

Medienrecht

- Lutz Schreiber** – Wettbewerbsrechtliche Haftung von Ticketbörsen im Internet *Eine sorgfältige Prüfung der relevanten Anspruchsgrundlagen* 791
- Gerichtliche Auskunftsverfahrenskosten als notwendige Kosten im nachfolgenden Rechtsstreit gegen Urheberrechtsverletzer – Deus Ex
BGH: Beschluss vom 15.5.2014 794
- Zulässige Vervielfältigung unveröffentlichter Werke – Porträtkunst
BGH: Urteil vom 19.3.2014 796
- Datenschutzrechtliche Mitverantwortung des Betreibers einer Facebook-Fanpage
OVG Schleswig-Holstein: Urteil vom 4.9.2014 801
- Haftung des Plattformbetreibers für fehlende Pflichtangaben – Energieeffizienzklasse
OLG Köln: Urteil vom 20.12.2013 805
- Energieeffizienz-Kennzeichnungspflicht im E-Commerce
OLG Stuttgart: Urteil vom 24.10.2013 m. Anm. **Witschel** 809
- Zulässigkeit telefonischer Opt-In-Abfrage
VG Berlin: Urteil vom 7.5.2014 812

Umfang des datenschutzrechtlichen Auskunftsanspruchs gegenüber Spam-Unternehmen AG Düsseldorf: Urteil vom 27.10.2014	816
Kein Vertragsschluss wegen Angabe fingierter persönlicher Daten bei eBay AG Kerpen: Urteil vom 27.6.2014	817
Schadensersatz beim Filesharing AG Düsseldorf: Urteil vom 3.6.2014	818
Werbung in Autoreply-Mail unzulässig AG Stuttgart: Urteil vom 25.4.2014	822
Verstoß gegen Dienstleistungsfreiheit durch unterschiedliche Besteuerung von Online-Glücksspielen EuGH: Urteil vom 22.10.2014 (Ls.)	823
Anforderungen an Bestimmung des Zwangsversteigerungstermins durch Veröffentlichung im Internet BGH: Beschluss vom 3.4.2014 (Ls.)	824
Werktitelschutz für Wetter-App OLG Köln: Urteil vom 5.9.2014 (Ls.)	824
Kein fliegender Gerichtsstand für P2P-Urheberrechtsverletzungen OLG Hamburg: Beschluss vom 14.11.2013 (Ls.)	824
<hr/>	
Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegen Beilagen des Verlages C.H. Beck, München sowie des Verlages Dr. Otto Schmidt, Köln, bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.	
Report Sabine Sosna – EU-weite elektronische Identifizierung und Nutzung von Vertrauensdiensten – eIDAS-Verordnung <i>Ein Überblick über die wichtigsten Inhalte und deren Konsequenzen für Unternehmen</i>	825

CRonline

Portal zum IT-Recht



Expertenblog



Gesetzgebungsreport



RSS-Feeds



Newsletter

Schauen Sie einfach mal rein:



www.cr-online.de



New at www.cr-international.com:
Guidelines on the implementation of
the CJEU judgment in *Google Spain*
(C-131/12) adopted on 26 November
2014 by Art. 29 Data Protection Working
Party

15th Year · Issue 6 · 2014 · Pages 161 - 192

Editorial Board

Prof. Dr. Thomas Dreier, M.C.J.,
University of Karlsruhe
Dr. Jens-L. Gaster, principal administrator, Brussels
RA Thomas Heymann, Frankfurt/M.
Prof. Dr. Michael Lehmann, Dipl.-Kfm.,
Max-Planck-Institute and University of Munich
Prof. Raymond T. Nimmer, University of Houston
Attorney at Law Holly K. Towle, J.D., Seattle
Attorney at Law Thomas Vinje, Brussels

Correspondents

Attorney at Law Sakari Aalto (Finland)
Attorney at Law Jonathan Band (USA)
Prof. Dr. Janusz Barta (Poland)
Abogado Enrique J. Batalla (Spain)
John P. Beardwood (Canada)
Prof. Dr. Jon Bing (Norway)
DDr. Walter Blocher (Austria)
Prof. Peter Blume (Denmark)
Avvocato Gabriel Cuonzo (Italy)
Dr. Jens-L. Gaster (EU)
Prof. Ysolde Gendreau (Canada)
Dr. Lucie Guibault (Canada/Netherlands)
Avocat Dr. Martin Hauser (France)
Prof. Dr. Rosa Julia Barcelo (Spain)
Attorney at Law Charles H. Kennedy (USA)
Dr. Stanley Lai (Singapore)
Prof. Ian Lloyd (UK)
RA Prof. Dr. Michail Marinou (Greece)
Prof. Dr. Ryszard Markiewicz (Poland)
Antonio Millé (Argentina)
Ken Moon (New Zealand)
Prof. Raymond T. Nimmer (USA)
Advogado Manuel Oehen Mendes (Portugal)
Prof. Jerome Reichman (USA)
Luis C. Schmidt (Mexico)
Hary Small (UK)
Prof. Alain Strowel (Belgium)
Avvocato Pietro Tamburini (Italy)
Attorney at Law Thomas Vinje (USA, EU)
Prof. Coenraad J. Visser (South Africa)
Prof. Dr. Rolf H. Weber (Switzerland)
J.T. Westermeier (USA)
Neil J. Wilkof (Israel)
Jamie Wodetzki (Australia)

Articles

- Peter Brown* – **The Right to be Forgotten: U.S. Rulings on Free Speech Won't Let Google Forget** 161
- Elisabeth Thole/Eva de Vries/Vonne Laan* – **“Tap and Pay”: Who’s Looking After Your Privacy?**
Privacy aspects of contactless payments viewed in connection with Dutch law 166
- Kai-Uwe Plath* – **CJEU on Right of Access – No ‘Spill-Over Effect’ on Non-Personal Data** 173

Case Law

- CJEU:** News site Publishers Liable for Defamatory Content – Safe Harbour Provisions Not Applicable – *Sotiris Papasavvas v. O Fileleftheros Dimosia Etairia Ltd* – Court of Justice of the European Union – decision of 11 September 2014 – Summary & Comment by *Van Eecke/Schoefs* 175
- UK:** Website-Blocking Order Against ISPs to Combat Trademark Infringement – *Cartier International AG & Ors v British Sky Broadcasting Ltd & Ors* – High Court of Justice, Chancery Division – decision of 17 October 2014 177
- UK:** Implementing “Right to be Forgotten” for Non-EU-Residents – *Daniel Hegglin v. Google Inc. et al.* – High Court of Justice, Queen’s Bench Division – decision of 31 July 2014 183
- Russia:** Constitutionality of Overblocking Shared IP Addresses – Constitutional Court of the Russian Federation – non-acceptance order of 17 July 2014 – Summary & Comment by *Rumyantsev* 185

Updates

- Ave Piik/Kaspar Kala* – **Estonia:** Unique E-Residency Regime – Towards the End of the Nation States As We Know Them? 186
- Gönenç Gürkaynak/İlay Yılmaz* – **Turkey:** New E-Money Legislation Up and Running 188
- Laura Liguori* – **Italy:** Resolution of the Italian Data Protection Authority on the Use of Cookies 189
- Sandrine Cullaffroz-Jover* – **France:** Enhanced Investigative Powers of Data Protection Authority 190

- About the Authors 192
■ Masthead V

35. Jahrgang
Heft 50
12. Dezember 2014

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt
Prof. Dr. Wolfram Timm

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrleke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Goffert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlücker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

BGH: Hauptversammlung im Ausland	A 97	Nr. 354
BGH: Geltendmachung eines Anspruchs der Sekundärmasse im Hauptverfahren	A 97	Nr. 355
BGH: Fälligkeit einer Prozessbürgschaft mit Rechtskraft des Urteils.	A 97	Nr. 356
BGH zu Preiserhöhungen gegenüber Gas-Sonderkunden	A 97	Nr. 357
Gesetz zur stärkeren Kontrolle von Ratingagenturen	A 98	Nr. 358
BRat zur Sanierung und Abwicklung von Banken	A 98	Nr. 359
Gravenbrucher Kreis: Preise für beste journalistische und wissen- schaftliche Arbeiten	A 98	Nr. 360
Personalia	A 98	Nr. 361

Aufsätze

<i>Carsten Schäfer, Mannheim</i>	Unzulässige Umgestaltung von Gesellschaftsanteilen im Insolvenzplan . .	2417
<i>Christian Kersting, Düsseldorf</i>	Die Haftung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung nach § 53 HGrG – keine Anwendbarkeit von § 323 Abs. 2 HGB	2420
<i>Tim W. Dornis, Lüneburg</i>	Vom künftigen Umgang mit einer Unbekannten – die „Entschädigungs- pauschale“ im neuen § 288 BGB	2427

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

OLG Düsseldorf	1. 9. 2014 – I-9 U 46/13 Keine Haftung einer Direktbank für das Handeln eines vom Kunden bevollmächtigten Vermögensverwalters	2434
-------------------	---	------

Internet

www.zip-online.de: Volltexte ab Heft 1/1980 mit komfortabler Such-
funktion und zitierfähigen Fundstellen – für ZIP-Abonnenten kostenfrei

AG Nürnberg	15. 11. 2013 – 18 C 3194/13	Unwirksamkeit formularmäßiger Bearbeitungsentgelte auch in Darlehensverträgen mit Unternehmern (LS)	2437
Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht			
BFH	20. 5. 2014 – VII R 46/13 +	Keine Haftung wegen Firmenfortführung bei Fortführung einer bloßen Geschäfts- oder Etablissementbezeichnung	2437
OLG Frankfurt/M.	15. 10. 2014 – 21 W 64/13	BGH-Vorlage: Bestimmung der Barabfindung nach Squeeze out bei fortbestehender Gewinnabführungspflicht anhand des Barwerts der vereinbarten Ausgleichszahlungen	2439
OLG Frankfurt/M.	15. 9. 2014 – WpÜG 3/11	Keine Einsicht eines Aktionärs der Zielgesellschaft in Ermittlungsakte der BaFin über mögliches Pflichtangebot des Bieters	2443
OLG München	10. 6. 2014 – 34 Wx 167/14	Zum Nachweis der Unrichtigkeit des Grundbuchs in Bezug auf das Recht einer nach Durchführung des Insolvenzverfahrens gelöschten GmbH	2446
Vertrags- und Haftungsrecht			
OLG Stuttgart	16. 7. 2014 – 3 U 170/13	Keine Hemmung der Verjährung durch rechtsmissbräuchlich erschlichenen Mahnbescheid (hier: Antrag ohne Hinweis auf Gegenleistung in Form einer Zug um Zug anzubietenden Kapitalbeteiligung)	2447
Insolvenz- und Sanierungsrecht			
BGH	6. 11. 2014 – IX ZB 90/12	Kein Zurückbehaltungsrecht wegen streitiger Schadenersatzansprüche der Masse im Verfahren über die Festsetzung der Insolvenzverwaltervergütung	2450
BFH	24. 9. 2014 – V R 48/13 +	Zu Umsatzsteueransprüchen im Insolvenzeröffnungsverfahren als Masseverbindlichkeit	2451
FG Köln	6. 8. 2014 – 12 K 791/11	Zur Bestimmtheit von Steuererstattungsansprüchen des Insolvenzschuldners bei vorbehaltener Nachtragsverteilung	2456
OLG Düsseldorf	20. 5. 2014 – I-12 U 96/12	Zum Konkursbeschlagnahme bei Anordnung der Nachtragsverteilung (LS)	2458
Arbeits- und Sozialrecht			
BAG	17. 6. 2014 – 3 AZR 298/13 +	Zur Betriebsrentenanpassung in einer durch Betriebsübergang der aktiven Betriebsteile entstandenen Rentnergesellschaft	2459
BAG	22. 7. 2014 – 9 AZR 1066/12 +	Zur Weiterbeschäftigung nach erfolgreicher Befristungskontrollklage (LS)	2468
BAG	20. 2. 2014 – 2 AZR 859/11 +	Zur Anrechnung früherer Arbeitnehmerüberlassung auf kündigungsschutzrechtliche Wartezeit (LS)	2468

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der RWS Verlag Kommunikationsforum GmbH, Köln, bei.
Wir bitten um freundliche Beachtung!

Inhalt

JULIA SCHULZ / MATTHIAS SCHIMKA	
Unternehmensrecht aktuell	339, 342
SEBASTIAN BERGMANN / PAUL SCHÖRGHOFER	
RÄG 2014: Keine Anwendung des kapitalgesell- schaftsrechtlichen Kapitalerhaltungsregimes auf verdeckte Kapitalgesellschaften!	340
FRANZ HARTLIEB / ZURAB SIMONISHVILI	
Mangelhafte Entlastungsbeschlüsse	343
MARIE-AGNES ARLT	
Pflicht zur Anfechtung von Gewinnausschüttungs- beschlüssen?	351
ALEXANDER HASCH / JOHANNES WOLFGRUBER	
Die Treugeberstellung als spaltungsfähiger Vermögensteil	358
STEFANIE JUNG	
Die Societas Unius Personae – ein Hybrid aus nationalem und europäischem Recht	363
Der praktische Fall:	
Ist die Müller-Gruppe für die nächste Generation gerüstet? (Susanne Kalss / Manfred Umlauf)	370
Geschafterversammlungen und Satzungs- bestimmungen:	
Bestellung und Kompetenzen des Vorsitzenden der GmbH-Generalversammlung – Anlass zur Satzungsgestaltung (Rupert Brix)	374
Praxisrubrik Geschäftsführer:	
Strafrechtliche Grundlagen der Geschäftsführer- haftung (Roland Kier)	379
Aus der aktuellen Rechtsprechung	
OGH	
Treuhandverhältnis in Bezug auf GmbH-Geschäftsanteil	382
Wirksame Vereinbarung einer Schiedsklausel im Gesellschafts- vertrag	385
Schiedsfähigkeit von Beschlussmängelstreitigkeiten (Genossenschaft)	387
Verletzung der Offenlegungspflicht als unlautere Geschäftspraktik nach UWG	390
Rezensionen	381, 392

Impressum

Periodisches Medienwerk: Der Gesellschafter – Zeitschrift für Gesellschafts- und Unternehmensrecht. „Der Gesellschafter“ ist zu zitieren: GesRZ Kalenderjahr. Seite. Grundlegende Richtung: Diese Fachzeitschrift befasst sich mit Problemen auf allen Gebieten des Gesellschafts- und Unternehmensrechts anhand von Theorie und Praxis. Sie erscheint sechsmal jährlich, und zwar im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Jahresabonnement 2014 Print & Online: € 144,30 inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes: € 27,- inkl. 10 % MwSt., zzgl. Versandkosten. Unterbleibt die Abbestellung, so läuft das Abonnement um jeweils ein Jahr zu den jeweils gültigen Konditionen weiter. Abbestellungen sind nur zum Ende eines Jahres möglich und müssen bis jeweils spätestens 30. November schriftlich erfolgen, Nachdruck – auch auszugswise – ist nur mit ausdrücklicher Bewilligung des Verlages gestattet. Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlages, der Herausgeber oder der Autoren ausgeschlossen ist.

Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt der Autor dem Verlag für den Fall der Annahme das übertragbare, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift ein, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm etc.) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, des Rechts der Vervielfältigung auf Datenträgern jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungsskizzen an die Benutzer, der Sendung (§ 17 UrhG), sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 UrhG) sowie der öffentlichen Zurverfügungstellung, insbesondere über das Internet (§ 18a UrhG). Gemäß § 36 Abs. 2 UrhG erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechts mit Ablauf des dem Erscheinen des Beitrages folgenden Kalenderjahres; dies gilt für die Verwertung durch Datenbanken nicht.

ISSN 0250-6440

Herausgeber und Redaktion:

Rechtsanwalt Dr. Nikolaus Arnold,
1010 Wien, Wipplingerstraße 10
Univ.-Prof. Dr. Susanne Kalss, LL.M.,
1020 Wien, Institut für Zivil- und Unternehmensrecht,
WU, Welthandelsplatz 1
E-Mail: gesrz@lindeverlag.at

Medieninhaber und Medienunternehmen:

LINDE VERLAG Ges.m.b.H.,
A-1210 Wien, Scheydgasse 24
Telefon: 24 630 Serie
Telefax: 24 630-23 DW
E-Mail: office@lindeverlag.at
<http://www.lindeverlag.at>
DVR 0002356

Rechtsform der Gesellschaft: Ges.m.b.H.
Sitz: Wien, Firmenbuchnummer 102235x
Firmenbuchgericht: Handelsgericht Wien,
ARA-Lizenz-Nr.: 3991
Gesellschafter: Axel Jentzsch, Mag. Andreas Jentzsch
Geschäftsführer: Mag. Andreas Jentzsch,
Dr. Oskar Mennel, Dipl.-Kfm. Eduard Müller
P. b. b. – Verlagspostamt 1210 Wien –
Erscheinungsort Wien

Herstellung

jentzsch:druckt

Druckerei Hans Jentzsch & Co. GmbH,
1210 Wien, Scheydgasse 31,
Tel.: 01/ 278 42 16-0; E-Mail: office@jentzsch.at

Inhalt

„Die Ungerechtigkeiten liegen in den zahlreichen Ausnahmenvorschriften“

Im BFGjournal zu Gast: Univ.-Prof. Dr. Alexander Rust, WU Wien, im Gespräch
mit Dr. Angela Stöger-Frank

434

Topaktuell: Neuregelung der Mindestkörperschaftsteuer verfassungswidrig für „Alt-GmbHs“?

(BFG 4. 12. 2014, RV/7105068/2014 – Wolfgang Nemeč)

436

BFG-Entscheidungen zum Alleinverdienerabsetzbetrag

(BFG 9. 7. 2014, RV/7101915/2014 u. a. – Gertraude Langheinrich)

440

Beiträge zur Instandhaltungsrücklage als Werbungskosten bei Vermietungseinkünften

(BFG 20. 10. 2014, RV/7101427/2011)

443

BFG und Auslandsbezug: Besteuerung von Künstlern im internationalen Steuerrecht

(BFG 22. 8. 2014, RV/7101272/2013 – Clemens Danda)

444

BFG und Höchstgerichte: EuGH zur Besteuerung schwarzer ausländischer Investmentfonds

(EuGH 9. 10. 2014, Rs. C-326/12, van Caster – Ernst Marschner)

451

Keine außergewöhnliche Belastung wegen höherer Lebenshaltungskosten am Wohnsitz in Luxemburg

(BFG 5. 9. 2014, RV/7102115/2013)

453

Einbringung unter Zurückbehaltung des nackten Grund und Bodens, Servitutsentgelt für die Dienstbarkeit keine schädliche Leistung

(BFG 26. 8. 2014, RV/7101318/2012 – Klaus Hirschler / Gottfried Sulz / Christian Oberkleiner)

454

Sonderbetriebsvermögen und Vorsteuerabzug

(BFG 20. 11. 2014, RV/7102342/2011 – Hans Blasina)

458

Unternehmerische Tätigkeit und Unterbrechung der Leistungserbringung

(BFG 13. 10. 2014, RV/5101027/2011)

461

BFG und Höchstgerichte: Energieabgabenvergütung und Beihilfenrecht

(Thomas Bieber)

462

Verfassungskonformität des Parkometersgesetzes und der Parkometerabgabeverordnung

(BFG 1. 8. 2014, RV/7500614/2014 – Gertraude Ritz)

466

Das Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht und dem Bundesfinanzgericht

(Bernhard Renner)

469

BFG-Entscheidungen zu Gebühren und Verkehrsteuern

(BFG 20. 10. 2014, RV/7103401/2010; 10. 10. 2014, RV/3100566/2012; 3. 4. 2014,
RV/6100464/2013 – Hedwig Bavenek-Weber)

471

Inhalt



EDITORIAL

Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein

AUFSÄTZE

Prof. Dr. Franz Ruland

Die Aufgaben der Rentenversicherungsträger unter Berücksichtigung des § 30 SGB IV ____ 645

Prof. Dr. Christian Rolfs

Das BSG erschüttert die Alterssicherung der Syndikusanwälte _____ 653

Prof. Dr. Thomas Molkentin

Zur Ermächtigung der Bundesregierung zur Einführung neuer Berufskrankheiten _____ 659

Dr. Stefan Treichel

Aufhebung und Sanktionsrechtsfolge _____ 664

AKTUELLE ENTSCHEIDUNGEN

Übersicht über die jüngste Rechtsprechung

Bundesverfassungsgericht _____ 669

Bundessozialgericht _____ 670

RECHTSPRECHUNG MIT ANMERKUNGEN

SOZIALHILFE

Erbenhaftung/Gesamtschuld

§ 102 SGB XII; § 92c BSHG; § 75 SGG; § 421 BGB

Urteil des 8. Senats des BSG vom 23.8.2013 – B 8 SO 7/12 R –

Anmerkung von Dirk Weber, Bielefeld _____ 680

RENTENVERSICHERUNG

Versicherungsbefreiung/Versorgungswerk

Art. 2 GG; §§ 1, 6 SGB VI; §§ 1–3, 12 BRAO

Urteil des 5. Senats des BSG vom 3.4.2014 – B 5 RE 13/14 R –

Anmerkung siehe Besprechungsaufsatz von Prof. Dr. Christian Rolfs, Köln, abgedruckt in diesem Heft S. 653 ff. _____ 689

KURZ NOTIERT

Tagungshinweis 13. Kölner Sozialrechtstag _____ 700

GESAMTSCHAU

V

inhalt

ABOSERVICE E-Mail: vvg@inode.at

Online-Ausgabe mit Archiv ab 1993: www.versicherungsrundschau.at

magazin

Redaktion: dagmar.straif@vvo.at

Editorial	03
TITEL	
Sicher in den eigenen vier Wänden	04
VVO und VKI – Fortsetzung der Finanzbildungsoffensive	
Die Bedeutung der Zinsen in der Versicherung wird überschätzt	
Interview mit Dr. Wolfram Littich, Vorstandsvorsitzender der Allianz Elementar Versicherungs-AG	08
International	
Österreichischer Vorsitz bei Insurance Europe Mazedonien: 20 Jahre NIBM und Präsentation des VVO-Brettspiels „Less Risk More Fun“	12
Meldungen	
Jahrestagung der Kleinen Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit in Salzburg Weihnachtszeit: Brandgefährlich für Kinder!	13

altersvorsorge

Redaktion: ulrike.braumueller@vvo.at

Berufsunfähigkeitsversicherung	
Ein Seminar bot einen Überblick über Produkte und Besonderheiten der privaten Berufsunfähigkeitsversicherung	15

gesundheitsvorsorge

Redaktion: ulrike.braumueller@vvo.at

Die Dominanz der Spitäler bleibt das Hauptproblem des Gesundheitswesens	19
Ein Vergleich von internationalen Gesundheitssystemen auf Basis von OECD-Daten	

wissenschaft

Redaktion: katharina.trampisch@gvfw.at

Schuh, Wer kann sich die private Vorsorge leisten?	
Die private Altersvorsorge wird in Zukunft eine weitaus wichtigere Rolle als gegenwärtig einnehmen müssen	22
Wittman, Weinzierl, Ein Blick über die Grenze kann nicht schaden – zwei aktuelle Entscheidungen des deutschen Bundesgerichtshofs als Bezugs- und Kontrastpunkt	
Vergleich mit der österreichischen Rechtslage	28
Praxis profitiert von der Wissenschaft	35
Veranstaltungsbericht über den GVFW Förderpreis	
Rechtsprechung	37
Für Sie gelesen	38
Impressum	39

<p>▶ Factoring Finanzinstrumente Forderungen IAS 39 IFRS 9</p>	<p>Dr. Michael Thomas</p>	<p>Factoring-Bilanzierung nach IAS/IFRS</p>	<p>569</p>
<hr/>			
<p>▶ Immaterielle Vermögenswerte IAS 38 IFRS 3 Unternehmens- zusammenschluss</p>	<p>Prof. Dr. Silvia Rogler / Marco Schmidt / Dr. Martin Tettenborn</p>	<p>Ansatz immaterieller Vermögenswerte bei Unternehmenszusammenschlüssen – Diskussion bestehender Probleme anhand eines Fallbeispiels</p>	<p>577</p>
<hr/>			
<p>▶ Anhang Eigenkapital Gesamtergebnis- rechnung Other Comprehensive Income Recycling</p>	<p>Kai Hüttermann / Janina Knappstein</p>	<p>Darstellung und Bedeutung des other comprehensive income</p>	<p>586</p>
<hr/>			
<p>▶ Bilanzpolitik HGB Jahresabschluss</p>	<p>Prof. Dr. Carl-Christian Freidank / Dr. Remmer Sassen</p>	<p>Modelle zur Planung des Jahresabschlusses: Einsatz- und Auswertungsmöglichkeiten von mathematischen Optimierungsverfahren</p>	<p>594</p>

Factoring hat sich in verschiedensten Ausführungen als Finanzierungsalternative nicht nur für mittelständische Unternehmen etablieren können. Bilanziell ist für Unternehmen vor allem die Möglichkeit, die veräußerten Forderungen ausbuchen und damit die Eigenkapitalquote verbessern zu können, sehr interessant. Es zeigt sich jedoch, dass diese Möglichkeit von der Ausprägung des Factoring abhängig ist. In dem Beitrag werden die unterschiedlichen Ausprägungen des Factoring vorgestellt und ihre jeweiligen bilanziellen Konsequenzen für die Praxis aufgezeigt.

Im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses ist der Erwerber nach IFRS 3 angehalten, sämtliche übernommenen Vermögenswerte einzelnen bewerten zu müssen. Besonders bei immateriellen Vermögenswerten stellt die Identifizierbarkeit die Praxis regelmäßig vor Herausforderungen. In dem Beitrag werden Hinweise zur Identifikation verschiedener Arten immaterieller Vermögenswerte bei Unternehmenszusammenschlüssen gegeben. Dabei wird das Vorgehen bei in der Praxis regelmäßig auftretenden Problemen anhand eines Fallbeispiels verdeutlicht.

Die Trennung des Gesamtergebnisses nach IFRS in das in der GuV dargestellte Periodenergebnis und das sonstige Ergebnis (Other Comprehensive Income, OCI) ist seit jeher umstritten. Während die konzeptionellen Probleme der Erfolgsspaltung allerdings nicht kurzfristig beseitigt werden können, unternahm das IASB mit den seit dem 01.07.2012 anzuwendenden Änderungen an IAS 1 zumindest den Versuch, die Darstellung des OCI zu verbessern. In dem Beitrag analysieren die Autoren die Umsetzung der (Neu-)Regelungen des IAS 1 bezüglich der Darstellung des OCI und untersuchen gleichzeitig die Bedeutung dieser Ergebnisgröße.

Jedes Unternehmen hat den Anreiz, den Jahresabschluss mit Hilfe zulässiger Gestaltungsmöglichkeiten i.S. seiner Unternehmensziele zu beeinflussen. Mathematische Verfahren der Optimalplanung bieten im Zusammenspiel mit entsprechenden IT-gestützten Optimierungsprogrammen die Möglichkeit, den Jahresabschluss für Unternehmen zunehmend planbar zu machen. In dem Beitrag zeigen die Autoren, wie die Anpassung bestehender Modelle an die Anforderungen des deutschen Handels- und Steuerrechts erfolgen kann.



FALLSTUDIE

- ▶ Joint Arrangements
- Konsolidierungs-
- kreis
- Konzernabschluss
- Tochterunterneh-
- men

Dr. Christian Zwickner
 Dr. Corinna Boecker /
 Dr. Julia Busch

Neuregelungen zum Konsolidierungskreis in IFRS 10 bis IFRS 12 – Anwendungsbeispiele und Übergangskonsolidierungen

608

Insbesondere in vielen mittelständischen Konzernen dürfte die Anwendung der IFRS 10-12 bei der Qualifizierung einzelner Unternehmensverbindungen zu keinen wesentlichen Unterschieden im Vergleich zu den Vorgängerregelungen führen. Im Einzelfall ist allerdings Vorsicht geboten: So kann die Erstanwendung von IFRS 10 bspw. zu einer abweichenden Beurteilung im Hinblick auf das Vorliegen einer Zweckgesellschaft führen und die Anwendung der Spezialregelungen für investment entities können Ausnahmen von der Konsolidierungspflicht zur Folge haben.

TAGUNGSBERICHT

- ▶ Abschlussprüfung
- Beteiligungs-
- management
- Finanzielle Restruk-
- turierung
- Unternehmenskauf

Dr. Hans-Jürgen Hillmer

Transformationsmanagement und Abschlussprüfung

616

Transformationsmanagement war das Leitthema des diesjährigen DBT – ein Leitthema mit hoher Praxisrelevanz, denn vielfältige Entwicklungen zwingen Firmen, sich zum Teil völlig neu aufzustellen. Das Programm des am 24./25.9.2014 in Düsseldorf durchgeführten 68. Deutschen Betriebswirtschaftler-Tags der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft e.V. trug der Komplexität und Interdisziplinarität des Schwerpunktthemas Rechnung. Zunehmend internationale Bezüge weisen neben der Finanzierung und Rechnungslegung nun auch Steuerfragen sowie Einflüsse auf die Qualität der Abschlussprüfung auf.

REPORTS

International

622

National

623

SERVICE

Zeitschriftenspiegel

M 4

Bücher

M 5

Impressum

M 6

VORSCHAU KoR 1/2015

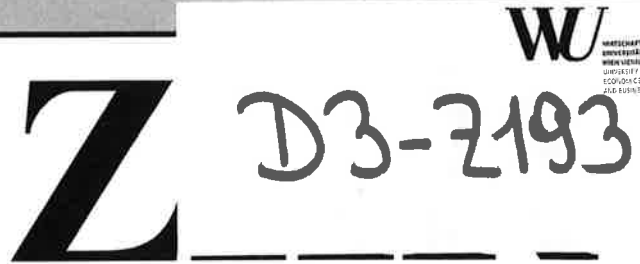
Heft 1/2015 der KoR erscheint am 15.01.2015 u.a. mit folgendem Thema:

Implikationen von IFRS 15 für den Anlagenbau

Der Ende Mai 2014 veröffentlichte IFRS 15 wird je nach Branche zu deutlichen Änderungen bei der Umsatzrealisation führen. Eine von den Änderungen voraussichtlich besonders betroffene Branche stellt der Anlagenbau dar. Dort orientiert sich die Umsatzrealisation bislang nach der Percentage-of-Completion-Methode des IAS 11. In dem Beitrag wird der Frage nachgegangen, inwiefern auch zukünftig eine Umsatzrealisierung anhand des Fertigungsfortschritts möglich sein wird. Des Weiteren werden spezifische Problemstellungen der Neuerungen für den Anlagenbau diskutiert und erste Hinweise für eine standardkonforme Bilanzierung gegeben.

FACHBEIRAT

Prof. Dr. Andreas Barckow
 Prof. Dr. Axel Haller
 Prof. Dr. Sven Hayn
 Dr. Harald Köster
 Prof. Dr. Peter Leibfried
 Prof. Dr. Bernd Stibi
 Prof. Dr. Isabel von Keitz
 Dr. Johannes Wirth
 Prof. Dr. Jochen Zimmermann
 Prof. Dr. Henning Zülch



Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht

6

Editorial
Zusagen des Vorstands gegenüber den
Aktionären (629)

Markus Roth

Ehemalige Geschäftsleiter im Aufsichts-
und Verwaltungsrat (638)

Lars Klöhn

Marktbetrug (Fraud on the Market) (671)

Eckart Bueren

Der Rechtsnachfolgevermerk bei der
Übertragung von Kommanditeilen –
aktuelle Probleme im Lichte einer
70-jährigen Geschichte (715)

Literatur (763)

Jahresregister 2014

Inhalt

Editorial

Marsch-Barner, Reinhard, Zusagen des Vorstands gegenüber den Aktionären 629

Abhandlungen

Roth, Markus, Ehemalige Geschäftsleiter im Aufsichts- und Verwaltungsrat 638

Klöhn, Lars, Marktbetrug (Fraud on the Market) 671

Bueren, Eckart, Der Rechtsnachfolgevermerk bei der Übertragung von Kommanditanteilen – aktuelle Probleme im Lichte einer 70-jährigen Geschichte 715

Literatur

Paulus, David, Außervertragliche Gesellschafter- und Organwalterhaftung im Lichte des Unionskollisionsrechts (Rezensent: Prof. Dr. Christoph Thole) 763

	FG: Übertragung einer nach § 6 b EStG gebildeten Rücklage auf ein zum Anlagevermögen einer Betriebsstätte im Unionsgebiet angeschafftes Wirtschaftsgut	681
	FG: Bedeutung der amtlichen AfA-Tabellen für die Bestimmung des AfA-Satzes	682
Berufs- und Wirtschaftsrecht		
<hr/>		
Berufsrecht	BGH: Pflichten des Steuerberaters bei absehbarer Änderung der höchst-richterlichen Rechtsprechung	682
	LG: Umfang der Beauftragung eines Steuerberaters	682
	OLG: Steuerberaterhaftung bei unterlassenem Hinweis auf offensichtlich steuerliche Nachteile durch eine gesellschaftsrechtliche Gestaltung	682
	BGH: Zulässigkeit einer gegen einen Steuerberater gerichteten Feststellungs-klage auf Ersatz künftiger Vermögensschäden	683
Gesellschaftsrecht	OLG: Gerichtliche Ergänzung der Anteilseignerseite des Aufsichtsrats einer AG	683
	OLG: Verkehrsfähigkeit des Dividendenanspruchs nach Fassung des Gewinn-verwendungsbeschlusses	683
	OLG: Verjährung eigenkapitalersetzender Forderungen	683
	BGH: Persönliche Haftung von Organmitgliedern für insolvenzbedingt aus-gebliebene Abfindungszahlungen	683
	BAG: Keine Beschränkung des Auskunfts- und Einsichtsrechts des GmbH-Gesellschafters auf nur quartalsweise Einsichtnahme	684
	OLG: Ausschließung eines Gesellschafters aus einer zweigliedrigen Gesell-schaft auf wichtigem Grund	684
Kapitalmarktrecht	EuGH: Verschwiegenheitspflicht der BaFin in Bezug auf Informationen über betrügerischen insolventen Finanzdienstleister	684
Insolvenzrecht	BGH: Keine Rechtsbeschwerde gegen die Zurückweisung einer Beschwerde gegen die Bestätigung eines Insolvenzplans wegen überwiegenden Vollzugs-interesses	684
	BGH: Durchsetzung eines Anspruchs gegen Haftpflichtversicherer in der Insolvenz des Versicherungsnehmers	685
	BGH: Gesamtschaden der Insolvenzgläubiger bei Versteigerung eines sicherungsübereigneten Gegenstands der Insolvenzmasse	685
IDW intern		
	Zusammenarbeit mit Softwareanbietern	685
	IDW Arbeitstagung: Neue Themen an bewährtem Ort	686
Impressum		X

Die Aktiengesellschaft

Börsenpflichtblatt
der Frankfurter
Wertpapierbörse



Zeitschrift für das
gesamte Aktienwesen,
für deutsches,
europäisches und
internationales
Unternehmens- und
Kapitalmarktrecht

Inhalt · 59. Jahrgang · Heft 23/2014

Aufsätze

*RA Dipl.-Kfm. Dr. Hartmut Krause, LL.M.,
Attorney-at-law (New York)*

Zum richterrechtlichen Anspruch der Aktionäre auf angemessene Gegenleistung bei Übernahme- und Pflichtangeboten – Zugleich Besprechung von BGH v. 29.7.2014 – II ZR 353/12, AG 2014, 662 – Postbank

Der BGH hat die Klage der Zeitschrift *Effecten-Spiegel* gegen die Deutsche Bank auf Zahlung einer höheren Gegenleistung für die Übernahme von Aktien der Deutschen Postbank zur weiteren Klärung des Sachverhalts an das OLG Köln zurückverwiesen. Die Entscheidung ist für die Übernahmepraxis von großer Bedeutung: Sie klärt eine Reihe offener Fragen in Bezug auf die Angemessenheit der Gegenleistung, die Zurechnung von Stimmrechten und den zivilrechtlichen Rechtsschutz der Aktionäre. Der Beitrag unternimmt es, die Entscheidungsgründe kritisch zu analysieren und die Konsequenzen für die Praxis aufzuzeigen.

833

Akad. Rat a. Z. Dr. Caspar Behme

Reichweite und Grenzen der Überprüfbarkeit von nationalem Gesellschaftsrecht am Maßstab der Grundfreiheiten – Zugleich ein Beitrag zur Vereinbarkeit des Volkswagen-Gesetzes mit dem Unionsrecht

Mit Urteil vom 22.10.2013 hat der EuGH die Klage der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen unzureichender Umsetzung des Volkswagen-Urteils des EuGH vom 23.10.2007 abgewiesen. Damit hat der langjährige Streit um die Vereinbarkeit des sog. VW-Gesetzes mit höherrangigem Unionsrecht ein zumindest vorläufiges Ende gefunden. Wesentliche durch das Verfahren aufgeworfene Fragen sind allerdings nach wie vor ungeklärt. Sie betreffen den Kernbereich der europäischen Grundfreiheitsdogmatik und sollen in diesem Beitrag am Beispiel des VW-Gesetzes erörtert werden; ihre Bedeutung reicht jedoch weit über den Fall Volkswagen hinaus.

841

Rechtsprechung

Kreditbetrug im Zusammenhang mit Genussschuldvereinbarung

BGH v. 8.10.2014 – I StR 114/14

853

Keine Endloshaftung im Vertragskonzern

BGH v. 7.10.2014 – II ZR 361/13

855

Sog. cum/ex-Geschäfte: Übergang des wirtschaftlichen Eigentums beim Handel mit Aktien

BFH v. 16.4.2014 – I R 2/12

858

Vorzeitige Eintragung einer Umwandlung

OLG Hamm v. 25.4.2014 – 11 U 70/04

861

Gewinnverwendung bei der KGaA

OLG München v. 17.9.2014 – 7 U 3876/13

864

Streitwert der Anfechtungsklage

OLG Rostock v. 31.1.2014 – 1 W 67/13

866

Unternehmensbewertung, Börsenkurs

OLG Saarbrücken v. 11.6.2014 – 1 W 18/13

866

Auskunftsrecht

LG Frankfurt/M. v. 28.1.2014 – 3-5 O 162/13

869

Buchbesprechungen

Marcus Lutter/Gerd Krieger/Dirk A. Verse

Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats

(RA Dr. Volker Schulenburg)

871

Impressum

R 368

Wissensvorsprung nutzen!

Mit dem wöchentlichen Aktualitätendienst

- die wichtigsten Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung
- die Vorschau auf die nächste Ausgabe
- kompakte Informationen zum gesamten Unternehmensrecht

Anmelden unter www.die-aktiengesellschaft.de/newsletter

Rechts-Report

Aus der Gesetzgebung

Bundesregierung legt RegE des Kleinanleger-
schutzgesetzes vor R 351

Anlegerschutz

Endspurt bei der Rückforderung von Bearbei-
tungsentgelten R 352

Neues zur Rechnungslegung

Prüfungsschwerpunkte 2015 der DPR R 353

Angabe nichtfinanzieller und die Diversität
betreffende Informationen R 354

Kapitalmarkt-Report

Zahlen, Fakten, Entwicklungen

Aktienrechtliche Themen im Jahr 2015 R 355

Werthebung am Kapitalmarkt durch Spin-Off R 355

Börse

Wechsel an der Spitze der Deutsche Börse AG in
2015 R 356

Änderungen im Börsenrat der Frankfurter Wert-
papierbörse R 357

Bank of China erhält Zulassung als Handels- und
Clearing-Teilnehmer der Deutschen Börse R 357

Deutsche Börse wird exklusiver globaler Lizenz-
geber für Marktdatenprodukte der Cleartrade
Exchange R 358

IPO der Hella KGaA Hueck & Co. AG im Prime
Standard R 358

Elite-Programm der Londoner Börse erweitert R 358

Schweizer Börse erleichtert Zugang zum Handel
mit ausländischen Aktien R 359

EEX eröffnet neues Büro in Mailand R 359

BATS Chi-X Europe bietet türkische Aktien an R 359

Nasdaq Dubai und ägyptischer Zentralverwahrer
kooperieren R 359

Branchen- und Unternehmens-Report

Branchen-Nachrichten

Handelsverband Deutschland erhöht seine Prog-
nose für 2014 R 360

Consumer Electronics-Branche im ersten Halb-
jahr 2014 R 360

Markt für Cloud Computing wächst ungebrochen R 361

Die deutsche Aluminiumbranche R 361

Jahresabschlüsse

Jungheinrich AG R 362

Sixt SE R 364

Bibliothek

Neuerscheinungen R 365

Zeitschriftenspiegel R 366

Gesellschaftsrechtler gehen online aufs Ganze.



Premiummodul Gesellschaftsrecht: uneingeschränkter Zugang zur kompletten Online-Bibliothek für Gesellschaftsrechtler aus dem Verlag Dr. Otto Schmidt. Komfortabel ver-

linkt mit der Rechtsprechungs- und Gesetzesdokumentation von juris. Überzeugen Sie sich selbst beim **4-Wochen-Gratis-Test.** Anrufen 02 21 9 37 38-999 oder an-

klicken www.otto-schmidt.de/online-gesellschaftsrecht

Juris® Das Rechtsportal

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BGH: Ausgangskontrolle fristgebundener Schriftsätze – auch gestrichene Frist muss bei Endkontrolle überprüfbar sein (4.11.2014 – VIII ZB 38/14)

EuGH GA: Eigenschaft des Käufers – Obliegenheit zur Unterrichtung des Verkäufers über Vertragswidrigkeit der Güter (27.11.2014 – Rs. C-497/13)

Gesetzgebung

Bundesregierung: Grenzüberschreitende Erbfälle sollen neu geregelt werden

BMJV: Initiative „Wer testet die Tester?“ gestartet – Regeln der guten fachlichen Praxis des Testens veröffentlicht

Aufsätze

Dr. Fabian Breckheimer, RA, und Tobias Karrenbrock, LL.M., RA 3011
Wirtschaftssanktionen und politische Krisen – Auswirkungen im grenzüberschreitenden Geschäft und Möglichkeiten der vertraglichen Risikobegrenzung

Das Jahr 2014 war und ist ein Jahr der weltpolitischen Unruhe. Der Beitrag zeigt beispielhaft auf, wie sich Krisen auf deutsche Unternehmen und deren grenzüberschreitendes Geschäft auswirken können, und wie mit dieser Situation – rechtlich und praktisch – umgegangen werden kann.

Christian Heuking, RA, und Dr. Sybille von Coelln, RA in 3016

Die aktuelle Diskussion um Buße oder Strafe für Unternehmen

Die Diskussion um die Einführung eines Unternehmensstrafrechts ist wieder einmal im Gange und befindet sich aktuell wohl auf der von ihren Befürwortern abgesteckten Zielgeraden. Der Beitrag gibt einen Überblick über die unterbreiteten Vorschläge sowie über die Begründungen, die für die Notwendigkeit einer Gesetzesänderung angeführt werden. Trotz bestehender Zweifel an eben dieser Notwendigkeit folgen im Anschluss Überlegungen für die gebotene Umsetzung des Unternehmensstrafrechts in normiertes Recht.

Kommentierte Entscheidungen

BGH: Erdgaslieferungsvertrag – Inhaltskontrolle von Spannungs-klauseln im unternehmerischen Geschäftsverkehr 3023
 (17.9.2014 – VIII ZR 258/13 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Lorenz Zabel, LL.M. [Madison]**)

EuGH: Konzern-Innenumsätze sind bei der Bemessung kartellrechtlicher Geldbußen zu berücksichtigen 3028
 (12.11.2014 – C-580/12 P – dazu BB-Kommentar von **Dr. Boris Uphoff, RA**)

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BFH: Vorlage der Vorschriften über die Einheitsbewertung an das BVerfG (22.10.2014 – II R 16/13)

BFH: Anwendung der Tariffbegünstigung auf Vergütungen für mehrjährige Tätigkeiten (25.9.2014 – III R 5/12)

BFH: Umsatzsteuer im Insolvenzeröffnungsverfahren (24.9.2014 – V R 48/13)

BFH: Überlassung von Geschäftsführerwohnungen mit Einrichtung (8.10.2014 – V R 56/13)

Aufsätze

Dipl.-Kfm. **Dr. Stephan Schnorberger, M.A.** 3031
 (Economics – USA), StB

Sieben häufige Fehler bei der Übertragung immaterieller Wirtschaftsgüter nach Akquisitionen – Vermeidung von Steuerrisiken

Erwerb und nachfolgende Übertragung immaterieller Wirtschaftsgüter sind in der Unternehmenspraxis geradezu Routine geworden. Rechtsanwälte bzw. Syndici, M&A-Spezialisten und Steuerexperten sind es gewohnt, Zielunternehmen im Rahmen einer Due Diligence zu prüfen, den immateriellen Wert im Kaufpreis zu berücksichtigen und die geistigen Eigentumsrechte nach Vollzug der Transaktion zu übertragen. In diesem Zusammenhang gilt die Übertragung und Bewertung der geistigen Eigentumsrechte als fachlich anspruchsvoll, aber nicht als strategische Herausforderung. Bedauerlicherweise neigt die Praxis allerdings dazu, vermeidbare Fehler zu machen. Diese führen zu unnötigen Steuerrisiken und letztlich zu ungerechtfertigten Steuerzahlungen. In extremen Fällen können sich sogar Risiken der persönlichen Verfolgung von handelnden Unternehmensvertretern in bußgeld- und steuerstrafrechtlicher Hinsicht ergeben. Der Artikel beleuchtet sieben häufige Fehler, um zu einer bestmöglichen M&A-Praxis beizutragen.

Dr. Michael Marquard, RA/StB, und Dr. Michael Betzinger, LL.M., RA 3033

Internationaler Informationsaustausch in Steuersachen

Seit der Finanzkrise haben die internationalen Bemühungen zur Schaffung grenzüberschreitender Steuertransparenz erheblich an Bedeutung gewonnen. Neben der Bekämpfung der Steuerhinterziehung soll auf diesem Weg eine gleichmäßige, angemessene und möglichst wettbewerbsneutrale Besteuerung erreicht werden. Der internationale Informationsaustausch wird dabei zunehmend als zentrales Instrument zur Überwindung des Widerspruchs zwischen den territorial begrenzten Handlungsbefugnissen der nationalen Steuerverwaltungen und dem grenzüberschreitenden Handeln der Wirtschaftsakteure eingesetzt.

Kommentierte Entscheidungen

Niedersächsisches FG: EuGH-Befragung zur (Rück-)Wirkung der Rechnungsergänzung um die MwSt-Identifikations-Nummer 3040
 (3.7.2014 – S K 40/14 – dazu BB-Kommentar von **Prof. Dr. W. Christian Lohse**)

BMF: Lohnsteuer-Nachschau 3045
 (16.10.2014 – IV C 5 - S 2386/09/10002:001 – dazu BB-Kommentar von Dipl.-Kfm. **Lukas Hilbert**)

Verwaltungsanweisung

BMF: Umsatzsteuer – Ermäßigter Steuersatz für Umsätze mit Hörbüchern 3048
 (§ 12 Abs. 2 Nr. 1 und 2 i.V.m. Nr. 50 der Anlage 2 zum UStG)

Betriebs-Berater
2015
 Fachkonferenz

BB-Fachkonferenz Umsatzsteuer

Dienstag, 9. Juni 2015
 dfv Mediengruppe, Frankfurt am Main

<http://veranstaltungen.ruw.de/ust2015> dfv Mediengruppe



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

3049

Rechnungslegung

IASB: Bericht der Beratungsgruppe zur Auswirkungsanalyse
BaFin: EIOPA-Abschlussbericht zum Stresstest 2014 für Versicherungsunternehmen

DRSC: Stellungnahme zum IDW ERS HFA 40

DRSC: Öffentliche Diskussion am 12.1.2015

Wirtschaftsprüfung

IESBA: Konsultation zur Überarbeitung des Teils C des IESBA Code of Ethics

IDW: Stellungnahme zum IESBA-Entwurf zu Mandantenbeziehungen

IDW: Fragen und Antworten zur Risikoidentifikation und -beurteilung nach ISA 315 bzw. IDW PS 261 n.F.

IDW: Stellungnahme zum BMF-Schreiben zu den GoBD

FIU: Jahresbericht 2013 zur Geldwäschebekämpfung

Finanzierung

A&O: Alternative Finanzierungen mittlerweile eine der Hauptfinanzierungsquellen

In eigener Sache

Erratum im Aufsatz Fodor/Gohdes, BB 2014, 2987 ff.

Aufsatz

Dr. Oliver Beyhs, WP, und Dr. Jan-Hendrik Hammermeister

3051

Enforcement-Prüfungsschwerpunkte 2015

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) hat am 28.10.2014 die europäischen Enforcement-Prüfungsschwerpunkte bekannt gegeben. Sie betreffen die Aufstellung und Darstellung von Konzernabschlüssen, die Rechnungslegung von Unternehmen mit gemeinsamen Vereinbarungen sowie den Ansatz und die Bewertung latenter Steueransprüche. Die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) e. V. hat die Prüfungsschwerpunkte der ESMA um zwei nationale Schwerpunkte ergänzt, die bereits am 15.10.2014 öffentlich gemacht wurden. Diese beziehen sich auf die Berichterstattung über Leistungsindikatoren im Lagebericht sowie auf die Abbildung von Rechtsstreitigkeiten und damit verbundene Prozessrisiken. Der Beitrag gibt nach einem einflussreichen Abschnitt über den europäischen Einfluss auf die Prüfungsschwerpunkte einen Überblick über die einzelnen Prüfungsschwerpunkte und erläutert hiermit verbundene Qualitätsrisiken der Rechnungslegung.

Kommentierte Entscheidung

FG Rheinland Pfalz: Reichweite der korrespondierenden

3056

Bilanzierung von Dienstleistungen in der Sonderbilanz des Gesellschafters

(23.9.2014 – 3 K 1685/12 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Andreas Schmid, WP)

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

3059

Entscheidungen

LAG Köln: Abbruch einer Betriebsratswahl wegen Verkennung des Betriebsbegriffs (8.4.2014 – 7 Ta 101/14)

BAG: Verbot des Tragens eines islamischen Kopftuchs während der Arbeitszeit (24.9.2014 – 5 AZR 611/12)

BAG: Betriebsbedingte Kündigung und unternehmerische Entscheidung (31.7.2014 – 2 AZR 422/13)

BAG: Keine Altersdiskriminierung durch Verlängerung der Kündigungsfristen (18.9.2014 – 6 AZR 636/13)

OLG Hamm: Versäumnis der Kündigungsschutzklage bei unberechtigter Entlassung – Schadenersatz (23.10.2014 – 28 U 98/13)

LAG Berlin-Brandenburg: Sittenwidrige Lohnvereinbarung mit Hartz-IV-Empfängern (7.11.2014 – 6 Sa 1148/14 und 6 Sa 1149/14)

Aufsatz

Dr. Markus Hohmuth, RA

3061

Die arbeitsrechtliche Implementierung von Compliance-Pflichten

Die Einführung und laufende Pflege von Compliance-Management-Systemen („CMS“) zur Haftungsvermeidung erlangt auch in mittelständischen Unternehmen immer mehr Bedeutung. In einem Interview vom 26.10.2014 wird der Präsident des Bundeskartellamts mit der Angabe zitiert, im Jahr 2014 seien bereits Bußgelder in Höhe von über einer Milliarde Euro – so viel wie nie zuvor – verhängt worden (www.bundeskartellamt.de). Ein näherer Blick auf die veröffentlichten Verfahren verdeutlicht, dass ein Großteil der Kartellbußgelder in diesem Zusammenhang gegen mittelständische Unternehmen verhängt wurde. Der Überlegung, ob und in welchem Umfang ein CMS im Unternehmen eingeführt wird, sollte dementsprechend von Vorständen und Geschäftsführern gebührende Beachtung entgegengebracht werden. Dies trifft auch auf die laufende Überwachung, Verbesserung bzw. den Ausbau eines bestehenden CMS zu. In diesem Zusammenhang stellt sich immer wieder die Frage nach der arbeitsrechtlichen Implementierung von Compliance-Pflichten der Mitarbeiter, gleich ob es sich um neue, erweiterte oder geänderte Pflichten handelt. Nur dann, wenn Compliance-Pflichten wirksamer Bestandteil der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter geworden sind, kann ein CMS seinen Zweck erfüllen. Der Beitrag stellt die dafür in Betracht kommenden arbeitsrechtlichen Instrumente einander gegenüber und gibt Hinweise für die Praxis.

Kommentierte Entscheidung

BAG: Keine Anrechnung des Leiharbeitsverhältnisses auf

3066

Wartezeit – Drogeriemarkt Schlecker

(20.2.2014 – 2 AZR 859/11 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Christian Ley, RA, FAArBR)

Die Erste Seite

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Marcus Lutter

Rechtsfragen zum Entwurf für ein Gesetz zur Einführung der Frauenquote

Jobs der Woche

VII

Impressum/Vorschau

VIII

BBK

SCHNELL GELESEN

1085 ► Betriebsverpachtung im Ganzen

KÜRZNACHRICHTEN

1086 Steuerrecht aktuell
Bernd Rätke

BEITRÄGE

1094 Buchführungs-Seminar
Das gewerbesteuerliche Schachtelprivileg in der ertragsteuerlichen Organschaft
Karl Broemel und Dr. Volker Endert

1099 Steuerrecht
Betriebsverpachtung im Ganzen
Hans Walter Schoor
► Kurzfassung Seite 1085

1110 Leserfrage
Dauer der Genehmigung zur Istversteuerung nach § 20 UStG

Karl-Hermann Eckert

1113 Betriebswirtschaft
Liquiditätsoptimierung durch Working Capital Management (Teil 2)

Elena Bail und Dr. Hendrik Vater

KONZERNABSCHLUSS UND IFRS

1121 **Handelsbilanzpolitische Spielräume der Zwischenergebniseliminierung**

Prof. Dr. Hanno Kirsch

1127 Neuerscheinungen

1128 Impressum

 Literatur


 Weblink

 Informationen

 Audio

 Galerie

 Siehe auch

 Quelle

 Community

 Video

 Berechnung

 Merksatz

IDW

IDW Wirtschaftsprüfer

Ab Januar 2015 können Wirtschaftsprüfer entwickelt werden. Wir sammeln eine umfassende Auswahl für Ihre tägliche Arbeit. Band II, WPO-Kommission, Beck'sche Prüfung, Beck'sche (Auswahl). Das Modul von beck-online.com

4 Wochen Infos: www.beck-online.com



35. Jahrgang
Heft 49
5. Dezember 2014

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt
Prof. Dr. Wolfram Timm

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a.D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a.D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

BGH: Nachweis einer Insolvenzversicherung für Reiseveranstalter aus EU-Ausland	A 95	Nr. 346
BGH zu Kalkulationsirrtum in Angebot gegenüber öffentlichem Auftraggeber	A 95	Nr. 347
BFH zur Umsatzsteuer im Insolvenzeröffnungsverfahren.	A 95	Nr. 348
OLG Frankfurt/M. zur Einsicht in BaFin-Akten	A 95	Nr. 349
BReg: Gesetz zur Einlagensicherung	A 96	Nr. 350
BReg: Neue Aufsichtsregeln für Versicherungen	A 96	Nr. 351
EU: Reform der EuInsVO	A 96	Nr. 352
Neue Bundesrichter	A 96	Nr. 353

Aufsätze

<i>Christoph Thole, Tübingen</i>	Der Debt Equity Swap bei der Restrukturierung von Anleihen	2365
<i>Christoph G. Paulus, Berlin</i>	Multinationale Unternehmen und nationale Insolvenzrechte	2374

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

OLG Oldenburg	4. 7. 2014 – 6 U 236/13	Unwirksamkeit einer Klausel zur Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung ohne Berücksichtigung von Sondertilgungsrechten	2383
---------------	-------------------------	--	------

Internet

www.zip-online.de: Volltexte ab Heft 1/1980 mit komfortabler Suchfunktion und zitierfähigen Fundstellen – für ZIP-Abonnenten kostenfrei

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

OLG Celle	22. 10. 2014 – 9 W 124/14	Unzulässigkeit der Vorbelastung des Stammkapitals mit 60 % Gründungskosten (auch bei einem Formwechsel)	2387
OLG Düsseldorf	28. 8. 2014 – I-26 W 9/12 (AktE)	Keine rückwirkende Anwendung eines neueren Bewertungsstandards bei erheblichen Abweichungen des Unternehmenswerts bzw. der Bar- abfindung, hier: 25 % – 30 % (BGH-Vorlage)	2388
AG Köln	13. 10. 2014 – 142 C 639/12	Bestimmung der Vergütung für die elektronische Offenlegung des Jahres- abschlusses im Bundesanzeiger nach billigem Ermessen	2397

Vertrags- und Haftungsrecht

BGH	21. 10. 2014 – VI ZR 507/13	Nichtigkeit der Forderungsabtretung an nicht nach RDG registriertes Factoring-Unternehmen ohne Übernahme des vollen wirtschaftlichen Risikos	2398
-----	-----------------------------	---	------

Insolvenz- und Sanierungsrecht

BGH	25. 9. 2014 – IX ZB 11/14	Zur Entlassung des Insolvenzverwalters wegen einer Vielzahl gering- fügiger Pflichtverstöße	2399
BFH	26. 8. 2014 – VII R 16/13	Zu Steuererstattungsansprüchen des Organträgers im Anschluss an eine Insolvenz der Organgesellschaft (m. Anm. Günter Kablert)	2404
LG München I	21. 8. 2014 – 7 O 11811/12 (2)	Zur Insolvenzfestigkeit von Nutzungsrechten an Lizenzen („Qimonda/ Infineon“)	2406

Arbeits- und Sozialrecht

EuGH	5. 11. 2014 – Rs C-311/13	Anspruch auch eines illegal aufhältigen Arbeitnehmers aus Drittstaat auf Garantieleistungen bei Insolvenz des Arbeitgebers („Tümer“)	2411
------	---------------------------	---	------

Verfahrens- und Vollstreckungsrecht

BGH	30. 10. 2014 – III ZR 474/13 +	Keine Derogation des besonderen Gerichtsstands für Verbraucherklagen aus Haustürgeschäften	2414
OLG Naumburg	19. 3. 2014 – 12 Wx 7/14	Eintragung einer Zwangssicherungshypothek für eine GbR nur bei Angabe aller Gesellschafter im Vollstreckungstitel	2416

**Herausgeber**

Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt
in Verbindung mit
Prof. Dr. Walter Bayer
Vors. RiBFH Prof. Dr. Dietmar Gosch
WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu
RegDir. Ralf Neumann
RA Prof. Dr. Jochem Reichert

**Gesellschafts-
und Steuerrecht
der GmbH
und GmbH & Co.**

Inhalt
105. Jahrgang
Heft 24/2014

Herausgeber-Beirat
Prof. Dr. Georg Crezelius
Prof. Dr. Detlef Kleindiek
Notar Dr. Thomas Wachter
RA/StB Dr. Götz Tobias Wiese

Aufsätze und Beiträge

Carsten Peetz

Wie komplex darf das GmbH-Gesetz sein. Überlegungen am Beispiel der Gesellschafterliste 1289

Dr. Tillmann Pyszka

Steuergestaltung durch Nichtwahrung der Voraussetzungen einer ertragsteuerlichen Organschaft. Zugleich Anmerkungen zum Urteil des FG Münster vom 20.8.2014 – 10 K 2192/13 F 1296

GmbH-Beratung

Sigmund Perwein

Gefahr der Fortsetzung einer „Schein“-GmbH & Co. KG nach beendetem Insolvenzverfahren? 1300

Rechtsprechung Gesellschaftsrecht

GmbH & Co. KG: Reichweite und Auslegung einer Mehrheitsklausel im Gesellschaftsvertrag (BGH v. 21.10.2014 – II ZR 84/13) 1303

Der GmbHR-Kommentar
von Dr. Stephan Ulrich / Anja Schlichting 1310

Haftung des Geschäftsführers: Schadenersatzanspruch eines Leistungsträgers wegen Zahlung von Insolvenzgeld (OLG Brandenburg v. 19.3.2014 – 11 U 215/12) 1312

Eigenkapitalersatz: Verjährung einer eigenkapitalersetzenden Bürgschaftsforderung (OLG München v. 25.6.2014 – 7 U 961/14) 1313

Kapitalerhöhung: Anwendung der Grundsätze über die Vorgründungsgesellschaft bei gescheiterter Kapitalerhöhung („Vorbeteiligungsgesellschaft“) (OLG Schleswig v. 4.7.2014 – 17 U 24/14) 1317

Gesellschafterliste: Keine Aussetzung des Verfahrens über die Einstellung einer geänderten Gesellschafterliste (OLG Hamburg v. 24.9.2014 – 11 W 47/14) 1321

Rechtsprechung Steuerrecht

Einbringung: Keine Sperrfristverletzung bei einer Einmann-GmbH & Co. KG nach Buchwertübertragung (BFH v. 26.6.2014 – IV R 31/12) 1322

Organschaft: Verzicht des Organträgers auf seinen Gewinnabführungsanspruch (FG Münster v. 20.8.2014 – 10 K 2192/13 F) 1326

GmbH & Still: Kein „Wahlrecht“ zur Überschussrechnung für atypisch still Beteiligten an einer bilanzierenden ausländischen (hier: österreichischen) GmbH (BFH v. 25.6.2014 – I R 24/13) 1328

GmbH & Still: Hinzurechnung von Beteiligungsentgelten an typisch stille Gesellschafterin (BFH v. 21.5.2014 – I R 41/13) 1331

Schenkungsteuer: Steuerliche Folgen des verbilligten Verkaufs eines Grundstücks einer GmbH an ausscheidenden Gesellschafter (BFH v. 27.8.2014 – II R 44/13) 1332

Schenkungsteuer: Freigebeige Zuwendung an Neugesellschafter bei Kapitalerhöhung einer GmbH und Anwendbarkeit des § 13a ErbStG in einem solchen Fall (BFH v. 27.8.2014 – II R 43/12) 1334

Der GmbHR-Kommentar
von Prof. Dr. Jörg Rodewald 1339

Verwaltungsanweisungen

Gesellschafter: Aussetzung der Vollziehung wegen ernstlicher Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der sog. Zinsschranke (§ 4h EStG, § 8a KStG); BFH-Beschluss vom 18.12.2013 – I B 85/13 (BMF v. 13.11.2014 – IV C 2 - S 2742-a/07/10001 :009 – DOK 2014/0612649) 1341

Einbringung: Ausübung Wahlrecht in Fällen der Einbringung nach §§ 20, 21, 24 und 25 UmwStG (BayLfSt v. 11.11.2014 – S 1978d.2.1-17/10 St32) 1342

Der GmbHR-Kommentar
von Dr. Patriz Ergenzinger 1343

Inhalt

IM BLICKPUNKT

Dr. Karlheinz Autenrieth

Die GmbH als geschädigte Mandantin zwischen Skylla und Charybdis R 369

Unternehmensrecht

(K)ein Wettbewerb im Konzern R 373

Vertrauensschutz auf Macrotron? R 373

Steuer- & Bilanzrecht

Betriebliche Nutzung eines zum Betriebsvermögen des anderen Ehegatten gehörenden PKW R 374

Vorsteuerabzug bei nicht unternehmerisch tätigen Bruchteilsgemeinschaften R 375

Gewerbesteuerliche Behandlung von Ausstellungs- und Messekosten R 376

Arbeits- & Sozialrecht

Beschäftigung von „Hartz-IV-Empfängern“ und sittenwidrige Vergütung R 378

Unfall unter Alkoholeinfluss – Therapiebereitschaft kann Kündigung entgegenstehen R 378

Europa-Praxis

Großunternehmen sollen nichtfinanzielle Informationen offenlegen R 379

EU-Ministerrat will Datenschutz abschwächen R 379

Kartellrecht: EU-Ministerrat verabschiedet Richtlinie über Schadenersatzklagen R 380

OECD: Entwurf zu Maßnahmen gegen die künstliche Vermeidung von Betriebsstätten R 380

Wirtschafts-Praxis

Die beliebtesten Marken der Deutschen R 380

Häufigste Ausbildungsberufe in Deutschland R 381

Zeitschriftenspiegel

R 382

Buchbesprechung

Prinz/Kanzler (Hrsg.), NWB-Praxishandbuch Bilanzsteuerrecht (Prof. Dr. Gerhard Kraft) R 383

Impressum

R 384

Dieser Ausgabe liegt folgender Prospekt bei: „GmbH-Vertragsgestaltung – Praxisgerechte Umsetzung der aktuellen Entwicklungen in der Rechtsprechung“, Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Gesellschaftsrechtler gehen online aufs Ganze.



Premiummodul Gesellschaftsrecht: uneingeschränkter Zugang zur kompletten Online-Bibliothek für Gesellschaftsrechtler aus dem Verlag Dr. Otto Schmidt. Komfortabel ver-

linkt mit der Rechtsprechungs- und Gesetzesdokumentation von juris. Überzeugen Sie sich selbst beim **4-Wochen-Gratis-Test**. Anrufen 02 21 9 37 38-999 oder an-

klicken www.otto-schmidt.de/online-gesellschaftsrecht

Juris® Das Rechtsportal

Redaktion: Mag. Manfred Lindmayr (Chefredakteur) | E-Mail: ard@lexisnexus.at
Mag. Birgit Bleyer, Mag. Bettina Sabara, Mag. Sabine Sadlo, Mag. Barbara Tuma
E-Mail: redaktion@lexisnexus.at

Lektorat und Autorenbetreuung: Mag. Evelyn Hahn | E-Mail: evelyn.hahn@lexisnexus.at
Tel. +43-1-534 52-1562 | Fax DW 146
Marxergasse 25, 1030 Wien

Abonnentenservice: Tel. +43-1-534 52-5555 | Fax DW 141
E-Mail: bestellung@lexisnexus.at

Anzeigen & Mediadaten: Alexander Mayr | E-Mail: anzeigen@lexisnexus.at
Tel. +43-1-534 52-1116 | Fax DW 144 | <http://ard.lexisnexus.at/mediadaten>

In aller Kürze 2

Thema 3

Arbeitsrecht

Dominika Przeszlowska:

Einbeziehung von „Long Term Incentives“ in die Berechnungsgrundlage der Abfertigung „Alt“ –
Besprechung von OLG Wien 8 Ra 95/14w 3

Die spärliche Rechtsprechung des OGH zur Einbeziehung von Gewinnbeteiligungen in die Abfertigungsbemessungsgrundlage ist nicht durchgehend einheitlich. Das OLG Wien entschied unlängst, dass nur jene Gewinnbeteiligungen abfertigungswirksam sind, die für das letzte Jahr vor Beendigung des Dienstverhältnisses gebühren, und nicht jene, die in diesem Zeitraum lediglich ausbezahlt wurden. Das rechtskräftige Urteil des OLG Wien folgt damit der überzeugenden „jüngeren“ Rechtsprechung des OGH. Die Autorin analysiert diese Entscheidung und stimmt ihr im Ergebnis zu.

Rechtsprechung 6

Allgemeines Arbeitsrecht

Betrieblicher Gleichbehandlungsgrundsatz:
internationaler Vergleichsrahmen? 6

Keine Diskriminierung beim beruflichen
Aufstieg 7

Schadenersatz und Haftung

Dienstgeberhaftungsprivileg bei Arbeits-
kräfteüberlassung 7

Dienstgeberhaftungsprivileg auch für Arbeit-
geber als Baustellenkoordinator 8

Krankheitsbedingte Abwesenheit des verant-
wortlichen Beauftragten 9

Unterbliebene Stellenausschreibung trotz
Ausschreibungspflicht: Schadenersatz? 9

DV-Lösung bei Unkenntnis der Schwangerschaft –
Klage auf Ersatz der Prozesskosten 10

Kinderbetreuungsgeld

Kinderbetreuungsgeld für Lebensgefährten und
eingetragene Partner 12

Lohnsteuer und Abgaben

Dienstwagen – Nachweiserfordernisse bei
halbem Sachbezugswert 13

BFG: Nichtabzugsfähige Geschenke und Ein-
ladungen eines Primararztes an Mitarbeiter 15

Rechtssplitter

Verwaltungsstrafe: Uneinbringlichkeit und
Ratenzahlung 16

Mindestsicherung – befristete Zuerkennung 17

Untreue zu Lasten einer ausländischen Gesellschaft 17

Unterhaltsbemessung bei einer „Pensions-
kassenvorauszahlung“ 18

Maklerprovision bei Vertragsaufhebung wegen
Willensmangels? 18

Neue Vorschriften 19

Arbeitsrecht

Änderung des ASchG – Ministerialentwurf 19

Literaturübersicht 20

Impressum 19

35. Jahrgang
Heft 51–52
19. Dezember 2014

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt
Prof. Dr. Wolfram Timm

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

BGH zur Prospekthaftung der Telekom für 3. Börsengang	A 99	Nr. 362
BGH zur Rückstellung für nach Insolvenzaufhebung entstehen- de Verfahrenskosten	A 99	Nr. 363
BGH zum vorzeitigen Abbruch einer eBay-Auktion	A 99	Nr. 364
BGH zur gerichtlichen Geltendmachung von Unterlassungs- ansprüchen einer WEG	A 100	Nr. 365
BFH zu Rürup-Rente eines Alleingesellschafter-Geschäftsführers .	A 100	Nr. 366
OLG München: Musterentscheid zu HRE	A 100	Nr. 367
RegE zur Frauenquote in Führungspositionen	A 100	Nr. 368

Aufsätze

<i>Frauke Wedemann, Münster</i>	Die D&O-Versicherung im Spiegel des Internationalen Zivilverfahrens- und Kollisionsrechts	2469
<i>Bernd Meyer-Löwy, München</i> <i>Jens M. Schmidt, Wuppertal</i> <i>Ksenia Shubina, München</i>	Der erforderliche Umfang der Gesellschafterfinanzierung zwecks Abwendung der Insolvenz	2478
<i>Markus Febrenbach, Regensburg</i>	Kapitalmaßnahmen im grenzüberschreitenden Reorganisationsverfahren .	2485

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

OLG Nürnberg 13. 10. 2014 – 14 U 1533/14	Berechnung der Zinsgutschrift bei vorzeitiger Kündigung eines Raten- kredits	2492
--	---	------

Internet www.zip-online.de: Volltexte ab Heft 1/1980 mit komfortabler Suchfunktion und zitierfähigen Fundstellen – für ZIP-Abonnenten kostenfrei

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

BGH	21. 10. 2014 – II ZR 330/13 +	Zulässigkeit einer Satzungsbestimmung über Hauptversammlungsort im Ausland	2494
OLG Stuttgart	1. 10. 2014 – 20 U 3/13	Herabsetzung der Vorstandsvergütung wegen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage durch Ermessensentscheidung des Aufsichtsrats	2497
OLG Jena	30. 7. 2014 – 2 U 920/13	Bekanntmachung der Beschlussvorschläge der Verwaltung in der Einberufung der Hauptversammlung	2501
KG	8. 5. 2014 – 12 U 22/13	Kein Stimmrecht des an Vertragspartner unternehmerisch beteiligten Gesellschafters für Beschluss über Vornahme des Rechtsgeschäfts	2505

Vertrags- und Haftungsrecht

BGH	14. 10. 2014 – VI ZR 466/13	Zur Garantenstellung beim Kauf eines Zeichnungsscheins (hier: betr. Aktien einer türkischen AG)	2506
BGH	25. 6. 2014 – VIII ZR 344/13 +	Nichtigkeit einer zunächst wirksamen Preisanpassungsklausel in Fernwärmevertrag wegen Wegfalls der Kostenorientierung nur mit Wirkung für die Zukunft	2508

Insolvenz- und Sanierungsrecht

EuGH	4. 9. 2014 – Rs C-327/13	Eröffnung eines Sekundärverfahrens im Mitgliedstaat des Gesellschaftsitzes trotz Liquidationsverfahrens in einem anderen Mitgliedstaat („Burgo Group“)	2513
BGH	13. 11. 2014 – IX ZR 277/13	Zur Auslegung einer Vertragsklausel über die Übernahme vor Insolvenzeröffnung entstandener Energiekosten durch den Erwerber des schuldenrischen Betriebs	2517
BAG	18. 9. 2014 – 6 AZR 145/13	Zur Darlegungslast bei Insolvenzanfechtung von Lohnzahlungen aus einem angeblichen Scheinarbeitsverhältnis	2519
OLG Köln	3. 11. 2014 – 2 U 82/14	Begründung von Masseverbindlichkeiten im Schutzschirmverfahren nur mit Anordnung des Insolvenzgerichts	2523

Arbeits- und Sozialrecht

BAG	31. 7. 2014 – 2 AZR 422/13 +	Zur betriebsbedingten Kündigung wegen Wegfalls des Beschäftigungsbedarfs infolge einer erst geplanten unternehmerischen Organisationsentscheidung	2525
BAG	21. 5. 2014 – 4 AZR 50/13 +	Keine Anwendung des arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes auf Vereinbarungen zwischen Tarifvertragsparteien (LS)	2528

Verfahrens- und Vollstreckungsrecht

BGH	11. 11. 2014 – XI ZR 265/13 +	Fälligkeit einer Forderung aus Prozessbürgschaft mit Rechtskraft des Urteils – Verjährung innerhalb der Regelverjährung von 3 Jahren	2529
BGH	9. 10. 2014 – V ZB 25/14	Keine Notwendigkeit der Kosten der Zwangsvollstreckung bei von vornherein ausgeschlossener Befriedigung des Gläubigers (LS)	2532



Österreichisches Recht der Wirtschaft 12/2014

32. Jahrgang – Dezember 2014

Herausgeber:

Hofrätin des OGH Dr. Wilma Dehn
em. Univ.-Prof. Dr. Werner Doralt
Univ.-Prof. Dr. Gunter Mayr
Univ.-Prof. Dr. Christian Nowotny
Univ.-Prof. Dr. Franz Schrank

Schriftleitung:

em. Univ.-Prof. Dr. Werner Doralt

Lektorat und Autorenbetreuung:

Mag. Katharina Bacher
1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. +43-1-534 52-1552
Fax +43-1-534 52-146
E-Mail: katharina.bacher@lexisnexis.at

Abbonentenservice:

Tel. +43-1-534 52-5555
Fax +43-1-534 52-141
E-Mail: bestellung@lexisnexis.at

Anzeigen & Mediadaten:

Alexander Mayr
Tel. +43-1-534 52-1116
Fax +43-1-534 52-144
E-Mail: anzeigen@lexisnexis.at
<http://rdw.lexisnexis.at/mediadaten>

Gesetzgebung III

Info aktuell Wirtschaftsrecht 689

Info aktuell Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht 690

Wirtschaftsrecht

Raimund Bollenberger
Geldwert und Vertragsänderung 691

Philipp Lust
Zur Klauselkontrolle durch den Telekom-Regulator 694

Christopher Toms
Finanzieller Nachteil einer gründungsprivilegierten GmbH bei hohen Gründungskosten 699

Wirtschaftsrecht Judikatur 701

Konsumentenschutz
EuGH: Strom und Gas – Rechte der Kunden bei Preiserhöhung 701
AGB eines Inkassounternehmens – Entgeltlichkeit von Zahlungsaufschüben 702
Verbandsklage: AGB eines Mobilfunkunternehmens 704

Unternehmensrecht
EuGH: Speditionsvertrag – Güterbeförderungsvertrag: anzuwendendes Recht 705

Gewerberecht
VfGH: Nachträgliche Auflagen bei genehmigungsfreien Gastgärten 705

Gesellschaftsrecht
Änderung der Stiftungsurkunde – Bedenken des Stiftungsvorstands 706
Privatstiftung: aufsichtsratsähnlicher Beirat 707
Privatstiftung – Abberufung von Organmitgliedern 707
Verschwiegenheitspflicht des Stiftungsprüfers? 707
Kollektivvertretungsbefugnis eines GmbH-Geschäftsführers 708
Schuldverschreibungen und Genussrechte bei internationaler Verschmelzung 709

Wettbewerbsrecht
Tageszeitung mit Gratis-Bildern für Fußballer-Stickeralbum 710
Kontrahierungszwang im Sportartikelhandel? 710
Lauterkeitsverstoß durch Reisebüro im E-Commerce? 712

Versicherungsrecht
Private Unfallversicherung – Verletzung der Anzeigeobligiertheit 713
Berufs-Haftpflichtversicherung für Rechtsanwalt – Serienschadenklausel 713

Arbeitsrecht

Julia Tutschek
Teilzeitbeschäftigung: Aliquotierung von Zulagen? 715

Andreas Gerhartl
Arbeitslosenversicherung und Landwirtschaft 720

Arbeitsrecht Judikatur 722

Urlaubsrecht
Offene Urlaubssalden bei Umstellung auf Teilzeit 722

Beendigung Dienstverhältnis

Urlaubsreise im Krankenstand – Entlassung
Befristeter Dienstvertrag: Vereinbarung falscher Kündigungsfristen
Nebenbeschäftigung trotz ausdrücklichen Verbots – Entlassung

Arbeitskräfteüberlassung

Durchführung von Materialprüfungen als Arbeitskräfteüberlassung
Arbeitskräfteüberlassung: Zulagen gemäß BV im Beschäftigertreibetrieb
Betriebsübergang bei Arbeitskräfteüberlassungsunternehmen

Verfahrensrecht

Keine Arbeitnehmerähnlichkeit von Vorstandsmitgliedern einer AG

Bildungskarenz

Praktikum während Bildungskarenz – Anspruch auf Weiterbildungsgeld?

Sozialversicherung

Masseur als freier Dienstnehmer eines Vereins
Steuerberaterin als freie Dienstnehmerin außerhalb des ASVG

Steuerrecht

Andrei Bodis/Christian Hammerl

2. AbgÄG 2014 – Die wichtigsten Änderungen im EStG

VwGH: Schadenersatz auch bei grobem Verschulden als Betriebsausgabe

VwGH zu betrieblichen Mieterinvestitionen

VwGH: Wertberichtigung einer Forderung gegenüber Gesellschaftern allein noch keine verdeckte Ausschüttung

Reinhold Beiser

Drittanstellung über eine GmbH

Georg Kofler/Michael Tumpel

Vielleicht doch kein „Sachbezüge-Paradoxon“

Bernhard Renner

Verdeckte Ausschüttung: (Zwingende) KEST-Direktivvorschreibung an den Empfänger?

VwGH: Anrechnung ausländischer Steuern bei der Gruppenbesteuerung

Elisabeth Titz/Alexandra Wild

Grundstücksübertragungen im Rahmen von Umgründungen im Lichte des 2. AbgÄG 2014

VwGH: Keine USt auf Entgelt für Drittschuldnererklärung

Roland Grabner/Helmut Schamp

2. AbgÄG 2014: Neuerungen im Verbrauchsteuerbereich und im Tabakmonopol

Steuerrecht Judikatur

Impressum:

Offenlegung gemäß § 25 MedienG:

Medieninhaber und Herausgeber iSd § 1 Abs 1 Z 8 und Z 9 MedienG: LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG | Sitz: Marxergasse 25, 1030 Wien | Unternehmensgegenstand: LexisNexis ARD Orac ist ein führender Fachverlag in Österreich im Bereich Steuern, Recht und Wirtschaft, der die Tradition der Verlagshäuser Orac und ARD unter internationalem Dach fortführt. LexisNexis ARD Orac ist ein Tochterunternehmen der international tätigen Verlagsgruppe Reed Elsevier, deren Legal Division weltweit unter dem Namen LexisNexis firmiert. | Blattlinie: Rechtsinformation und Wirtschaftsinformation; aktuelle rechtliche Neuerungen | Geschäftsführung: Mag. Peter Davies, MBA | Unbeschränkt haftender Gesellschafter: Orac Gesellschaft m.b.H., Marxergasse 25, 1030 Wien | Kommanditist: Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H., Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Beteiligungsverhältnisse: Alleiniger Gesellschafter der Orac Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Gesellschafter der Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam (0,1%), Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg (99,9%) | Alleiniger Gesellschafter der Reed Elsevier Austria GmbH: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Alleiniger Gesellschafter der Reed Elsevier Overseas B.V.: Reed Elsevier Holdings B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings B.V.: Reed Elsevier Group PLC, 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50%), Reed Elsevier Holdings Ltd., 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50%) | Redaktion: Marxergasse 25, 1030 Wien.

Derzeit gilt Anzeigenpreisliste Stand 2014 | Verlags- und Herstellungsort: Wien | Die Zeitschrift erscheint einmal im Monat | Einzelheftpreis 2015: 27 €; Jahresabonnement 2015: 279 € inkl. 10 % MWSt bei Vorauszahlung; Preisänderungen vorbehalten | Bankverbindung: Bank Austria, IBAN: AT841200050423468600, BIC: BKAUATWW | Abbestellungen sind nur zum Jahresschluss möglich, wenn sie bis spätestens 30.11. schriftlich einlangen | Druck: Prime Rate GmbH, Megyeri út 53, H-1044 Budapest.

Verlagsrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte bleiben vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm, Aufnahme in eine Datenbank oder auf Datenträger oder auf andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Das gilt auch für die veröffentlichten Entscheidungen und deren Leitsätze, wenn und soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung redigiert, erarbeitet oder bearbeitet wurden und daher Urheberrechtsschutz genießen. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden.

Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt der Autor dem Verlag für den Fall der Annahme das übertragbare, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm etc) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung auf Datenträgern jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der Sendung (§ 17 UrhG) und sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 UrhG) in allen Sprachen ein.

Mit der Einreichung von Beiträgen von Arbeitsgruppen leistet der Einreichende dafür Gewähr, dass die Publikation von allen beteiligten Autoren genehmigt wurde und dass alle mit der Übertragung sämtlicher Rechte an den Verlag einverstanden sind.

Mit dem vom Verlag geleisteten Honorar ist die Übertragung sämtlicher Rechte abgegolten. Aufgrund der Honorierung erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechts nicht mit Ablauf des dem Jahr des Erscheinens des Beitrags folgenden Kalenderjahres (§ 36 UrhG). Für die Verwertung durch Datenbanken gilt dieser Zeitraum keinesfalls.

Trotz sorgfältigster Bearbeitung erfolgen alle Angaben ohne Gewähr. Eine Haftung des Verlages, der Herausgeber und der Autoren ist ausgeschlossen.

ISSN: 1013-9486

Richtlinien für Autoren:

- Manuskripte übermitteln Sie bitte an die E-Mail-Adresse RdW-Zeitschrift@lexisnexis.at.
- Wir ersuchen um Verwendung gängiger juristischer Zitierrichtlinien und Abkürzungsregeln.
- Die Richtlinien für das Verfassen von Zeitschriftenbeiträgen finden Sie in ausführlicher Form unter <http://rdw.lexisnexis.at>.



Inhalt

Aufsätze

- Markus Geißler
**Der Rechtsschutz der Minderheitsaktionäre beim
 aktienrechtlichen Squeeze out — 1**
- Dr. iur. Philipp Böcker
**Gesellschaftsrecht versus Insolvenzrecht oder Suhr-
 kamp: Verfall eines Verlages (Fortsetzung III) — 10**

Rechtsprechung

- Europäische Gerichtsbarkeit
 EuGH, Urteil vom 11. 9. 2014 – Rs. C-328/13 –
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
**Nachwirkung in einem Kollektivvertrag vereinbarter
 Arbeitsbedingungen bei Betriebsübergang — 22**
- Arbeitsgerichtsbarkeit
 BAG, Urteil vom 24. 9. 2014 – 5 AZR 1024/12
Arbeitszeiten bei Arbeit auf Abruf — 25
- Finanzgerichtsbarkeit
 BFH, Urteil vom 3. 7. 2014 – V R 32/13
**Uneinbringlichkeit im insolvenzrechtlichen
 Eröffnungsverfahren — 27**
- Zivilgerichtsbarkeit
 BGH, Urteil vom 3. 6. 2014 – II ZR 100/13
**Anfechtung der von einem debitorischen Konto
 geleisteten Zahlungen — 29**

BGH, Urteil vom 18. 9. 2014 – IX ZR 276/13
**Kündigung der Mitgliedschaft in einer Wohnungs-
 genossenschaft durch den Insolvenzverwalter — 32**

BGH, Beschluss vom 25. 9. 2014 – IX ZB 117/12
**Einzelzwangsvollstreckung wegen einer
 Insolvenzforderung in einen Freistellungsanspruch
 des Schuldners — 33**

LG Berlin, Beschluss vom 20. 10. 2014 –
 51 T 696/14 – Suhrkamp
 (Besprechung Dr. iur. Philipp Böcker, DZWIR 2015, 10)
**Zurückweisung der Beschwerde gegen die Bestätigung
 eines Insolvenzplans wegen überwiegenden Vollzugs-
 interesses — 35**

Buchbesprechung

Univ.-Prof. Dr. iur. Stefan Smid
**Fabian Camek, Das Schutzschirmverfahren
 nach § 270b InsO und seine Funktionalität im
 internationalen Rechtsvergleich — 43**

Veranstaltungen — 45

Nachrichten — 46